

Nicht wenige MexikanerInnen dürften Donald Trumps Slogan „Make America Great Again“ an die Mitte des 19. Jahrhunderts erinnert haben, als Mexiko nach einer US-Invasion über die Hälfte seines damaligen Territoriums geraubt worden ist. Auch wenn Trump gegenüber Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto mit dem Einsatz von US-Truppen gedroht hat, sollte Mexiko der Drogenkriminalität nicht selbst Herr werden, werden die Interessenkonflikte zwischen den ungleichen Nachbarn heute vorwiegend auf wirtschaftlicher Ebene ausgetragen. Doch auch in den bevorstehenden Verhandlungen über eine Reform des Freihandelsabkommens NAFTA sitzt Mexiko auf dem kürzeren Ast.

Größere Probleme wird der US-Regierung die Umsetzung des Mammutpro-

jekts des Baus einer massiven durchgehenden Mauer entlang der gemeinsamen Grenze bereiten. Von deren auf mehrere Dutzend Milliarden US-Dollar geschätzten Kosten stehen im laufenden Budget

EDITORIAL

gerade 20 Millionen zur Verfügung. Die Vorbereitungen dafür sind trotz zahlreicher Zweifel an ihrer Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit angelaufen, doch mit dem Baubeginn ist, wenn überhaupt, erst in zwei Jahren zu rechnen. Schon heute sind laut einer Umfrage fast zwei Drittel der US-Bevölkerung gegen diesen Mauerbau.

Was Trumps von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägtes verschärf-

tes Vorgehen gegen die etwa elf Millionen „illegalen“, aber vielfach seit Jahrzehnten in den USA lebenden ImmigrantInnen betrifft, ist eine massive Verhaftungs- und Deportationswelle angelaufen, obwohl eine große Mehrheit (ca. 80%) der Bevölkerung dafür eintritt ihren Status zu legalisieren. Das Vorgehen erzeugt nicht nur ein verbreitetes Klima der Angst, sondern schadet auch der US-Wirtschaft: In der Landwirtschaft stellen MigrantInnen über die Hälfte, in der Bauwirtschaft fast ein Viertel der Arbeitskräfte.

Trumps letztlich nur auf den eigenen Vorteil ausgerichtete Politik wird letztlich sowohl an diesen Widersprüchen als auch an den wachsenden Bewegungen scheitern: für die Rechte der MigrantInnen, gegen sozialen Kahlschlag, den Abbau von Umweltschutz usw. **Hermann Klosius**

INHALT

THEMA: USA-MEXIKO: NACHBARSCHAFT IN DER TRUMP-ÄRA

Mexiko mit dem Rücken zur Mauer Trumps. 4
Von Leo Gabriel

Mexiko vor Ende des neoliberalen Albtraums? 6
Von John Ackerman

„Trübe Gewässer“
Interview mit Coletta Youngers 8
Von Robert Lessmann

Trauma jenseits der Mauer 10
Von Patrick J. McDonnell

Warum ich nicht weggehe 12
Von Jeannette Vizguerra

Wie schlecht ist NAFTA? 13
Von Ralf Leonhard

Zittern vor dem Sturmtief Trump. 15
Von Ulises Noyola Rodríguez

AKTUELLES & ANALYSE

Guatemala: Vom Brand im Mädchenheim zum politischen Flächenbrand. 16
Von Michael Mörth

Honduras: Ein Jahr ohne Berta
Interview mit Gustavo Castro 18
Von Moira Birss

Brasilien: Wurst aus dem Abfalleimer. 20
Von Andreas Behn

Ecuador: Knapper Sieg für die „Bürgerrevolution“. 22
Von Jonas Wolff

Kolumbien: Schoko und Kaffee statt Koka. 24
Von Ralf Leonhard

Peru: Sintflut in der Wüste. 25
Von Jürgen Kreuzroither

Ein heißer Herbst in **Argentinien** 26
Von Laurin Blecha

Die Außenpolitik von Mauricio Macri. 28
Von Gerardo Triplione

Lateinamerika im Strudel des Odebrecht-Skandals . . . 30
Von Jürgen Kreuzroither

Die **Casa Bertolt Brecht** in Montevideo. 32
Von Raina Zimmering

Kurznachrichten 34

Buchbesprechungen: Vargas Llosa: Die Enthüllung;
Lessmann: Internationale Drogenpolitik; Nürnberg:
Unter Wasser; Fokuscafé Lateinamerika 36

Splitter 27

Titelfoto: Guillermo Arias (Grenzzaun in Sonora)



MEXIKO MIT DEM RÜCKEN ZUR MAUER TRUMPS

US-Präsident Donald Trump hat Mexiko – und nicht zuletzt Präsident Enrique Peña Nieto – gerade noch gefehlt. Seine Ankündigung, entlang der gemeinsamen Grenze eine Mauer bauen zu lassen, deren Kosten Mexiko tragen sollte, stieß hier zwar auf einhellige Ablehnung, doch hat das nichts an Peña Nietos Popularitätstief geändert. Die Abschiebung tausender MigrantInnen nach Mexiko trägt ebenso zur Verschärfung der kritischen wirtschaftlichen Lage des Landes bei, wie sie die von der US-Regierung beabsichtigte Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens mit sich bringen wird. Dennoch gibt es im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2018 Hoffnungen auf einen politischen Neustart.

Von Leo Gabriel

Schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten steht Mexiko an jenem Abgrund, den viele Politologen heute als „failed State“ bezeichnen: Zur anfänglich weitgehend unterschätzten Wirtschaftskrise, die weit vor das Jahr 2008 zurückreicht, haben sich im Gefolge der Präsidentschaftswahlen 2000, 2006 und 2012 politische Krisen an der ehemals sakrosankten Staatsspitze hinzugesellt; und nicht zuletzt wurde das gesamte soziale Gefüge des Aztekenstaates zutiefst erschüttert – zuerst wegen der unnachgiebigen Haltung des politischen Establishments gegenüber der von den Zapatisten angeführten Indígena-Bewegung, dann durch den von der Regierung Felipe Calderóns vom Zaun gebrochenen „Drogenkrieg“, der an die 100.000 Todesopfer gefordert hat, und schließlich durch die aufeinanderfolgende gewaltsame Unterdrückung der TelefonistInnen-, der Elektriker- und der LehrerInnengewerkschaften.

Da sich diese Wellen des Niedergangs nicht nur zu verschiedenen Zeiten, sondern auch an verschiedenen Orten auf diesem riesigen, über 120 Millionen Menschen umfassenden Staatsgebiet ereigneten, haben diese Ereignisse bisher nur sporadisch eine breitere internationale Öffentlichkeit erreicht. Die einen erreichten sie nicht, weil diese es gar nicht so genau wissen wollten, und die anderen, weil die Vorgänge in Mexiko von linken Utopien, die gleichzeitig in anderen Ländern Lateinamerikas die politischen Bühnen bestiegen hatten, in den Schatten gestellt wurden.

Doch plötzlich fand im November vergangenen Jahres ein Ereignis statt, das Mexikos ohnedies schwankendes Staatsschiff mit der grün-weiß-roten Fahne zum Sinken bringen könnte: die Wahl Donald

Trumps zum Präsidenten ausgerechnet jenes Landes, das schon seit mehr als hundert Jahren zum Feindbild der überwiegenden Mehrzahl der mexikanischen Bevölkerung geworden war¹. Obwohl die außenpolitische Vision Donald Trumps im Übrigen eher der einer Bulldogge gleicht, die über ihren eigenen Fressnapf nicht hinaus sieht, ist Mexiko für ihn doch noch nah genug, sodass er seinen xenophoben Unmut an diesem Nachbarn schonungslos auslassen kann.

Obwohl Trumps Drohungen, was Mexiko betrifft, sowohl vor als auch nach den Wahlen nicht über das Kleinformat von Twitter-Meldungen hinausgegangen sind, haben sie in Mexiko bereits einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der u.a. auch unter den MexikanerInnen in den USA seinen Niederschlag fand.

Dabei geht es vor allem um drei Themen: die Errichtung einer neuen Mauer und die ab sofort massiv praktizierte Ausweisung so genannter „illegaler MigrantInnen“; die angedrohte Aufkündigung des seit 1994 bestehenden Freihandelsabkommens NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) mit Mexiko und Kanada und die Einflussnahme Trumps auf die mexikanische Innenpolitik in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen im Juni 2018.

Was die Mauer noch verdeckt

Seit Donald Trump, der sein Milliardenvermögen als einer der größten Haie in der US-amerikanischen Baubranche gemacht hat, während seines Wahlkampfes den zynischen Sager von sich gab, er werde „a big, beautiful wall“ (eine große, schöne Mauer) entlang der 3.200 km langen Grenze zwischen den USA und Mexiko bauen, war nicht nur in Mexiko der Teufel los. MigrantInnen- und Menschen-

rechtsorganisationen sowie engagierte Institutionen wie das *Washington Office on Latin America* (WOLA) schlugen sofort Alarm und es kam es zu Protestaktionen vor der US-Botschaft in Mexiko-Stadt. Das konnte zwar nicht verhindern, dass Trump noch während seines Wahlkampfes Mexiko besuchte und dass Luis Videgaray, der Vermittler dieses Besuchs, inzwischen zum mexikanischen Außenminister ernannt wurde. Immerhin musste aber der wegen seiner US-freundlichen Politik in Misskredit geratene mexikanische Staatspräsident Enrique Peña Nieto seinen geplanten Besuch in Washington nach der Wahl Trumps absagen.

Inzwischen hat Trumps Mauerplan eine konkretere Gestalt angenommen: Mit einem der ersten Federstriche nach seinem Amtsantritt erließ er am 25. Jänner die so genannte *Border Security and Immigration Enforcement Improvements executive order* (Erlass zur Verbesserung der Sicherheit der Grenze und der Einwanderungskontrolle). Dieses Präsidentschaftsdekret ordnet die Erhöhung der Zahl der Anhaltezentren an der US-Grenze, die Einstellung von 5000 zusätzlichen (zu den derzeit etwa 20.000) Grenzbeamten und die sofortige Verhaftung und anschließende Abschiebung aller MigrantInnen an, die sich während ihres Aufenthalts in den USA etwas zuschulden kommen ließen.

In der Praxis läuft das darauf hinaus, dass die auf 11 Millionen geschätzten so genannten „Illegalen“ (5,8 Millionen davon mexikanischen Ursprungs) ab sofort des Landes verwiesen werden können, weil sie ja bereits auf Grund ihres Aufenthalts gegen die US-amerikanischen Migrationsgesetze verstoßen haben. In der Tat häufen sich die Berichte, denen zufolge Menschen v.a. aus Mexiko und Zentralamerika u.a. in Kalifornien und Texas von der Polizei aus ihren Unterkünften abgeholt und zur mexikanischen Grenze gebracht wurden. Dabei kommen auch Flugzeuge zum Einsatz, welche die MigrantInnen in die südlichen Bundesstaaten Mexikos oder ihre zentralamerikanischen Herkunftsländer transportieren, um zu vermeiden, dass sie bald wieder versuchen können, in die USA einzureisen. Von den verschärften Einreisebestimmungen sind insbesondere auch zentralamerikanische Kinder und Jugendliche betroffen, die vor



Am 12. Februar wurde in Mexiko nicht nur gegen Donald Trump demonstriert.

der Gewalt in ihrer Heimat fliehen, oder zu ihren Eltern in den USA reisen wollen.

Das alles hat dazu geführt, dass sich in den USA immer mehr MigrantInnen verstecken, doch auch die Zahl derer, die eine „freiwillige“ Rückübersiedlung in ihre ursprüngliche Heimat anstreben, wächst ständig. Das trifft auch auf die vor den Gewaltexzessen in Honduras, El Salvador und Guatemala geflohenen ZentralamerikanerInnen zu, von denen viele bereits planen, in Mexiko Zuflucht zu suchen, was den dort ohnedies sehr prekären Arbeitsmarkt zusätzlich belastet.

Was die Mauer selbst betrifft, deren Kosten zwischen 12 Milliarden (Trump) und 21,5, Milliarden (*Department of Homeland Security*) US-Dollar selbst unter den Republikanern sehr unterschiedlich eingeschätzt werden, sich in anderen Berechnungen aber auf 60 und mehr Milliarden belaufen könnten, hat der Satz von Trump, er werde sich das Geld von den Mexikanern zurückholen, für große Aufregung gesorgt. In Mexiko kursieren bereits (echte oder falsche) Pläne, auf denen eine sechs Meter hohe und ebenso breite, rosafarbene Mauer zu sehen ist, auf deren zur US-Seite hin abgeflachtem Dach neugierige Besucher mit einem Fernrohr die Flüchtlingsjagd live miterleben können. Ein mexikanischer Karikaturist behauptete sogar, dass diese Mauer dick genug wäre, um darin auch Gefängniszellen für die Illegalen einrichten zu können.

Aber spätestens seit der Ankündigung des Dollarmilliardärs, die so genannten *remesas familiares*, die Überweisungen der mexikanischen ArbeitnehmerInnen in den USA an ihre Familien, mit 30 Prozent zu versteuern, um diesen pharaonischen Mauererbau zu finanzieren, verging den meisten

das Lachen. Stellt man in Rechnung, dass diese *remesas* – noch vor dem Erdöl – der größte Beitrag zum mexikanischen Volkseinkommen sind, scheint der Niedergang der mexikanischen Volkswirtschaft vorprogrammiert.

Neoliberalismus und Korruption

Dass dieser Niedergang natürlich nicht nur dem Präsidentenwechsel in den USA zuzuschreiben ist, wissen die MexikanerInnen ganz genau. Die derzeitige katastrophale Situation (der mexikanische Peso ist von 11 auf 22 Pesos pro US-Dollar gefallen) ist vielmehr die Folge eines neoliberalen Umbaus, der bereits in den 1980er Jahren unter den Regierungen der alteingesessenen PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) begonnen und in den 2000er Jahren durch die Präsidenten Vicente Fox und Felipe Calderón von der rechtskonservativen *Partido de Acción Nacional* (PAN) vertieft wurde. „Letztendlich sind alle heiligen Kühe der mexikanischen Revolution geschlachtet worden“, schreibt der Universitätsprofessor und Publizist John Ackerman.

Tatsächlich: als erstes wurde das im Anschluss an die mexikanische Revolution 1918 eingeführte System der so genannten *ejidos* (unverkäufliches Gemeindeland nach indigenem Vorbild) abgeschafft und die auf die Errungenschaften der anarcho-syndikalistischen Bewegung zurückgehenden sozialen Rechte der ArbeitnehmerInnen durchlöchert. Und am Ende dieses traurigen Abgangs steht die Privatisierung von *Pemex*, des durch Lázaro Cárdenas (Präsident 1934-1940) verstaatlichten Erdölkonzerns, durch genau jenen Präsidenten, der heute zu den korruptesten Politikern in der Geschichte Mexikos zählt.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Das von Vicente Fox im Anschluss an die massiven Bewegungen der *Campesinos* und UmweltschützerInnen vor zehn Jahren gestoppte Megaprojekt eines neuen Flughafens in Mexico-Stadt am Texcoco-See wurde von Enrique Peña Nieto in Zusammenarbeit mit dem Multimilliardär Carlos Slim 2015 wieder in Angriff genommen. Um sich jedoch die lange Wartezeit bis zur Vollendung dieses Bauvorhabens zu versüßen, lässt Peña Nieto einen eigenen Präsidenten-Flugsteig im Wert von 250 Millionen Dollar errichten.

Manuel López Obrador: Licht am Ende des Tunnels

Peña Nietos Politik hat zur Folge, dass sich das politische Panorama auch in Bezug auf die im Juni 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen seit einigen Monaten ziemlich rapide verändert hat. Die Beliebtheitswerte des Präsidenten sind auf 12 Prozent gesunken, und sowohl die rechtskonservative PAN als auch die sozialdemokratisch angehauchte PRD (*Partido de la Revolución Democrática*), deren bürokratische Führung in letzter Zeit mit Recht in den Geruch der systemimmanenten Korruption gekommen ist, kommen über diese Werte – den Meinungsumfragen zufolge – nicht hinaus. Denn alle diese Parteien werden von der erst seit 2014 registrierten Linkspartei MORENA (*Movimiento Regeneración Nacional*) unter der Führung des linkspopulistischen Andrés Manuel López Obrador in den Schatten gestellt, der – letzten Meinungsumfragen zufolge – sogar die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen könnte. Ebenso wie sein brasilianischer Counterpart Luiz Inácio da Silva, „Lula“, ist der ehemalige Bürgermeister von Mexiko Stadt bereits zweimal bei den Präsidentschaftswahlen angetreten, wobei ihm damals der Erfolg auf Grund von massiven Wahlmanipulationen und eklatantem Betrug bei der Stimmenauszählung versagt geblieben ist.

Nun scheint sich das Blatt zu wenden. Sollte sich der Abstand bis zu den Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 nicht verringern, würde es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sehr schwer sein, López Obrador und seiner MORENA-Partei einen Wahlerfolg abzuerkennen, zumal sich sogar ein Teil der oberen Mittelschicht bereits auf seine Seite geschlagen hat. ■

¹ 1848 war Mexiko nach einer US-Invasion gezwungen, der Abtretung von mehr als der Hälfte seines Territoriums an die USA vertraglich zuzustimmen.

MEXIKO VOR ENDE DES NEOLIBERALEN ALBTRAUMS?

Jene Welle, die zu Beginn des Jahrtausends in vielen Ländern Lateinamerikas progressive Regierungen an die Macht gehievt hat, erfasste Mexiko nicht. Doch das Auftauchen neuer sozialer und politischer Bewegungen in Mexiko bedeutet einen Hoffnungsschimmer für eine Wiederbelebung der Linken in der Region.

Von John Ackerman



Foto: Gettyimages

Im Unterschied zum Rest des Kontinents hat in Mexiko die Entwicklung praktischer Alternativen zum Neoliberalismus noch kaum begonnen. Seit 1982 versank das Land kontinuierlich in neoliberalen Fehlentwicklungen mit zunehmender Konzentration des Reichtums, radikaler Flexibilisierung der Arbeit und fast schrankenloser Privatisierung. Zugleich behielt es seine autoritäre Politik bei, gestützt auf Repression und Zensur seitens der Regierung, Wahlbetrug und eine kulturelle Gegenrevolution, die auf die Auslöschung einer langen Tradition von sozialem Aktivismus und lokalem Widerstand abzielte.

Mexikos neoliberaler Albtraum

Nach Peña Nietos Wahl im Jahr 2012 begrüßte ihn die internationale Presse als den Mann, der die Ausbreitung des südamerikanischen „Populismus“ stoppen und den „Konsens von Washington“ als dominierende Ideologie in Lateinamerika wiederherstellen würde. Tatsächlich war es seit seinem Amtsantritt am 1. Dezember 2012 Peña Nietos zentrales, wenn auch nicht öffentlich deklariertes Ziel, das fortschrittliche Erbe der Mexikanischen Re-

volution von 1910 zu demontieren. Er hat den Arbeitsschutz drastisch abgebaut, neoliberale Bildungsreformen verfügt und ging daran, die enorme Öl- und Gasindustrie internationalen Ölgesellschaften auszuhandigen. Auch hat er Mexiko in einen ergebenen Handlanger der US-Außenpolitik und der Sicherheitsinteressen des nördlichen Nachbarn verwandelt.

Die Privatisierung des Ölsektors bildete den Eckstein seiner Reformen. Der Fortbestand des 1938 im Zuge der Enteignung ausländischer Ölkonzerne durch Präsident Lázaro Cárdenas gegründeten staatlichen Monopols *Pemex* war ein untragbarer dunkler Fleck in einer ansonsten seit der Machtübernahme durch Carlos Salinas im Jahr 1988 untadeligen neoliberalen Bilanz. Frühere Regierungen hatten Banken, Pensionen, Fluglinien, Telefongesellschaften und Autobahnen privatisiert, aus Angst vor drohenden sozialen Unruhen aber nicht gewagt, den Öl- und Stromsektor aus der Hand zu geben.

Unter Peña Nieto wurde dieser Schritt unter dem Beifall der internationalen Presse vollzogen. Die Herausgeber der *Washington Post* schrieben im Dezember 2013: „Während Venezuelas Wirtschaft

implodiert und Brasiliens Wachstum stagniert, wird Mexiko Lateinamerikas Ölproduzent, den es im Auge zu behalten gilt – und ein Modellfall dafür, wie Demokratie einem Entwicklungsland nützlich sein kann.“

Peña Nieto kehrte außerdem dem Rest Lateinamerikas den Rücken zu und übernahm Washingtons Sichtweise von regionaler Machtpolitik. Mexikos Politik in Bezug auf Energie, Migration, Drogen, nationale Sicherheit und Auslandsinvestitionen wird heute zusehends von Washington diktiert. Eine kürzliche Studie des *Council on Foreign Relations* über die Zukunft der Beziehungen zwischen den USA, Kanada und Mexiko, verfasst vom früheren Präsidenten der Weltbank Robert Zoellick und General David Petraeus, dem ehemaligen CIA-Chef, ist diesbezüglich vielsagend: „Gegen Ende des Jahrhunderts traf Mexiko, das eine funktionierende, aber nicht enge Beziehung zu den USA unterhalten hatte, eine mutige Entscheidung – Richtung Norden zu schauen, neue wirtschaftliche Bande mit den USA und Kanada zu knüpfen.“ Die Autoren erklären in der Folge, Nordamerika solle für die Politik der USA zentrale Priorität haben: „Nordamerika ist die ‚kontinentale Basis‘ für die USA; es sollte Ausgangspunkt ihrer geopolitischen und geökonomischen Perspektiven sein“.

Leider wurde die Vorstellung von Mexiko als „kontinentaler Basis“ für die globale Vorherrschaft der USA auch vom politischen Establishment von Mexiko Stadt übernommen. Peña Nietos Einladung an Donald Trump, Mexiko Stadt mitten im Präsidentschaftswahlkampf zu besuchen, hat diese geänderte Sicht hervorragend illustriert. Trump besuchte Mexikos Präsident wenige Stunden vor einer breit angekündigten Rede in Arizona über Immigration und Grenzpolitik, in der er seine Entscheidung, Millionen mexikanischer ImmigrantInnen abzuschieben, ebenso bekräftigen sollte wie seine Absicht, Mexiko für eine „undurchdringliche, physische, hohe, mächtige, schöne südliche Grenzmauer“ bezahlen zu lassen.

Doch Trump wurde in Mexiko Stadt mit allen Ehren empfangen. Ein Hubschrauber der mexikanischen Luftwaffe brachte ihn vom Flughafen zur Residenz des Präsidenten. Nach ihrem Treffen gaben

Peña Nieto und Trump eine förmliche gemeinsame Pressekonferenz, so als wäre der republikanische Kandidat bereits US-Präsident gewesen. Peña Nieto stellte weder Trumps rassistischen und xenophoben Aussagen in Frage, noch setzte er sich für die Rechte der in den USA lebenden MexikanerInnen ein. Im Gegenteil, Mexikos Präsident hob die „grundlegenden politischen Übereinstimmungen“ der beiden Männer hervor und bot an, mit Trump daran zu arbeiten, sowohl Mexikos Grenze zu den USA als auch jene zu Guatemala zu „festigen“. Trump bezeichnete Peña Nieto als seinen „Freund“ und später, während seiner Rede in Arizona, als „wunderbaren Präsidenten“.

Peña Nieto hielt sich auch an die Vorgaben aus Washington, was die Fortsetzung der verheerenden militarisierten Strategie des Drogenkriegs betrifft. Sie versucht führende Drogenhändler aus dem Spiel zu nehmen, ohne an den zugrunde liegenden sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Problems anzusetzen. Ergebnis war die Fortsetzung des unter Felipe Calderón eingeleiteten Blutbads, das nach offiziellen Statistiken pro Jahr an die 20.000 Menschenleben fordert.

Indessen griff Peña Nieto zu Gewalt, Unterdrückung und Zensur, um der widerstrebenden Bevölkerung seine neoliberale und neokoloniale Politik aufzuzwingen. Laut zahlreichen Berichten internationaler und lokaler NGOs haben in seiner Amtszeit Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf die Presse stark zugenommen. Seit seiner Amtseinführung haben sich unter die TeilnehmerInnen an Protestmärschen immer wieder Regierungsprovokateure gemischt; außerdem waren sie mit gewaltsamer Repression und willkürlichen Festnahmen konfrontiert. Signal für das Ende der Toleranz gegenüber kritischem Journalismus war im März 2015 die Entlassung von Carmen Aristegui, Mexikos populärster Radiomoderatorin. Und das Massaker, bei dem die staatliche Polizei im Juni 2016 in Nochitlán, Oaxaca, neun unbewaffnete DemonstrantInnen tötete und 100 verwundete, setzte jedem Anschein der Respektierung von Menschenrechten durch die mexikanische Regierung ein Ende.

Revolutionärer Neustart?

Auch wenn Mexiko heute im autoritären Dunkel des Neoliberalismus verharrt, gibt es doch berechtigte Hoffnungen für die Zukunft. Es mag paradox erschei-

nen, doch Mexiko ist heute – sowohl angesichts seiner revolutionären Geschichte als auch dank neu entstandener mächtiger sozialer Bewegungen – eine wichtige Inspirationsquelle für die Erneuerung von Prozessen demokratischen und sozialen Wandels in Lateinamerika. Die Stärke der mexikanischen Linken, die in jüngsten Wahlerfolgen der Bewegung für Nationale Erneuerung (MORENA) zum Ausdruck kommt, verdankt sich nicht dem von den neoliberalen Ideologen behaupteten caudillo-artigen Führungsstil von Manuel López Obrador, sondern der langen Tradition in Sachen politische Teilnahme und revolutionäre Ideale, die in der politischen Kultur und den öffentlichen Institutionen Mexikos fest verwurzelt sind.

ein weiteres Mal auf der Weltbühne in Erscheinung. Sein Erbe lebt bis heute in den politischen Institutionen Mexikos und seiner politischen Kultur fort. Zu seinen auf strikt legalem Weg erzielten Errungenschaften zählen eine extensive Landreform, die Bevorzugung von Arbeitsrechten gegenüber industriellen Zielen, die kollektive Verwaltung strategischer Industrien und die Nationalisierung der Ölindustrie. Sein enormer Erfolg bei der Gestaltung eines modernen, Teilnahme fördernden Staates erklärt die bemerkenswerte politische Stabilität, durch die sich Mexiko im 20. Jahrhundert auszeichnete. Auch nach seinem Abtreten von der politischen Bühne sorgten mächtige Basisbewegungen, die sich auf die Revolution, die Ver-



„Mörder“: Protest gegen das Verschwinden der 43 Studenten von Ayotzinapa

Die Mexikanische Revolution war die erste große soziale Revolution des 20. Jahrhunderts. Die mexikanische Verfassung – die trotz zahlreicher Modifikationen in den letzten Jahren noch immer gilt und tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist – garantierte als erste weltweit den BürgerInnen eine breite Palette an substantiellen Rechten, darunter das Recht auf Arbeit, Erziehung, Land und Gesundheitsversorgung. Sie enthält auch eine radikale Trennung zwischen Kirche und Staat, eine entschiedene Verteidigung der nationalen Souveränität und ein innovatives Eigentumsrecht, das eine freie und gleiche Gesellschaft gewährleisten sollte.

Nach der Revolution von 1910 und der Verfassung von 1917 trat Mexiko unter Präsident Lázaro Cárdenas (1934-1940)

fassung und auf Cárdenas beriefen, für ein Gegengewicht gegen den 1946 von der PRI gegründeten autoritären Staat.

Viele heutige Basisbewegungen für soziale Gerechtigkeit wurden vom historischen Aufstand der in der Zapatistischen Befreiungsarmee organisierten indigenen süd-mexikanischen Bauern und Bäuerinnen im Jahr 1994 inspiriert, die damit auf die Verarmung und Unterdrückung reagierten, welche die Anwendung einer neoliberalen Politik mit sich gebracht hatte. 2006 war Mexiko Schauplatz einer der größten Mobilisierungen dieses Jahrhunderts, als Millionen Menschen auf den Straßen das Ergebnis der damaligen Präsidentschaftswahlen in Frage stellten. Zwei Jahre später brachten massive Straßenproteste die damaligen Pläne zur Privatisierung der na-

Interview mit Coletta Youngers

Robert Lessmann sprach Mitte März in Wien mit Coletta Youngers vom renommierten Washington Office on Latin America über ihre Sicht auf die ersten Wochen der Präsidentschaft von Donald Trump und die Perspektiven.

Foto: Ralf Leonhard



? Coletta, was lässt sich sechs Wochen nach dem Amtsantritt Donald Trumps vonseiten der fortschrittlichen NGOs über dessen Amtsführung sagen?

Wir befinden uns noch in trüben Gewässern. Aus Sicht der progressiven NGOs ist es schwer, unseren Ärger, unsere Ängste und Frustration darüber zu beschreiben, dass wir diese Person haben, die für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten in höchstem Maße unqualifiziert ist. Und für uns, die wir zu Lateinamerika arbeiten, ist ganz besonders das Ausmaß seines Rassismus und seiner Fremdenfeindlichkeit beunruhigend. Wenn wir uns ansehen, was er konkret getan hat, gibt es zwei Realitäten oder zwei Interpretationen: Auf der einen Seite scheint diese Regierung besonders inkompetent, Posten bleiben unbesetzt, das State Department ist praktisch immer noch paralysiert. Wir haben eine „Politiklücke“ in vielen Bereichen. Andererseits gab es eine Reihe von Weisungen, die höchst beunruhigend sind: Attacken auf Muslime und Einwanderer, die Farce einer Mauer an der mexikanischen Grenze.

? Die Frage ist, ob diese erratische Politik die Folge einer Konzeptlosigkeit ist, oder ob sie genau das Konzept ist?

Genau. Einerseits sehen wir eine inkompetente, widersprüchliche und manchmal sogar komische Regierung. Andererseits haben wir viele Berichte über Trumps Chefstrategen Steve Bannon, dessen Strategie es sei, das System von innen zu zer-

stören, Chaos anzurichten, um in eine autoritäre oder faschistische Richtung zu marschieren. Es ist also noch nicht klar, ob diese Regierung eine Menge Schaden anrichten, dabei aber von ihrer eigenen Unfähigkeit behindert wird, oder ob es tatsächlich einen bösen Plan gibt.

? Es ist doch beunruhigend, dass nach sechs Wochen so viele Stellen noch unbesetzt sind, besonders im Außenministerium.

In der Tat. Außenminister Rex Tillerson hatte seinen Stellvertreter benannt, der aber vom Präsidenten zurückgewiesen wurde. Es ist ungewöhnlich, dass sich der Präsident unterhalb der Ministerebene einmischte. Das State Department ist praktisch noch immer inoperativ, sie tun nichts. Außenpolitik findet bisher – wenn überhaupt – im engsten Stab des Präsidenten statt. Als Rex Tillerson in Mexiko war, um die Wogen zu glätten, insistierte der Präsident in einer öffentlichen Rede daheim auf seinen Mauerplänen und darauf, dass Mexiko sie bezahlen müsse, und machte herabwürdigende Bemerkungen über den Nachbarn im Süden. War das Inkompetenz oder Absicht? Wir wissen es nicht! Wenn Tillerson sich das weiterhin gefallen lässt, bedeutet dies, dass er Teil des Plans ist. Aber noch ist es zu früh, das zu sagen.

? In den USA gab es historisch stets eine Strömung, die für eine „Splendid Isolation“ eintrat und kostspielige Engagements in an-

? deren Teilen der Welt reduzieren wollte. Ist es nach Jahrzehnten des Neoliberalismus heute das, was wir sehen? Und ist dies auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Vernetzung überhaupt denkbar?

Nein, das ist heutzutage unmöglich. Dazu ist einfach die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vernetzung zu groß. Aber sehen wir uns an, was der Präsident meint, wenn er „Amerika wieder groß machen“ will. Er will vorteilhafte Geschäfte machen. Wenn er vielleicht versuchen wird, NAFTA zurückzufahren, so wird er scheitern. Dazu ist einfach die Vernetzung zu groß und die negativen Konsequenzen für die US-Wirtschaft wären erheblich. Es ist nicht Isolationismus. Die Wirtschaftsprognosen sind einstweilen rosiger, in Erwartung von Steuersenkungen, nicht in Erwartung von Beschneidungen der Handelsabkommen. Vor allem aber wird er das Militär stärken. Die Trump-Regierung hat eine 37-prozentige Kürzung des Budgets des State Departments vorgeschlagen, was wahrscheinlich nicht durch den Kongress gehen wird. Aber die Richtung ist klar: Schwächung der Diplomatie und Stärkung des Militärs. Man braucht sich nur den inneren Zirkel der Macht ansehen: weiße Männer, entweder von Goldman-Sachs oder Militärs.

? Was hat Lateinamerika zu erwarten?

Es gab dafür bisher sehr wenig Aufmerksamkeit. Trump selbst hat außer seinen Kommentaren zur Immigration und zu Mexiko gar nichts gesagt. Der sensibelste Fall ist Venezuela, wo die USA am meisten Schaden anrichten können, wenn sie nicht sehr vorsichtig und diplomatisch handeln. Die andere Frage ist, ob die US-Regierung den kolumbianischen Friedensprozess weiterhin unterstützen wird. In den Hearings zur Besetzung der Kabinettsposten gab es dazu einige widersprüchliche Aussagen, besonders die von Tillerson selbst. Jedoch war Bill Brownfield, der Staatssekretär für Drogenbekämpfung und internationalen Gesetzesvollzug (übrigens ein Republikaner aus der Obama-Administration, der übernommen wurde und bis heute den einzigen Staatssekretärsposten im Außenministerium besetzt, R.L.), gerade in Kolumbien und hat die Fortsetzung der US-Unterstützung bestätigt. Was wohl nicht passieren wird, ist eine Unterstützung nach dem von uns vorgeschlagenen Leitsatz: Wir haben geholfen den Krieg zu führen, nun lasst und den Frieden unterstützen. Wir von WOLA treten in diesem Zusammenhang für eine deutliche Erhöhung der sozio-ökonomischen Hilfe ein.

Das wird nicht passieren?

Was bereits in der „Pipeline“ ist, geht noch durch. Wir haben wohl ein Jahr oder anderthalb Jahre Finanzierung. Doch danach müssen wir zumindest mit deutlichen Kürzungen rechnen.

Wie wird die Haltung zu den sogenannten progressistischen Staaten sein?

Zu den meisten dieser Länder hat sich die Regierung bisher nicht geäußert. Bei Kuba gibt es große Sorgen, dass die unter Obama erreichte historische Annäherung wieder rückgängig gemacht werden könnte. Einerseits gibt es in dieser Frage Hardliner in Trumps innerem Zirkel, andererseits hat er gerade hier einen moderaten Geschäftsmann zu der Person ernannt, die sich um die Beziehungen zu Kuba kümmern soll. Und wir haben noch immer keine Ernennungen in so vielen Schlüsselpositionen, dass es schwierig ist und zu früh, Prognosen zu machen. Wenn ich eine lateinamerikanische Regierung wäre, würde ich auf „freundliche Vernachlässigung“ hoffen und die Beziehungen zu meinen Nachbarn stärken.

Was viele bereits getan haben. Wie wird es in der Drogenpolitik weitergehen, national und international?

Wir rechnen mit einer Rückkehr zum „War on Drugs“, von dem sich die Obama-Administration verabschiedet hatte. Sowohl national als auch international. Im Gegensatz zu anderen Politikfeldern haben wir hier klare Hinweise. Was wir international sehen werden, ist ein noch klarerer Schwerpunkt auf sogenannter Sicherheitshilfe und eine noch größere Rolle des Militärs bei der Drogenbekämpfung. Im Diskurs sehen wir bereits wieder sehr klar eine Hinwendung zum alten angebotsorientierten Denken: „Das Problem liegt im Drogenangebot. Das Problem ist, dass sie aus Mexiko hereinkommen.“ Eine klare Abkehr von der Akzeptanz der Obama-Regierung, die da lautete: „Ihr habt Produktion, weil es bei uns Nachfrage gibt.“ Und eine Rückkehr zur alten Schuldzuweisung: „Ihr im Süden seid schuldig!“

Und im Inland? Wird es ein Rollback der Reformen geben?

Wir werden ein Ende der Reformpolitik auf nationaler Ebene erleben, einen Stopp der Strafjustizreform. Justizminister Jeff Sessions hat in den letzten Tagen bereits die Staatsanwälte angewiesen, zur Politik der harten Strafen zurückzukehren. Unter Obama hatte es ja eine Abkehr von der Politik der verpflichtenden Mindeststrafen bei gewaltlosen und geringfügigen Drogendelikten gegeben. Wir werden wohl auch eine Reprivatisierung der Gefängnisse erleben. Bei den Cannabis-Reformen steht die Regierung vor dem Dilemma der Rechte der Bundesstaaten – und gerade die zu stärken, war stets ein Kernanliegen der Republikanischen Partei. Sessions selbst hat sich sehr klar ablehnend gegenüber jeder Cannabis-Legalisierung geäußert. Aber wir leben nun in einem Land, wo 20 Prozent der Bevölkerung eine gesetzliche Cannabis-Regulierung haben oder in Kürze haben werden, und wo ein ebenso großer Anteil der Kongressabgeordneten herkommt. Sie haben gerade einen Cannabis-Ausschuss ins Leben gerufen. Da wird die Regierung sehr vorsichtig handeln müssen, wenn sie die legalen Cannabismärkte abschaffen will. Sie wird es vielleicht versuchen, aber ich glaube sie würde dann auf einen Menge Widerstand auf der Ebene der Bundesstaaten treffen. ■

⇒ von Seite 7: VOR ENDE DES NEOLIBERALEN ALBTRAUMS?

tionalen Ölgesellschaft zum Scheitern. Im Frühjahr 2012 trug eine beeindruckende Bewegung von StudentInnen namens *Yo Soy 132* dazu bei, dass Peña Nieto seine Präsidentschaft mit den niedrigsten Popularitätswerten in der jüngeren Geschichte Mexikos antreten musste.

Das Verschwinden von 43 und die Ermordung von weiteren drei Lehramtsstudenten von Ayotzinapa am 26. September 2014 war der Funke, der in ganz Mexiko – und in über 100 Städten im Ausland – eine massive Protestwelle auslöste. Seit dem Aufstand der EZLN in Chiapas war Mexiko nicht mehr von einer so mächtigen unabhängigen Bürgerbewegung erschüttert worden, die auf einen grundlegenden Wandel dieses auf Ungleichheit und Repression gegründeten Systems abzielten. Dass die Protestwelle weit davon entfernt ist abzureißen, davon zeugen auch die breiten Proteste der LehrerInnen gegen Peña Nietos neoliberale Bildungsreform im Jahr 2016 (sowie die Mobilisierungen gegen die massive Erhöhung der Öl- und Benzinpreise zu Beginn dieses Jahres; die Red.).

Nach vier Jahren im Amt ist Peña Nieto der unbeliebteste Präsident in Mexikos moderner Geschichte. Angesichts der enormen Kluft zwischen politischer Klasse und Zivilgesellschaft ähnelt das heutige Mexiko mehr und mehr Venezuela, Bolivien und Ecuador, bevor Hugo Chávez, Evo Morales und Rafael Correa an die Macht kamen. Die große Herausforderung im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2018 besteht im Aufbau eines breiten Bündnisses zwischen den zahlreichen sozialen Bewegungen an der Basis und jenen linken PolitikerInnen und AnführerInnen der Zivilgesellschaft, die mit MORENA ein vielversprechendes politisches Projekt geschaffen haben, das in den Lokal- und Gouverneurswahlen vom Juni 2016 bereits beachtliche Erfolge erzielt hat. Ihr Kandidat López Obrador liegt in allen Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen 2018 derzeit voran. ■

John Ackerman ist Professor an der Universität UNAM und Kolumnist von *La Jornada* und *Proceso*. Twitter: @JohnMAckerman, Blog: www.johnackerman.blogspot.com. Sein von Hermann Klosius stark gekürzter und übersetzter Beitrag ist Ende Dezember 2016 auf <https://nacla.org> erschienen.

TRAUMA JENSEITS DER MAUER

Eine Reportage vom früher von Migranten stark frequentierten, inzwischen aber kaum genutzten Grenzabschnitt von Nogales, auf der mexikanischen Seite des Zauns, der – geht es nach Trumps Plänen – zu einer massiven Mauer ausgebaut werden soll.

Von Patrick J. McDonnell

In einer Herberge jenseits der Grenze von Arizona sind Freiwillige dabei, Nahrungsmittel und andere Waren für den Fall eines großen Zustroms von Deportierten bereitzustellen. „Wir wollen uns nicht von Herrn Trump überraschen lassen“, erklärt Juan Francisco Loureiro, der Leiter des Don Bosco-Zentrums für MigrantInnen angesichts der Pläne des US-Präsidenten, die Deportationen auszuweiten. „Wir müssen darauf vorbereitet sein.“

Entlang der Grenze treffen niedergeschlagene frisch Deportierte auf neu aus dem Süden mit Ziel USA Ankommende. Sie sind unschlüssig, ob sie sich für den Weg nach Norden entscheiden, oder sich geschlagen geben und nach Hause zurückkehren sollen.

„Mit Trump ist es jetzt einfach sehr schwierig“, so der kürzlich wegen einer Verkehrsstrafe in St. Louis aufgegriffene und deportierte 33jährige Alejandro Ramos Maceda, der dort seine Frau und zwei Töchter, beide US-Bürgerinnen, zurücklassen musste. Entmutigt gibt er an, er werde vorläufig in Mexiko bleiben – eine Entscheidung, die viele andere Deportierte mit Familien in den USA widerwillig getroffen haben. „Vielleicht wird mich meine Frau besuchen kommen“, sagt er, ohne dass seine Stimme von großer Hoffnung zeugt.

Für Präsident Trumps geplante neue Grenzmauer wurde bisher kein einziger Pfosten errichtet. Auch von der angekündigten Aufstockung der Grenzpatrouillen ist noch nichts zu merken. In Interviews auf der mexikanischen Seite der Grenze wird aber deutlich, dass der neue Präsident innerhalb weniger Wochen erheblichen Einfluss darauf hatte, wie sich die Menschen in der Grenzregion verhalten, welche Pläne sie haben und – was vermutlich wichtiger ist – was sie denken. Auch wenn

die Umsetzung von Trumps Strategie bisher noch kaum begonnen hat, geht er den Leuten nicht aus dem Kopf.

„Es ist um einiges schwieriger, über die Grenze zu kommen, als wir dachten“, meint der 15jährige Vicente Vargas. Er ist einer von fünf Teenagern aus dem mexikanischen Bundesstaat Puebla, die sich angesichts der Schwierigkeiten und Kosten, die mit der Überwindung der Grenze verbunden sind, zur Rückkehr nach Hause entschlossen haben. Dazu kommt die Wahrscheinlichkeit ihrer Festnahme, sobald sie es auf die andere Seite geschafft hätten. Wie sogar Monate vor Trumps Amtsantritt Deportierte geben Vicente und seine Gefährten Trumps neuer Grenzstrategie die Schuld.



Stahlzaun zwischen Nogales (Mexiko) und Nogales (Arizona)

„Derzeit herrscht große Unsicherheit“, so Jesús Arturo Madrid Rosas, Vertreter von *Grupo Beta*, einer Hilfsorganisation der mexikanischen Regierung für MigrantenInnen. „Die Leute wissen nicht, was geschehen wird. Das dürfte einige abschrecken.“ Auch habe eine Vielzahl von Faktoren – Schlechtwetter, verstärkte Grenzkontrollen noch vor Trump, ständig steigende Gebühren der Schlepper – den Zustrom von MigrantInnen nach Norden sinken lassen. Je nach Standpunkt wird die Schuld oder der Verdienst vielfach Trump zugeschrieben.

„Ich stimme zwar mit Trump nicht überein, doch er tut, was die US-Bevölkerung will“, erklärt Eliseo Estrada, ein stämmiger Polizeikommandant von Nogales. Er steht dabei nahe am Stahlzaun, der seine geschäftige Stadt vom viel kleineren No-

gales in Arizona trennt. „Auch Mexiko könnte einen starken Präsidenten brauchen.“

Weiter unten, wo die mit Fahrrädern, Tischen und Spielsachen vollgeräumten Hinterhöfe an den Stahlzaun anstoßen, kennzeichnet ein Altar jene Stelle, wo im Jahr 2012 ein Agent der Grenzpatrouille durch ein Loch im Zaun etwa zehn Schüsse auf den mexikanischen Teenager José Antonio Elena Rodríguez abfeuerte. Noch heuer wird der Mordprozess gegen Lonnie Swartz, den Schützen, beginnen.

Sogar die hier als *coyotes* bekannten Schlepper – deren Tarife mit den steigenden Schwierigkeiten der Grenzüberquerung mithalten – berichten, die Meldungen von der anderen Seite der Grenze hätten

viele verunsichert. „Die Leute sind psychologisch traumatisiert“, so ein langjähriger Menschenschmuggler, der aus Angst vor Verhaftung anonym bleiben will.

Auch auf der US-Seite lösen Trumps Ankündigungen Besorgnis aus, sei es, dass Menschen die mögliche Deportation von Verwandten oder Nachbarn be-

fürchten oder sich um jene sorgen, die vielleicht für immer von ihren Liebsten getrennt worden sind. Sheriff Tony Estrada vom Bezirk Santa Cruz in Südarizona: „Darüber reden alle: Trump, die Grenze, Abschiebungen, Razzien. Man hört es in den Cafés, den Restaurants, überall. Die Leute haben Angst.“ Estrada wurde auf der mexikanischen Seite der Grenze geboren und emigrierte als Kind mit seiner Familie nach Nogales in Arizona.

Ein Bild einer Kunstinstallation am Stahlzaun zeigt das Gesicht von Jesús Valverde, einer Robin Hood vergleichbaren Figur des frühen 20. Jahrhunderts, der heute als Schutzpatron von Mexikos Drogenhändlern und Verbrechern verehrt wird. Den in den letzten Jahren verstärkten Kontrollen zum Trotz passieren illegale Drogen weiterhin die Grenze, sei es durch

unter dem Zaun gerabene Tunnel, sei es in darüber geworfenen oder gezogenen Paketen oder in Fahrzeugen, die einen der beiden stark frequentierten Grenzübertritte passieren, von denen manche mit hochkonzentriertem Chiliextrakt besprüht sind, um so Spürhunde zu überlisten.

Schon lange vor der Trump-Ära haben US-Regierungen Milliarden von Dollar dafür aufgewendet, mehr Grenzschützer einzustellen, die Zäune zu verbessern und militärische Geräte und Maßnahmen wie Bodensensoren, Drohnen, Flutlicht und mit Kameras ausgerüstete Beobachtungstürme einzusetzen. Zweifellos haben diese Investitionen das illegale Überqueren der Grenze erschwert und verteuert sowie gefährlicher gemacht – wovon die zahlreichen beim Versuch, die Wüste von Arizona zu durchqueren, in den letzten Jahren ums Leben gekommenen MigrantInnen zeugen.

Müll säumen einen unheimlichen aufgelassenen Friedhof, offenbar die letzte Ruhestätte vieler Angehöriger der in der Region früher blühenden chinesischen Gemeinde, die aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch eine Welle der Fremdenfeindlichkeit weitgehend vertrieben wurde. Heute ist es in dieser Zone, in der es einst vor angehenden Grenzgängern nur so wimmelte, menschenleer.

Zwei Mitglieder der Grenzpatrouille, die ihr Fahrzeug auf einer Schotterstraße auf der US-Seite geparkt haben, geben sich angesichts des rauen, gebirgigen Terrains und der Heftigkeit vieler sommerlicher Gewitter skeptisch, was die Wirksamkeit von Trumps geplanter Mauer angeht. „Eine Mauer würde wahrscheinlich durch Gewitterregen unterspült werden“, meint einer von ihnen, der jedoch ablehnt sich identifizieren zu lassen, da er keine Er-

Tatsächlich kommt Trumps Aufrüstung der Grenze zu einer Zeit, in der das Aufkommen illegaler ImmigrantInnen generell zurückgeht. In der südwestlichen Grenzregion wurden im Jahr 2016 insgesamt 408.870 Festnahmen verzeichnet, im Vergleich zu 1,1 Millionen 2006 und 1,6 Millionen 2000. Die Mehrheit der Aufgegriffenen stammt nicht aus Mexiko, sondern aus anderen Ländern, hauptsächlich aus Zentralamerika.

Trotz der beträchtlichen Hürden lassen sich nicht alle abschrecken. Es gilt hier als Gewissheit, dass niemand jene aufhalten kann, die fest zum Grenzübertritt entschlossen sind. Ein Schlepper erzählt, er werde am nächsten Abend drei Klienten hinüberbringen. Viele Deportierte erklären, sie hätten keine andere Wahl als zurückzukehren. „Mein Leben ist auf der anderen Seite“, erklärt der 48jährige Oscar Felix, den wir mit anderen zerzausten und erschöpften Deportierten in einer katholischen Herberge antreffen, die MigrantInnen mit einem Frühstück versorgt. „Natürlich werde ich zurückkehren.“

Felix erzählt, er habe nach seinem illegalen Grenzübertritt 30 Jahre lang in der Region Phoenix gelebt und als Mechaniker gearbeitet. Er habe vier in den USA geborene Kinder im Alter von einem bis 14 Jahre. Er sei im Dezember aufgrund eines älteren Haftbefehls wegen Fahrens ohne Führerschein verhaftet worden und nach drei Tagen im Gefängnis an Agenten der Migrationsbehörde übergeben worden, die ihn zweieinhalb Monate lang festhielten und schließlich im Februar abschoben. Er werde zunächst Familienangehörige in Ciudad Obregón, seiner Heimatstadt, besuchen und sich dann auf den Weg zurück über die Grenze machen. Er zweifelte nicht daran, dass er es schaffen werde.

„Ich habe kein Leben in Mexiko; mein Leben, meine Familie ist auf der anderen Seite“, erklärt er, im kalten Regen vor der Herberge stehend. „Es geht nicht um Trump. Es geht um meine Familie. Ich muss zurück nach Phoenix.“ ■

Übersetzung dieses Ende Februar auf www.latimes.com erstveröffentlichten Beitrags: Hermann Klosius

¹ *Wie der für innere Sicherheit zuständige Staatssekretär John Kelly Anfang April informierte, wurde im März die seit 17 Jahren niedrigste Zahl an illegalen Grenzübertritten verzeichnet.*



Barriere aus alten Eisenbahnschienen: einst vielfach für den Grenzübertritt genutzt

Heute macht sich hier niemand mehr ohne einen Schlepper auf den Weg. Die Zeit, als sich große Gruppen auf eigene Faust durchschlugen, ist lange vorbei. Die kriminellen Drogenkartelle kontrollieren auch den Menschenschmuggel. Versteckte Späher beobachten den Grenzstreifen sorgfältig und berichten ihren Vorgesetzten jede Aktivität.

Östlich der Stadt, wo der massive Grenzzaun aus Stahl in eine leicht überwindbare Barriere aus mit Stacheldraht bewehrten alten Eisenbahnschienen übergeht, stößt man auf zahlreiche Spuren einstiger Grenzgänger: leere Wasseflaschen, weggeworfene Lebensmittelverpackungen, erloschene Feuerstellen. Fußabdrücke und

laubnis habe zu sprechen. Schlepper verlangen derzeit etwa 4.000 US-Dollar pro Kopf, um Menschen ohne Dokumente ins 60 km nördlich gelegene Tucson zu schmuggeln, und 6.000 für den Weg bis Phoenix. Die Gebühren betragen ungefähr das Fünffache dessen, was vor zehn Jahren verlangt wurde, als dieser Abschnitt der internationalen Grenze der bei weitem am stärksten frequentierte im Südwesten der USA war. Doch im Zeitraum zwischen 2006 und 2016 sind die jährlichen Festnahmen durch Grenzpatrouillen im Bereich von Tucson, der den Grenzstreifen von Nogales einschließt, von fast 400.000 auf ca. 65.000 gefallen.¹

WARUM ICH NICHT WEGGEHE

Obwohl seit zwei Jahrzehnten im Land, muss sich die Autorin des folgenden Berichts verstecken, um ihrer Deportation aus den USA zu entgehen.

Von Jeanette Vizguerra

Foto: Ryan David Brown

Dieses Jahr sind es genau 20 Jahre, die ich in Denver lebe, aber es kann durchaus sein, dass ich den Jahrestag im Keller der Ersten Unierten Kirche von Denver verbringen muss statt bei mir zuhause. Jeden Tag, wenn ich hier in dem Zimmer aufwache, das mir zur Verfügung gestellt wurde, frage ich mich zuerst, wer heute meinen Sohn und meine Töchter von der Schule abholen wird.

Vergangene Woche wurde mir die Verlängerung meines Ausweisungsaufschubs von der ICE (*Immigration and Customs Enforcement*, Migrationsbehörde) verweigert. Ich suchte Zuflucht in der Kirche, weil meine Zukunft, so wie die von Millionen anderer ImmigrantInnen, in diesem Land fraglich geworden ist. Durch die neue Politik von Präsident Trump wird jede Person ohne gültige Dokumente zur Zielscheibe von Deportation.

Während meiner Jahre hier war ich Zeugin vieler Ungerechtigkeiten und habe an Gemeinschaftsaktionen teilgenommen, um dagegen anzukämpfen, sogar als Ko-präsentatorin eines Radioprogrammes. Nach zwei Jahrzehnten, in denen ich Steuern gezahlt habe, tausende Dollar für meinen ImmigrantInnenstatus ausgegeben und acht Jahre gegen meine Deportation gekämpft habe, werde ich mich jetzt nicht geschlagen geben.

2009 wurde ich von einem Polizeibeamten verhaftet, und dies veränderte alles. Mein Führerschein war abgelaufen und ich konnte ihn nicht erneuern. Bevor er meinen Führerschein verlangte, fragte mich der Beamte: „Sind Sie legal oder illegal im Land?“. Ich kannte meine Rechte und antwortete: „Ich werde diese Frage nicht beantworten“.

Er verhaftete mich, und während er meine Brieftasche überprüfte, fand er Dokumente, die meinen Namen und mein reales Geburtsdatum, aber eine erfundene Sozialversicherungsnummer enthielten. Ich brauchte sie, um mich für eine dritte Arbeit zusätzlich zu den beiden bestehenden als Haushaltshilfe und Wartungsangestell-

te zu bewerben. Ich bekannte mich eines Bagatelldelikts dritten Grades schuldig: versuchter Besitz eines gefälschten Dokuments.



Solidarität mit Jeanette in Denver

Für viele mag dies nach einer ernsthaften Beschuldigung klingen, aber was einige als kriminell ansehen, ist eine Frage des Überlebens für die Mehrheit der Personen, die deren Häuser bauen und sie sauber halten. Sie akzeptieren unsere Arbeit, aber statt uns nicht mit diesem Stück Papier aus, das unser Menschsein anerkennt.

Ich beschloss, meinen Kampf gegen die Deportation nicht zu verstecken, sondern ihn öffentlich zu machen, um die Aufmerksamkeit auf die Ungerechtigkeit dieses Systems zu lenken. Ich wollte meiner Gemeinschaft Mut machen, um aus den Schatten zu treten und ihre Stimme zu erheben. 2011 wies ein Richter mein Ansuchen um Aufschub der Deportation mit dem Argument ab, dass im Fall meiner Abschiebung das Leiden meiner Familie weder extrem noch unüblich wäre. Ich legte gegen das Urteil Berufung ein.

Meine drei minderjährigen Kinder – sechs, zehn und zwölf Jahre alt – haben die Staatsbürgerschaft (ich habe auch eine erwachsene Tochter, die als in der Kindheit Eingereiste Aufschub erhält); mein Mann hat nicht die Staatsbürgerschaft. Was wird aus ihnen, wenn ich abgeschoben werde? Ich sehe, dass meine Kinder sich, wenn sie mit mir sind, sicher fühlen und sich ihre Leistungen in der Schule und auch ihr Selbstwertgefühl verbessern. Aber wegen der Furcht vor der Trennung mussten sie auch Behandlungen gegen Depression und Angst in Anspruch nehmen. In den Vereinigten Staaten gibt es Millionen von Kindern wie sie.

Während ich auf meinen Berufungsprozess wartete, erhielt ich im September 2012 die Nachricht, dass meine Mutter

schwer erkrankt sei. Nach so vielen Jahren musste ich mich verabschieden, oder etwas in mir wäre (ab)gestorben. Ich ließ meine Töchter und meinen Sohn bei ihrem Vater zurück und reiste nach Mexiko.

Meine Mutter starb, während ich im Flugzeug war. Ich konnte nur mehr zur Beerdigung gehen. Im April 2013 kehrte ich in die Vereinigten Staaten zurück, wobei ich über Berge und durch die Wüste marschierte, bis meine Füße wund waren. Ich wurde von der Grenzpatrouille in Texas verhaftet. Während ich dort verhaftet war, rief ich meine Familie und Freunde an, um ihnen zu erzählen, was vorgefallen war. Dank meiner Gemeinschaft und meiner Anwältin wurde ich mit einem Abschiebungsaufschub und angeordneten Kontrollmaßnahmen auf freien Fuß gesetzt. Dieser Aufschub wurde fünfmal verlängert.

Mein sechster Ausweisungsaufschub lief diesen Monat ab. Am 15. Februar sollte ich mich bei den Beamten der ICE melden. Nachdem ich in der vorangegangenen Woche gesehen hatte, wie in Arizona eine Mutter verhaftet und sofort von der ICE abgeschoben worden war, folgte ich jedoch meiner Intuition und suchte Zuflucht. Als meine Anwältin und der Pastor der Ersten Unierten Kirche in meinem Namen zum Treffen kamen, warteten die Beamten der ICE bereits, um mich zu verhaften.

Jetzt, wo Präsident Trump seinen Plan, uns zu kriminalisieren und uns in Angst leben zu lassen, enthüllt hat, sind ganze Gemeinschaften bedroht. Meine Leute hier in Denver gehen weiterhin erhobenen Hauptes. Das Land war während der Aktionen am Tag ohne ImmigrantInnen Zeuge dieser Einstellung, und wir haben Verbündete im ganzen Land, in den Schulen und den religiösen Gemeinschaften, am Land und in den Restaurants.

Ihre Beispiele inspirieren mich, den Kampf weiterzuführen, bis wir alle frei auf den Straßen gehen können. Aber es ist nicht leicht, so der Öffentlichkeit ausgesetzt zu sein und – obwohl ich dankbar für die Unterstützung der *Coalición Santuario* bin – es ist schwer, in einer Kirche anstatt bei mir zuhause zu leben. Vielleicht hast du den Aufkleber #JeanetteGehörtHierher gesehen. Die Vereinigten Staaten sind das Land meiner Kinder. Ich bleibe hier, weil es meine Heimat ist. Ich gehe nicht weg. ■

Jeanette Vizguerra ist eine der Anführerinnen von *Nos Mantenemos Unidas*, einer Kampagne von Frauen für eine gerechte Einwanderungspolitik.

Den in www.nytimes.com erstveröffentlichten Beitrag hat Brigitte Ghafouri-Schmidt übersetzt.

WIE SCHLECHT IST NAFTA?

Von Ralf Leonhard

Am 1. Jänner 1994 besetzten Aufständische mit seltsamen schwarzen Sturmhauben, die nur die Augen freiließen, mehrere Plätze in der süd-mexikanischen Stadt San Cristóbal de las Casas und anderen wichtigen Städten des Bundesstaates Chiapas. Die Maskierten, die sich als Mitglieder der bis dahin unbekanntes Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) zu erkennen gaben, hatten den Zeitpunkt für ihr erstes Auftreten strategisch gewählt. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) – in Mexiko spricht man von TLCAN –, das an jenem Tag in Kraft trat, sei ein Unglück für das Land, wie Subcomandante Marcos, der charismatische Anführer der unblutigen Befreiungsbewegung, prophezeite.

Er sollte recht behalten. 23 Jahre später ist auch US-Präsident Donald Trump der Meinung, dass das Abkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada ein schlechtes sei. Allerdings aus anderen Gründen. NAFTA beseitigte Zollschränken für fast alle Produkte, die zwischen den drei Partnerländern gehandelt wurden. Besonderes Augenmerk wurde der Landwirtschaft, der Textilindustrie und dem Automobilsektor zuteil. Auch der Schutz geistigen Eigentums und die Einrichtung von Streitschlichtungsmechanismen wurden verankert. Umwelt- und arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen fanden sich nur in Nebenabkommen. Die gleichzeitig vereinbarte militärische Kooperation dient vor allem den Interessen der USA.

„Güter statt Menschen“

Die Verhandlungen hatten 1991 unter dem Republikaner George Bush senior begonnen und wurden unter dem Demokraten Bill Clinton abgeschlossen. Damals herrschte in wichtigen Fragen noch das Prinzip der Zweiparteieneinigung, die die Nachhaltigkeit der Politik garantierte. Als Mexiko 1993 NAFTA unterzeichnete, versprach die Regierung ihrer skeptischen Bevölkerung nicht nur die Belebung des Handels und die Verringerung der Abhängigkeit vom Erdölexport, die vermehrte Ausfuhr von Industriegütern und höhere Investitionen aus dem Ausland. Mexiko würde fortan „Güter, nicht Menschen“ exportieren, so Präsident Carlos Salinas de Gortari.



Friedlicher zapatistischer Aufmarsch im Dezember 2012

Das erwartete man sich auch in den USA, wo jährlich 350.000 Menschen großteils illegal aus dem Süden einsickerten. Da das Prokopfeinkommen in Mexiko nur 30 Prozent des Niveaus der USA erreichte, versprach man sich die schrittweise Angleichung der Löhne. Alle würden gewinnen.

Ökonomen sind sich weitgehend einig, dass NAFTA 20 Jahre lang die Wirtschaft zwischen den drei Partnern belebt hat. Bis 2016 vervielfachte sich der Warenaustausch von 290 Milliarden US-Dollar auf 1,1 Billionen. Direktinvestitionen der USA in Mexiko stiegen von 15 Milliarden auf mehr als 100 Milliarden US-Dollar.

Trotzdem könne man nach mehr als zwei Jahrzehnten guten Gewissens konstatieren, dass das Gegenteil der Erwartungen eingetreten sei, so Kevin P. Gallagher, Professor für Entwicklungspolitik, in seinem 2016 erschienenen Buch *„The China Triangle: Latin America's China Boom and the Fate of the Washington Consensus“*: Die Wirtschaft stagniert, viele Menschen suchen ihr Glück in der Emigration.

Dabei hatte für Mexiko alles äußerst vielversprechend begonnen. Das Land erlebte einen Exportboom und stark steigende Auslandsinvestitionen. Es erhielt privilegierten Zugang zu den Märkten der USA, der größten Volkswirtschaft der Welt, und genoss diese Handelsvorteile während der längsten Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Geschichte der Vereinigten

Staaten. „Kein Land wird jemals mehr so vorteilhafte Wachstumsbedingungen auf der Grundlage eines Handelsabkommens haben“, schreibt Gallagher. Trotzdem stehe Mexiko heute als Warnung für jedes Entwicklungsland, das sich der Hoffnung hingibt, Handel und Auslandsinvestitionen führten automatisch zu Wachstum und breit angelegter Entwicklung. Multinationale Konzerne mit Sitz in den USA übernahmen mexikanische Fabriken und gründeten Niederlassungen in Mexiko. So verdreifachten sich die Direktinvestitionen zwischen 1992 und 2006, während die Verschuldung schrumpfte und die Inflation von 80 auf nur mehr fünf Prozent sank.

Wachstum ist nicht Entwicklung

Das Abkommen habe also Mexikos Hoffnungen im Hinblick auf Handel, Auslandsinvestitionen und volkswirtschaftliche Stabilität erfüllt. Aber die Erfahrung habe gezeigt, so resümiert Gallagher, „dass Handel und Auslandsinvestitionen nicht mit Wachstum gleichzusetzen sind und Wachstum nicht mit Entwicklung. Wer verhindern will, dass die Menschen auswandern, muss ihnen Arbeit geben“. Das jährliche Pro-Kopf-Wachstum der mexikanischen Wirtschaft betrug aber zwischen 1992 und 2007 nur 1,6 Prozent – das ist zu wenig, um in großem Stil Arbeitsplätze zu schaffen. Auch gemessen an der eigenen Geschichte ist das niedrig: Zwischen 1960 und 1979 lag das reale Pro-Kopf-Wachs-

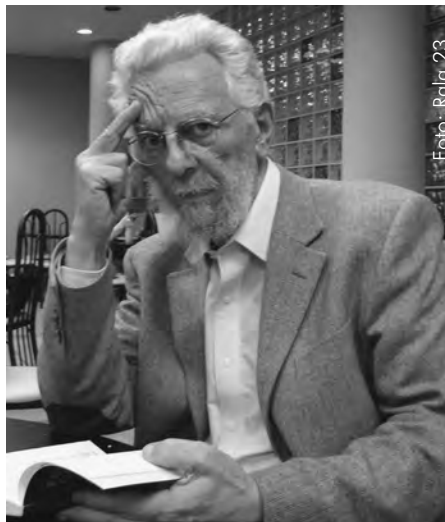
➔ von Seite 13: WIE SCHLECHT IST NAFTA?

tum bei durchschnittlich 3,5 Prozent. Und Länder mit einer weniger orthodoxen Handels- und Entwicklungspolitik – Indien, Brasilien, China – haben im Vergleichszeitraum viel höhere Wachstumsraten verzeichnen können als Mexiko. Die Finanzkrise sowie die globale Rezession haben die Lage noch verschlimmert.

NAFTA hätte im großen Stil für Beschäftigung sorgen sollen. Das starke Bevölkerungswachstum der 1970er Jahre warf jährlich eine Million Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. 300.000 verließen das Land jedes Jahr Richtung USA. Verteidiger des Freihandelsabkommens verweisen gerne darauf, dass die Fertigungsindustrie boomte. Allerdings bei Weitem nicht in dem Maße, das notwendig gewesen wäre, um die Arbeitskräfte zu absorbieren. Vom Inkrafttreten des Abkommens 1994 bis zum Jahr 2006 entstanden nur etwa eine halbe Million Arbeitsplätze in der Industrie. Denn Modernisierungen und Umstrukturierungen sorgten gleichzeitig für Jobvernichtung.

Am härtesten getroffen wurde die mexikanische Landwirtschaft. Mit den Kampfpreisen der subventionierten industriellen Landwirtschaft der USA – vor allem Getreide und Fleisch – konnten die Kleinbauern im Süden nicht konkurrieren. Von den ursprünglich drei Millionen Maisbauern waren die allermeisten Kleinbauern, denen keine Alternativen offen standen. Das *Center for Economic and Policy Research* (CEPR) in Washington spricht in einer Studie von mehr als zwei Millionen vernichteten Existenzen im Agrarsektor. Das ist das Vierfache der Arbeitsplätze, die gleichzeitig in der Industrie entstanden.

Mexiko bezieht heute fast die Hälfte seines Getreides aus den Vereinigten Staaten. Lagen Maisimporte vor NAFTA bei nur sieben Prozent des Bedarfs, so mussten zuletzt 34 Prozent dieses Grundnahrungsmittels importiert werden. Das belastet die Devisenbilanz des Landes und untergräbt die Nahrungssicherheit. Die Wirtschaftszeitung *El Financiero* schreibt, die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten insgesamt sei von zehn auf 43 Prozent angestiegen. Gleichzeitig beobachte man einen dramatischen Anstieg von Fettleibigkeit durch die veränderten Ernährungsgewohnheiten. Die Verdreifachung der Agrarexporte in die USA suggeriert, dass heute mehr Nahrungsmittel erzeugt wer-



Enrique Dussel (2009)

den. Doch sie ist wenig arbeitsintensiven Monokulturen zu verdanken, die nicht für den Inlandskonsum bestimmt sind. Die Saatgutriesen *Cargill* und *Monsanto* eröffneten sich damit neue Märkte.

Neben den Kleinbauern hielten auch viele kleine und mittlere Betriebe dem Konkurrenzdruck aus den USA nicht stand. Die Folge war eine explosionsartige Vergrößerung des informellen Sektors, einschließlich illegaler Geschäfte wie Drogenhandel.

Wenn Trump Ernst macht

Würde Donald Trump NAFTA für die USA aufkündigen, und das kann er, wenn der Kongress mitspielt, dann wären die Folgen für Mexiko katastrophal. Enrique Dussel Peters, Professor für Ökonomie an der Autonomen Universität von Mexiko und NAFTA-Kritiker gegenüber der online publizierenden *Agencia Latinoamericana de Información* (alai): „Seit 1989 ist Mexiko eines der erfolgreichsten Vorbilder einer an Exporten ausgerichteten Entwicklung gewesen. Der Automobilsektor ist das emblematischste Beispiel dieses Strukturwandels. 80 Prozent der Produktion von Autoteilen und Autos in Mexiko gehen in den Export und zwar fast komplett in die USA. Ist ein Automobilsektor ohne Export in die USA denkbar? Nein. 80 Prozent sind dann überflüssig. In der Elektronikbranche, in einem Dutzend anderer Sektoren, ist Mexiko eine Exportplattform. Da ist nichts für den internen Konsum bestimmt“.

NAFTA als Entwicklungsmodell hat Mexiko in mehrfacher Hinsicht verletzlich gemacht. Das Land bezieht sein Steuer-

Erdölsektor. Das Steuerwesen bleibt schwach, 30 bis 40 Prozent aller Steuern zahlt das staatliche Erdölunternehmen *Pemex*. Durch zu geringe Investitionen hat es allerdings an Effizienz eingebüßt, und die nachgewiesenen Ölreserven neigen sich dem Ende zu. Das Vorhaben, Mexiko aus seiner Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien, ist misslungen. Der Entwicklungsprofessor Kevin P. Gallagher weist außerdem auf die ökologischen Kosten hin: „Erdöl ist nicht der einzige Rohstoff, der ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit ausgebeutet wird, um das Wachstum in Gang zu halten. Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten für Umweltschäden in Mexiko jedes Jahr auf zehn Prozent des BIP“.

Die engere wirtschaftliche Anbindung an die Vereinigten Staaten hat Mexiko auch anfälliger als seine südlichen Nachbarn für ein Überschwappen der US-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskrisen gemacht. Das zeigte sich im Gefolge der Lehman-Pleite 2008, die eine weltweite Krise auslöste. 2009 schrumpfte Mexikos Wirtschaft um sechs Prozent, mehr als anderswo in Lateinamerika. Jetzt hat sogar die Weltbank dem Land empfohlen, seine Wirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen, um weniger von den USA abhängig zu sein.

Präsident Enrique Peña Nieto hat angesichts der Trump'schen Drohungen einen nationalen Schulterschluss zur Verteidigung von NAFTA gefordert. Ein Verlangen, das auf höhnische Proteste stößt. Denn die Millionen Verlierer des Abkommens sehen nicht ein, warum sie die Interessen der mexikanischen Wirtschaftselite verteidigen sollten. Anders als in den USA ist seit NAFTA sogar der Realwert der mexikanischen Löhne um ein Viertel gesunken.

Es ist auch nicht klar, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen das Land tatsächlich aus dem Abkommen gezogen hat. Denn anders als die USA, die das Freihandelsabkommen periodisch evaluieren, hat Mexiko keine einzige öffentliche Auswertung von NAFTA vorgenommen. Enrique Dussel: „Es gibt keine Diskussion, kein Dokument, wo jemand sagen könnte, das ist die Haltung der mexikanischen Regierung. Heute weiß Mexiko nicht, das meine ich ganz ernst, was das Land vor 23 Jahren verhandelt hat. Es gibt keine Klarheit: Was sollte verhandelt werden? Was hat gut funktioniert, was nicht? Welche Sektoren haben profitiert, welche verschwanden? Welche Regionen profitierten? Die Position bei Verhandlungen wird daher zu 100 Prozent defensiv sein“.

ZITTERN VOR DEM STURMTIEF TRUMP

Die von Präsident Donald Trump angestrebte Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsvertrags NAFTA verspricht erhebliche Spannungen mit der Regierung von Enrique Peña Nieto, die sich als immer unfähiger erweist, neue Beziehungen in den Bereichen Handel, Finanzen und nationale Sicherheit im Interesse der mexikanischen Bevölkerung zu etablieren.

Von Ulises Noyola Rodríguez

Trumps Mitarbeiter erklären, der Freihandelsvertrag sei für die USA gescheitert und müsse neu verhandelt werden, um ein faires Abkommen zu erreichen, da er das Handelsdefizit der USA mit Mexiko auf 61 Mrd. US-Dollar erhöht und 700.000 Arbeitsplätze gekostet habe. Trumps Strategie ist es, direkt mit den Autofirmen der USA zu verhandeln, um sie mittels der Drohung eines Einfuhrzolls von 35% und dem Angebot, ihre Steuerlast auf 15% zu senken, zu höheren Investitionen in den USA selbst zu veranlassen.

Trumps Drohung, die Importe der großen Autoproduzenten (GM, Ford, Toyota) mit einem Zoll von 35% zu belegen, schwächte andererseits die Verhandlungsposition der mexikanischen Regierung, die nicht in der Lage war, den Wechselkurs zwischen Peso und Dollar stabil zu halten. Mexiko könnte sich gegen die offensiven Maßnahmen Washingtons wehren, indem es – mit dem Argument, es handle sich um Verstöße gegen Regeln der Welthandelsorganisation WTO – seinerseits für verschiedene US-Produkte Zölle einhebt.

Die Möglichkeit, Trump könnte die Aufkündigung von NAFTA in Betracht ziehen, bedeutet jedoch eine entscheidende Schwächung der mexikanischen Verhandlungsposition. Die extreme Abhängigkeit des mexikanischen Außenhandels von den USA (Zielland von 80% der Exporte) begründet die Unterlegenheit der mexikanischen Regierung in den zentralen Aspekten der NAFTA-Neuverhandlung.

In erster Linie wollen die USA durch die Änderung der Ursprungsregeln den Export ihrer Industriegüter in Nordamerika



Foto: Edgar Garrido

Protest gegen die Erhöhung der Benzinpreise zu Jahresbeginn („gasolinazo“)

ausweiten, da damit erhöhte Importe Mexikos aus den USA vor allem in der Automobilbranche verbunden wären. Allerdings würde diese Modifikation der Ursprungsregeln für die NAFTA-Mitgliedsländer den Einkauf von Autoteilen in Asien einschränken, was für die US-amerikanischen Automobilkonzerne höhere Produktionskosten bedeuten würde. Diese wehren sich daher gegen eine wesentliche Änderung der Ursprungsregeln im NAFTA-Vertrag, was es Trump unmöglich machen könnte, sein Versprechen, verloren gegangene Arbeitsplätze in der US-Industrie wieder zurückzubringen, umzusetzen.

Ein weiteres Problem für Mexiko hängt mit der von Trump betriebenen Liberalisierung der Ölförderung in den USA zusammen. Gemeinsam mit der Demontage des mexikanischen Ölkonzerns Pemex im Zuge der Energiereform könnte das zu einem markanten Anstieg der mexikanischen Importe von Erdöl aus den USA führen. Das verspricht angesichts der Liberalisierung des Benzinpreises in Mexiko – die sich im kürzlichen *gasolinazo* spiegelte – den Ölkonzernen der USA satte Gewinne; sie werden daher Druck auf die mexikanische Regierung ausüben, die Proteste gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise niederzuschlagen.

Auf die US-Exporte bremsend wird sich allerdings die Geldpolitik der US-Notenbank unter Janet Yellen auswirken, da sie für 2017 weitere Erhöhungen des Zinssatzes vorsieht. Diese restriktive Poli-

tik wird den US-Dollar im Vergleich zu anderen Währungen weiter verteuern – und damit auch die Produkte der USA. Andererseits verlangt Trumps Wirtschaftsteam von Mexiko die Senkung der Mehrwertsteuer von derzeit 16% auf die Exporte der USA, da er höher ist als die Steuer, die in den USA auf mexikanische Exporte eingehoben wird. Die Senkung dieser Steuer würde aber Mexikos Staatseinnahmen empfindlich schmälern, die bereits durch den Verfall des Rohölpreises stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Eine weitere bedrohliche Waffe Washingtons, mit der es Mexikos Behörden in die Knie zwingen könnte, ist seine Kontrolle über die internationalen Ratingagenturen *Moody's*, *Fitch* und *Standard & Poor's*, in deren Macht es liegt, Mexiko wirtschaftlich in den Schwitzkasten zu nehmen, indem sie die Bewertung seiner Staatsschulden herabstufen. Sollten die Einnahmen aus der Besteuerung der US-Einfuhren sinken, sähe sich Mexikos Regierung zu Steuererhöhungen oder zur Kürzung der Staatsausgaben gezwungen, da es für sie im Jahr 2017 unmöglich sein könnte, sich auf den Finanzmärkten substantziell zu verschulden.

Dem enormen Druck der USA bezüglich einer steuerlichen Erleichterung für US-Exporte steht eine unterwürfige Haltung der mexikanischen Regierung in Bezug auf die Praktiken zur Steuervermeidung der US-Konzerne gegenüber. Das mexikanische Steuerrecht ist für das trans-

⇒ von Seite 15: MEXIKOS ZITTERN VOR TRUMP

nationale Kapital extrem vorteilhaft, da es seit Inkrafttreten des NAFTA-Vertrags darauf ausgerichtet ist, durch Steuerbefreiungen und unbeschränkte Mobilität des Kapitals ausländische Investitionen anzulocken.



Übertreib' nicht, das sind nur ausländische Investoren

Die in Mexikos Regierung – in Komplizenschaft mit dem internationalen Kapital – herrschende Korruption hat die Möglichkeit gesteigerter öffentlicher Investitionen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung untergraben. Durch Steuervermeidung gehen dem Staat jährlich über drei Prozent des Nationalprodukts verloren.

Außerdem hat die Autoindustrie der USA in Mexiko die Schaffung sogenannter *maquiladoras* betrieben, automatisierter Fertigungsbetriebe, die zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Die *maquiladoras* haben nicht nur viele Arbeitsplätze vernichtet, sie haben auch die Schaffung prekärer Formen von Beschäftigung gefördert, die nur geringfügig zum Steueraufkommen beitragen.

Außer Acht gelassen werden darf auch nicht der Umstand, dass die Neuverhandlung von NAFTA eng mit Trumps Vorhaben des Baus einer Grenzmauer zusammenhängt, die Mexiko bezahlen soll. Damit wird die Migration der für das transnationale Kapital überflüssigen MexikanerInnen unterbunden, während die Deportation der in den USA lebenden mexikanischen MigrantInnen weitergehen wird.

Trump's mögliche Entscheidung, auf Importe aus Mexiko eine Steuer von 20% einzuheben, um damit die Mauer zu finanzieren¹, würde sich zweifellos auf die Produktion der *maquiladoras* auswirken, wie auch auf die damit verbundenen Investi-

tionen und Arbeitsplätze. Sollte es dazu kommen, würde das zusätzliche Arbeitslosigkeit und mehr informelle Arbeitsverhältnisse mit sich bringen. Das würde auch vermehrte Unsicherheit und Gewalt bewirken, ausgehend vom organisierten Verbrechen, für das die in Mexiko herrschende extreme Armut ein guter Nährboden ist. Die Grenzsteuer wäre auch für die Bevöl-

kerung der USA negativ, da sie die Inflation erhöhen und ihre Kaufkraft senken würde. Die Unternehmen der USA sind nämlich – in Sparten wie Nahrungsmittel, Autoteile, Elektronik oder Erdöl – von mexikanischen Produkten abhängig.

Die mexikanischen Behörden könnten als Vergeltungsmaßnahme die mexikanischen und zentralamerikanischen MigrantInnen ungehindert die Grenze zu den USA passieren lassen. Das würde aber zu Änderungen in den die nationale Sicherheit betreffenden strategischen Abkommen wie der Mérida-Initiative führen.

Zur Finanzierung der Mauer wird Präsident Trump auch versuchen, den Rücküberweisungen der mexikanischen MigrantInnen – eine der größten Devisenquellen der mexikanischen Wirtschaft – Steine in den Weg zu legen. Dem vorausgehen dürften aber Einschränkungen, Gebührenerhöhungen und andere Schikanen bei der Erteilung von Visa.

Zusammenfassend steht die Regierung von Enrique Peña Nieto also vor der Alternative, eine tiefgreifende Transformation der mexikanischen Wirtschaft vorzunehmen, oder sich einer Neuverhandlung im Rahmen von NAFTA unter für sie ungünstigen Kräfteverhältnissen auszusetzen. Doch das Bündnis der mexikanischen Behörden mit dem transnationalen Kapital sowie ihre wachsende Distanz zur mexikanischen Bevölkerung werden ihr bei den Verhandlungen mit der US-Regierung auf den Kopf fallen. Wie es derzeit aussieht, wird Mexikos Wirtschaft daraus keineswegs unbeschadet hervorgehen. ■

Der Autor ist Mitarbeiter der Postgraduate-Abteilung der UNAM. Übersetzung: Hermann Klosius

¹ Von diesem Vorhaben ist die US-Regierung inzwischen ebenso abgekommen, wie sie eingesehen haben dürfte, dass Mexiko nicht für die Kosten des Mauerbaus aufkommen wird.

VOM BRAND

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala

Von Michael Mörth

Sie fassen mich an, jeden Tag; sie gewaltigen uns. Heute noch hat mich ein Polizist angegrapscht... Sie fesseln und schlagen uns; zu Hause haben sie mich geschlagen, aber hier schlagen sie uns doppelt so viel.“

Mileny Urizar Hernández, 15 Jahre alt, spricht am 7. März gegen 19:00 zu Reportern. 14 Stunden später ist sie tot. Verbrannt. Erstickt. Am internationalen Frauentag kommt es in einem „beschützten“ Haus für Problemkinder und Jugendliche zu einem Brand; es wird von elf toten Mädchen berichtet, in den folgenden Tagen steigt die Zahl auf 41: qualvoll erstickte und verbrannte Mädchen. Sie stammen aus schwierigen Familien, manche sind Opfer von Vergewaltigungen; über 800 leben im *Hogar Seguro*, dem „sicheren Heim“; geplant war es für 500, streng getrennt von straffälligen Jugendlichen.

Das gilt schon lange nicht mehr, das Konzept der Behandlung ist längst dem der Repression gewichen. Eine Zeitung veröffentlicht ein Foto einiger der für die Kinder zuständigen „Aufpasser“: lachend, mit Gewehren und Bierdosen in den erhobenen Fäusten. Die Mädchen hatten Aufpasser und Häftlinge wegen Zwangsprostitution und Misshandlungen beschuldigt.

Seit Monaten stand das Haus im Blick der Öffentlichkeit; der Ombudsmann für Menschenrechte fordert seit 2013 Reformen; im Oktober denunzierte er Folterungen, Vergewaltigungen, Morde und im „Heim“ operierende Ringe von Prostitution und Menschenhandel. Das nationale Büro gegen die Folter zieht einen Monat später nach. Gerichte ordnen die Schließung der Einrichtung bis Mai 2017 an und auch die Stimmen der Mädchen werden lauter, aber dabei bleibt es bis zur Tragödie.

Diese Häuser unterstehen dem Sekretariat für „Soziale Wohlfahrt“, das der Präsidentengattin zugeordnet ist; faktisch ist ihr Mann aber direkt verantwortlich.

Mileny und die Mädchen hatten am Vortag protestiert; einige flüchteten und ca. 50 wurden zur Strafe in einen kleinen Salon gesperrt; das gehört zur Routine.

IM MÄDCHENHEIM ZUM POLITISCHEN FLÄCHENBRAND

Morales persönlich ordnet an diesem Abend, dem 7. März, die Präsenz von 120 schwerbewaffneten Elitepolizisten an. 50 traumatisierte Mädchen, eingesperrt zwischen Angst, Panik und Protest, aber niemanden interessierten diese dramatischen Dimensionen. Vielleicht steckte ein verzweifelter Mädchen seine Matratze an. Aber warum öffnete niemand das Schloss oder zerbrach die Scheiben?

Am 8.3. stellte sich der Präsident noch vor seinen Sekretär im ignoranten Versuch, den Deckel auf einem Skandal zu halten, der längst explodiert war. Mit „Wir alle sind schuld“ suchte er die Kollektivhaftung zur Entlastung eigener Verantwortlichkeit. Am 12.3. entließ er dann seinen Sekretär und am 14.3. wurde der zusammen mit zwei anderen Funktionären verhaftet. Das Gerichtsmedizinische Institut (INACIF) erklärte dann, dass die Mädchen wohl sediert und mit Pyjamas bekleidet waren. Der Verdacht einer von außen geplanten Tat kam auf; Motive, sie zum Schweigen zu bringen, gibt es genug.

Eine der schweigenden Einrichtungen war die Generalprokuratur, eine andere das nationale Büro gegen die Folter, das erst zuletzt anfang zu handeln. Am 15.3. wurde bekannt, dass der Sohn des Chefs dieses Büros Strafverteidiger des verhafteten Sekretärs ist und auch noch Immunität für diesen verlangte, da er ein für die Zeit seines Amtes beurlaubter Richter sei. Wir nahmen das offenen Mundes zur Kenntnis, zusammen mit der am gleichen Tag eilig anberaumten Pressekonferenz des Büros, die von einer Mitarbeiterin unterbrochen wurde um zu enthüllen, dass hier Anzeigen der Kinder systematisch unterdrückt wurden.

Die Bevölkerung war fassungslos. Diese Tage erinnern an 2015, als die Indignation zum Massenprotest wurde. Jeden Tag gibt es kleine und größere Proteste, die die Regierung in die Verantwortung ziehen. „Das war kein Unfall“, „Der Staat hat sie umgebracht“ und „Wir wollen Gerechtigkeit“ sind die Parolen. „*Estado fallido*“, „failed state“ ist die von niemandem bestrittene These.

In dieser Situation beginnender Unruhe bleibt der Kongress nicht untätig. Die Regierungsfraktion fordert aber nicht etwa die Aufklärung der Tragödie, auch nicht die der angezeigten Misshandlungen. Sie hat den Schuldigen bereits gefunden, den

Ombudsmann, der seit Jahren die Missstände denunziert. In einem beschämenden Akt wird er im Kongress Opfer absurder Behauptungen und Angriffe.

Zeitgleich versuchen einige Abgeordnete, sich im Schatten der Tragödie zu amnestieren, der erste Versuch schließt 280 wegen Korruption

inhaftierte Funktionäre ein. Auch der zweite scheitert, er war wohl vorerst zu dreist. Und das war nicht das einzige unwürdige Spektakel im Kongress. Edgar Ovalle, Vizechef der Regierungsfraktion und wegen Kriegsverbrechen beschuldigter Ex-Oberst, ist seit 14 Monaten Gegenstand eines ständig verzögerten Immunitätsverfahrens. Am 15.3. verliert er endlich die Immunität, seit dem 17. 3. wird er mit Haftbefehl gesucht. Präsident, Partei und Kongress stützten ihn – ohne jeden Skrupel – bis zu seiner Flucht. Gleichzeitig ist vom Unternehmerverband CACIF kein Wort zur nationalen Tragödie der Kinder zu hören. Stattdessen lesen wir täglich seine Großanzeigen gegen Urteile, die Staudammprojekte stoppen oder gegen die Anerkennung der Maya-Justiz durch die Verfassungsreform.

Am Tag der Tragödie ziehen die Maya-Völker diesen Vorschlag zurück, um dem CACIF die Möglichkeit zu nehmen, die gesamte Reform auf einer Welle des Rassismus zu blockieren. Aber diese große Geste der Autoritäten verhält, CACIF und Kongress boykottieren weiter.

Am 19.3. dann ein neuer Vorfall, der die öffentliche Aufmerksamkeit ablenkt. Ist das Zufall? In direkter Nachbarschaft des „Hogar Seguro“ werden in einem „Jugend“gefängnis sieben Wächter als Geisel genommen. Jetzt sind sie die Opfer, vier sterben an den Folgen der Misshandlungen. Auch diese Institution war dem verhafteten Sekretär unterstellt, „um die Jugend zu schützen“; aber sie war längst zu einem Gefängnis, auch von erwachsenen Schwerverkriminellen, geworden. Am 20.3. übernimmt die Polizei wieder die Kontrol-



Jimmy Morales: statt „Victory“ jetzt auf der Verliererstraße?

le. Noch in der gleichen Nacht greift die Mara 18 aus Rache simultan an drei Orten die Polizei an. Drei tote und acht verletzte Polizisten sind das Ergebnis. Es scheint Krieg zu sein; die Medien schüren die Panik noch, gewollt oder nicht. Wer hat Interesse daran? Sind das wirklich die Maras? Während wir uns das noch fragen, verschwinden die Mädchen von den Titelseiten.

Am 22.3. kommt es zu acht Haftbefehlen gegen aktuelle und Ex-Abgeordnete. Der Rest schließt die Reihen. Der Chef der Mehrheitsfraktion FCN schwafelt von Erpressungsversuchen für die Reformen, ein anderer von Terrorismus der Staatsanwaltschaft. Ende März haben 19 Prozent des Kongresses und ein Drittel der FCN-Abgeordneten offene Strafverfahren – und das noch ohne den kommenden Odebrecht-Tsunami!¹

Unterdessen fassen die indianischen Autoritäten am 24.3. einen wegweisenden Beschluss, als sie die Bilanz ihres Versuches (s.o.) ziehen, die Reformen auf Kosten der Maya-Justiz zu retten: Das Papier spricht von einem korrupten Parlament, das keine nationalen Ziele verfolgt, beschreibt das Land als Geisel „dunkler Gruppen“, die Terror säen, um Angst zu ernten, bestreitet die Legitimität des Kongresses und erkennt ihm jede Autorität über die Indígenas ab.■

¹Der verurteilte Chef des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht hat kontinentweit hunderte von Entscheidungsträgern mit Millionenzahlungen bestochen. Der Skandal schlägt auch in Guatemala, wo von 18 Millionen US-Dollar Bestechungsgeldern die Rede ist, Riesenwellen.

Interview mit
Gustavo Castro

Ein Jahr nach dem Mord an der Umwelt- und Indigenenaktivistin **Berta Cáceres** äußert sich Gustavo Castro, der mexikanische Umweltaktivist, der das Attentat überlebt hat, zu Straflosigkeit, Vertuschung und politischer Verschwörung.

Von Moira Birss

Castro war der einzige Zeuge des Verbrechens in der Nacht auf den 3. März 2016, als Bewaffnete in das Wohnhaus von Cáceres eindringen und sie erschossen. Gustavo Castro, dessen Anwesenheit die Mörder offenbar überraschte, wurde verletzt. In tagelangen Verhören wollte die Polizei anschließend aus ihm Hinweise auf eine Täterschaft innerhalb der von Berta Cáceres gegründeten und geleiteten Organisation COPINH herausquetschen. Obwohl inzwischen die mutmaßlichen materiellen Täter gefasst sind, wird der Frage nach den Auftraggebern nicht nachgegangen. Castro fordert daher die Einsetzung einer internationalen Expertenkommission. Der britische *Guardian* berichtete vergangenen Juni, dass zwei der mutmaßlichen Killer militärisches Training der USA genossen hätten.

Am 3. März jährte sich das Verbrechen zum ersten Mal. Wie hast du dieses Jahr seit deiner Verletzung erlebt?

Gustavo Castro: Voller Unsicherheit angesichts der schleppenden Untersuchungen durch die honduranische Regierung. Sie sind oberflächlich und intransparent. Außerdem gibt es jede Menge Unregelmäßigkeiten. So wurden vergangenes Jahr die Akten von Berta und mir gestohlen. Ich gehe davon aus, dass es ein „Eigendiebstahl“ war, der jeden Fortschritt in der Sache verhindern soll.

Es gibt also keinen Grund, den Untersuchungen zu trauen. Trotzdem weigert sich die Regierung, eine unabhängige Kommission einzusetzen. Bisher sind acht

HONDURAS: EIN JAHR OHNE BERTA



Foto: youtube

Männer des Mordes angeklagt worden. Zuletzt wurde jener Mann verhaftet, der auf mich geschossen haben soll. Heuer ist Wahljahr in Honduras und ich bin sicher, die Regierung will rechtzeitig Resultate liefern, die die Chancen ihres Kandidaten verbessern sollen. Aber es hat keine echten Fortschritte gegeben und nach den Auftraggebern wird gar nicht gefahndet. Der Zivile Rat für Indigene und Basisbewegungen Honduras (COPINH) und andere Organisationen glauben, dass auch Leute aus Regierungskreisen verstrickt sind, und sei es nur durch Mitwisserschaft. Die Polizei, Militärangehörige und wichtige wirtschaftliche Interessen sind an der Verschwörung beteiligt. Deswegen ist es notwendig, dass die Nachforschungen in die Tiefe gehen.

Aber das Fehlen echter Fortschritte und das zweifelhafte Menschenrechtsverständnis der Regierung geben Anlass zu Zweifeln und Unsicherheit. Nicht nur hinsichtlich der Fähigkeit der Regierung, sondern auch des politischen Willens, der Sache auf den Grund zu gehen.

Deswegen habe ich zwei Strafverfahren gegen die honduranische Regierung eingeleitet, eines vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und das andere in Honduras gegen den Richter von Intibucá (wo Berta ermordet wurde). Ich habe vor, weitere gerichtliche Prozesse gegen die Regierung anzustrengen.

Und wie ist das Jahr rein persönlich und emotional gewesen?

Schwierig. Der Fall hat mich großen Gefahren ausgesetzt. Das kann man er-

kennen, wenn man weiß, dass der siebente Verdächtige zehn Monate nach der Tat in Mexiko gefasst wurde. Es bestätigt, was wir die ganze Zeit sagen: Hinter Bertas Ermordung stecken Angehörige der honduranischen Armee, Angestellte des Staudammunternehmens und Auftragskiller mit großer Reichweite. Deswegen

sind wir so besorgt, dass die Ermittlungen nicht vom Fleck kommen. Wir wissen einfach nicht, ob alle Beteiligten festgenommen wurden, oder ob noch welche in El Salvador, Guatemala, Mexiko oder wo auch immer frei herumlaufen. Deswegen ist auch meine eigene Sicherheit nicht garantiert.

Was sagst du dazu, dass das U.S. State Department vergangenen November der honduranischen Regierung Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte bescheinigt und damit den Weg für weitere Rüstungshilfe freigelegt hat?

Das ist offenkundig absurd und widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Wenn Berichte, wie zuletzt von *Global Witness*, und die alltäglichen Erfahrungen der Honduraner von systematischen Menschenrechtsverletzungen zeugen, ständig Menschen ermordet werden, dann sind das klare Gegenbeweise. Deswegen hat ja auch die Organisation Amerikanischer Staaten eine *Mission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras* geschickt. Damit erkennt sie an, wie schockierend die Straflosigkeit im Lande ist.

Aber die USA haben offenkundig so viele Interessen im Land, dass sie in Sachen Straflosigkeit beide Augen zudrücken und derart absurde Entscheidungen fällen. Damit machen sie sich zum Komplizen von Korruption und Straflosigkeit. Die Interessen dahinter sind klar: Die Vereinigten Staaten betreiben eine Militärbasis in Honduras, die hohe Zuwendungen erhält.



Foto: Centre for Research on Globalization

Die wollen sie nicht aufs Spiel setzen. Da kann man nur lachen.

Wie siehst du die Reaktion der honduranischen Regierung auf die Entscheidung der USA?

Die USA und Honduras verfolgen im Grunde die gleichen Interessen. Sonst wäre es nicht möglich, dass so viele Verbrechen begangen werden können, ohne dass jemand von außen oder von innen eingreift. Wenn das, was in Honduras passiert, in einem Land geschähe, wo die USA keine direkten Interessen haben, wäre schon längst eine internationale Mission eingesetzt worden, die „die Ordnung wiederherstellen“ oder „die Demokratie retten“ würde. Man kann nicht leugnen, dass die honduranische Politik in großem Maße von den Interessen der USA getrieben wird.

Der Bericht von *Global Witness* dokumentiert, dass seit Bertas Ermordung die Gewalt gegen indigene und Afro-Gemeinschaften sowie Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen zugenommen hat. Auch die Beteiligung hochrangiger Regierungsfunktionäre geht daraus hervor. Findest du die Zustände in Honduras damit korrekt beschrieben?

Definitiv. Und dieses Muster kann man in unterschiedlichen Formen und auf unterschiedlichem Niveau in ganz Lateinamerika beobachten. In Honduras leisten indigene und kleinbäuerliche Gemeinden Widerstand gegen Vertreibung durch eine enorme Zahl an Wasserkraftwerksprojekten, Bergbaukonzessionen, Palmölplan-

tagen oder Modellstädten. Diese Wirtschaftsinteressen beanspruchen Land, das Indigenen oder Kleinbauern gehört.

Die vorherrschende Logik ist die von Vertreibung und Land Grabbing. Je mehr die Menschen sich wehren, desto mehr wird diese Logik mit Gewalt durchgesetzt. Sie zieht auch weitere Interessen und jede Art von versteckter Gewalt an. Denn hinter all diesen Megaprojekten stecken Finanzunternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Infrastrukturgesellschaften und andere, die wie Geier auf das Aas warten.

Schlüsselakteure sind die Banken: die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank – beides internationale Finanzinstitutionen, die von Regierungen kontrolliert werden – und vor allem die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration, die keine Menschenrechtspolitik hat. Diese Banken geben das Geld mit beiden Händen an Unternehmen und interessieren sich überhaupt nicht für die Menschenrechtsverletzungen, die diese begehen, dass Menschen straflos massakriert werden, oder dass diese Unternehmen das Geld illegal investieren. Verantwortlich sind die Regierungen als Mitglieder dieser Banken.

Glaubst du, man muss die Financiers direkt angreifen, wenn man diese Art der Gewalt stoppen will?

Es ist eine der Möglichkeiten. Wenn die Financiers menschenrechtliche und Umweltstandards einhalten würden, wäre die Welt ganz anders. Aber für sie zählt letzten Endes nur das Geschäft.

Im Fall des Agua Zarca-Dammes, gegen den Berta gekämpft hat, haben sich die finnischen und niederländischen Inve-

storen nicht zurückgezogen, weil sie die Unternehmensrichtlinien einhalten wollten, sondern weil der öffentliche Druck zu stark war. Sie haben schon vorher gewusst, dass Menschen ermordet werden, aber zurückgezogen haben sie sich, als der Skandal platzte.

Die Financiers sind verpflichtet, Menschenrechtsstandards einzuhalten. Deswegen verlangen so viele auch ein bindendes Abkommen, damit die Unternehmen auch gerichtlich belangt werden können.

In unserem ersten Interview nach Bertas Ermordung hast du gesagt: „In der Krise finden wir Hoffnung“. Ein Jahr später lebst du noch immer im Exil, die Regierung wird immer autoritärer und zieht die USA und andere Länder hinein. Hast du noch immer Hoffnung?

Ja, denn letzten Endes ist Widerstand ein ethischer Kampf. Den müssen wir aufnehmen. Widerstand ist ein Prinzip der Gerechtigkeit, besonders wenn wir sehen, wie die Menschen leiden.

Es mag widersprüchlich scheinen, aber ich glaube, je stärker Repression und Verfolgung werden, je mehr Menschen tragischerweise sterben und Widerstand kriminalisiert wird, desto mehr Menschen werden Widerstand leisten und sich wehren. Ohne diesen Widerstand, wenn die Menschen sich mit dem Land Grabbing abfinden würden, wäre auch die Gewalt geringer und die Militarisierung würde nicht so zunehmen. Diese Gewalt und Militarisierung ist „notwendig“, weil die Gesellschaft reagiert, indem sie sich organisiert, weil sie versteht, was passiert, und sagt: „Es reicht!“ Das gibt Hoffnung, denn das ist kein Kontinent voller Schlafwandler, sondern voll mit Menschen, die sich mobilisieren und Alternativen suchen. Alternativen zu diesem destruktiven Kapitalismus.

COPINH ist ein Beispiel dafür. Am Jahrestag von Bertas Ermordung wurde ein internationaler Monat der Mobilisierung mit dem Namen „Berta Vive, COPINH sigue“ ausgerufen. So wird dafür gesorgt, dass der Widerstand anhält. ■

Moirá Birss ist eine Lateinamerikanistin, Menschenrechts und Antirassismus-Aktivistin.

Gustavo Castro Soto ist ein mexikanischer Schriftsteller und Umweltaktivist, der die Organisation *Otros Mundos/Friends of the Earth Mexico* leitet. Übersetzung des von der Seite <https://nacla.org> übernommenen Beitrags aus dem Englischen: Ralf Leonhard

WURST AUS DEM ABFALLEIMER

Pappmaché statt schmackhafter Wurst – ein Korruptionsskandal brachte im März Brasiliens Fleischbranche in Verruf. Bestochene Inspektoren hatten Gammelfleisch auf den Markt gebracht. Die Regierung wiegelte ab – und befürchtete zugleich neue Enthüllungen.

Von Andreas Behn

In Brasilien verdirbt ein Gammelfleisch-Skandal den Menschen den Appetit. Es geht um Bestechung von Lebensmittel-Kontrolleuren, verbotene Zutaten und verdorbene Produkte. Importstaaten errichten Handelsbarrieren gegen brasilianisches Fleisch, während die Regierung den Fall kleinredet. Das Fleischproblem ist jedoch weit größer als der Skandal: Die Abholzung von Wäldern, der Anbau von Gensoja und der damit verbundene Einsatz von Unmengen an Pestiziden stehen damit im engen Zusammenhang – und machen das Ganze noch unappetitlicher.

In Brasilien wird ähnlich viel Fleisch verzehrt wie in westlichen Industrieländern: 80 Kilogramm pro Kopf jährlich. Besonders beliebt ist Rindfleisch. Das gemeinsame Grillen mit der Familie am Wochenende gehört für viele Menschen in Brasilien ebenso zur Kultur ihres Landes wie riesige Viehherden auf saftigen Wiesen.

Doch aktuell dreht sich ihnen sprichwörtlich der Magen um. Über Jahre hinweg soll verdorbenes Fleisch gepanscht und verkauft worden sein. Einige Schlachtbetriebe sollen Fleischprodukte mit Wasser oder sogar Pappmaché gestreckt und mit Chemikalien weit jenseits der erlaubten Grenzen behandelt haben, um üble Gerüche zu übertünchen. Bei abgelaufener Haltbarkeit wird das möglicherweise verdorbene Fleisch einfach neu verpackt, so die Erkenntnisse der Bundespolizei. Damit nichts auffliegt, werde Gammelfleisch mit frischen Produkten vermischt.

Nach fast zweijährigen Ermittlungen flog der Korruptionsskandal Mitte März auf. Tausend Beamte der Bundespolizei durchsuchten Fleischbetriebe in sechs Bundesstaaten im Süden Brasiliens und Büros des Agrarministeriums in der Hauptstadt Brasilia. Insgesamt 36 Verdächtige – Manager von Fleischbetrieben und Beam-

te von Kontrollinstanzen des zuständigen Ministeriums – wurden festgenommen und saßen Ende März teils noch in Untersuchungshaft. Die „Schwaches Fleisch“ getaufte Polizeiaktion präsentierte zahlreiche Telefonmitschnitte, in denen das Panschen mit Gammelfleisch und Deals zur Umgehung von Kontrollen besprochen werden. Die Rede ist von einer kriminellen Vereinigung zahlreicher Agrarinspektoren, die gegen üppiges Bestechungsgeld Kontrollen unterließen und ungenießbare Fleischprodukte durchwinkten.



Lebensmittelinspektoren im Kühlraum eines Supermarktes in Rio

Ein Kontrolleur packt aus

Die Ermittlungen brachte Daniel Teixeira bereits vor zwei Jahren ins Rollen. Der damalige Fleischkontrolleur packte aus, weil er nicht wegschauen wollte: „Es wurde ganz bewusst verdorbenes Fleisch verarbeitet. Fleisch, dessen Verfallsdatum abgelaufen war, oder das nicht gekühlt war“, erinnert sich Teixeira. Teilweise hätten Abfallprodukte 94 Prozent der Aufschnittwaren wie Wurst und Schinken ausgemacht, obwohl je nach Produkt nur ein Anteil von 40 oder 60 Prozent erlaubt sei. „Das drückte natürlich die Produktionskosten. Es handelt sich also um Dumping und Betrug.“

Als besonders haarsträubend hat Teixeira die Herstellung von Wurstwaren in einem Betrieb in Südbrasilien in Erinnerung: „Durch eine DNA-Analyse haben wir festgestellt, dass die Puten-Wurst über-

haupt kein Putenfleisch enthielt. Sie enthielt zu wenig Proteine, dafür mehr Zucker und 80 Mal mehr Sojaanteil als erlaubt.“

Der Veterinär-Mediziner Teixeira ging davon aus, dass es sich um Einzelfälle handelte, als er damals Alarm schlagen wollte. Doch seine Vorgesetzten versetzten ihn, um den Gang der Dinge nicht weiter zu stören. Daraufhin ging er zur Polizei.

Seitdem der Skandal bekannt wurde, wiegelt die Regierung ab. Für sie gibt es keinen Grund zur Sorge. Dass sogar zwei Weltmarktführer unter den verdächtigten

Unternehmen sind, wird fast übergangen. Landwirtschaftsminister Blairo Maggi, selbst Sojabaron und Vertreter der Agrarindustrie-Lobby, hält die Vorwürfe für übertrieben. Zusatzprodukte wie Konservierungsstoffe zu benutzen sei völlig normal und bedeute keinerlei Gefahr für die Gesundheit der Konsumenten“, so Maggi. „Verfaultes Fleisch? Das halte ich für völlig aus-

geschlossen!“

Die KonsumentInnen reagieren

Dennoch zeigte der Skandal schnell seine Wirkung. Innerhalb von Tagen ging der Fleischkonsum im Inland zurück. Über 20 Exportländer, allen voran China, aber auch die Europäische Union, haben inzwischen Restriktionen gegen Fleischimporte aus Brasilien verhängt. Der sehr lukrativen Fleischindustrie drohen nun empfindliche Einbußen.

Allein in der ersten Woche nach Bekanntwerden des Skandals verzeichneten die Fleischexporteure ein Minus von umgerechnet über 120 Millionen Euro. Bei Schweinefleisch und Geflügel sind nach Angaben des Branchenverbands *Brazilian Animal* die Exporte um 22 Prozent zurückgegangen. Vor allem in den großen Unternehmen wurden bereits Hunderte entlassen. JBS, der weltgrößte Verarbeiter von

Rindfleisch, kündigte an, die Arbeit in 33 von 36 Schlachtbetrieben vorerst ruhen zu lassen.

Am 27. März veranlasste die Regierung Brasiliens die Schließung von zwei weiteren Betrieben aufgrund der Verwicklung in den Skandal. Damit erhöhte sich die Zahl der vorübergehend stillgelegten Schlachthöfe auf sechs, wie das Landwirtschaftsministerium mitteilte. Im Tagesdurchschnitt exportiert Brasilien jetzt nur noch Fleischprodukte im Wert von umgerechnet 50,5 Millionen US-Dollar, knapp zwölf Millionen weniger als noch im Februar, wie das Ministerium für Industrie und Außenhandel am 27. März mitteilte. Insgesamt stehen 21 Betriebe in mehreren Bundesstaaten im Verdacht, verdorbene oder unkorrekt hergestellte Fleischprodukte verkauft und teilweise auch exportiert zu haben.

Und es kann durchaus noch schlimmer kommen. Aus Ermittlungskreisen verlautete, dass viele haarsträubende Details des Skandals noch gar nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien. Die Liste der betroffenen Unternehmen kann also noch wachsen, und ebenso der Imageschaden für die brasilianische Landwirtschaft. Jüngst sickerte ein Telefonmitschnitt an die Presse durch, in dem ein Großunternehmer davon spricht, eine ganze Produktionsstätte sei mit Bakterien verseucht gewesen.

Vytenis Andriukaitis, EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, forderte die Regierung Brasiliens bei seinem Besuch im Land Ende März auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um das internationale Vertrauen in die Fleischindustrie wieder herzustellen. Offenbar sind EU-Diplomaten irritiert darüber, dass Brasilien den Skandal eher kleinredet, als konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Zudem drohte Brüssel neue Restriktionen an, sollten Regierung und Behörden in Brasilien nicht endlich „entschiedene Maßnahmen“ ergreifen.

Politik der Beschwichtigung

Präsident Michel Temer, besorgt um einen der wichtigsten Exportsektoren in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise, lud die Botschafter mehrerer Importstaaten prompt in ein Steakhaus ein. „Unsere Kontrollinstanzen zählen zu den effizientesten und rigorosesten der Welt“, lautete seine Message. „In unserem Land gibt es 4.837 Unternehmen der fleischverarbeitenden Industrie. Von diesen sind nur 21 Betriebe angeblich in irreguläre Machen-

schaften verwickelt.“ Wichtig sei auch, dass von insgesamt 11.000 Funktionären des Agrarministeriums bloß 33 unter Verdacht stünden, so Temer.

Obwohl sich die Politik intensiv um ein Kleinreden des Fleischskandals bemüht, geht die Bundespolizei davon aus, dass politische Parteien beim Panschen ihre Finger im Spiel haben. „Die Ermittlungen zeigen eindeutig, dass ein Teil des Bestechungsgeldes an politische Parteien ging“, erklärte Ermittlungsleiter Moscardi Grillo am 17. März, als der Skandal öffentlich wurde. Identifiziert wurden demnach bisher zwei Parteien der Regierungskoalition,

jenseits des Haltbarkeitsdatums dramatische Auswirkungen für die Umwelt. Sie führe – erst recht in einem Land wie Brasilien – zur Rodung von Wäldern und leiste auch einen Beitrag zum Klimawandel.

Nicht nur die Fleischqualität, sondern auch die Herstellung des Tierfutters müsse hinterfragt werden, sagt Maureen Santos von der Heinrich Böll-Stiftung. „Der zunehmende Anbau von Soja- und Maismonokulturen führt zur zunehmenden Abholzung der Wälder. Das hat auch negative Auswirkungen auf den Wasserverbrauch und führt zu einem Verlust an biologischer Vielfalt“, erklärt Santos.



Mit den Korruptionsskandalen wächst die Forderung nach Präsident Temers Rücktritt.

unter ihnen auch die PMDB von Präsident Temer. Sogar der erst im Februar ernannte neue Justizminister Osmar Serraglio (PMDB) soll in seiner Zeit als Bundesabgeordneter eine zwielichtige Rolle gespielt haben. Er soll Betriebskontrollen hinterfragt und sich im Agrarministerium für den mutmaßlichen Chef des Korruptionsgeflechts eingesetzt haben.

Die heimlichen Kosten der Fleischproduktion

Brasilien ist weltweit der zweitgrößte Produzent und der größte Exporteur von Rindfleisch. Jährlich exportiert das größte Land Lateinamerikas Fleischprodukte im Wert von über zehn Milliarden Euro. Allein im vergangenen Jahr exportierte Brasilien über eine Million Tonnen Rindfleisch und fast vier Millionen Tonnen Hühnerfleisch in die ganze Welt.

Was für Regierung und Agrarindustrie eine Erfolgsgeschichte ist, halten andere für einen Irrweg: Die ungebremste Ausweitung der Fleischproduktion habe auch

Das Beispiel Fleisch zeigt, wie ein Problem ins andere greift. Auch wenn alle Vorschriften eingehalten werden, sind die Verbraucher den gewinnsteigernden Methoden der industriellen Landwirtschaft ausgesetzt. Rückstände von Pestiziden sind – zumindest in Südamerika – in jedem saftigen Steak enthalten. Maureen Santos erinnert daran, dass Brasilien Weltmarktführer im Einsatz von Agrargiften ist. „Und da die Nutztiere genau mit diesem verseuchten Soja gefüttert werden, konsumieren die Fleischesser auch jede Menge gesundheitsschädlicher Substanzen mit.“

Bei derartigen Produktionsmethoden droht das Menschenrecht auf Gesundheit und angemessene Ernährung auf der Strecke zu bleiben. In der Bevölkerung wächst die Unsicherheit. Viele Menschen in Brasilien überlegen jetzt zweimal, bevor sie zu Fleisch oder Wurst greifen. Der Skandal um Gammelfleisch könnte ein Anstoß sein, sich in Zukunft gesünder zu ernähren. ■

KNAPPER SIEG FÜR DIE „BÜRGERREVOLUTION“

Bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 2. April hat sich der Kandidat der regierenden *Alianza PAIS*, Lenín Moreno, knapp gegen den Vertreter der rechten Opposition, den Ex-Banker Guillermo Lasso, durchgesetzt. Nach dem offiziellen Wahlergebnis, das die Opposition allerdings heftig bestreitet und das derzeit überprüft wird, hat Moreno (51,15%) rund 200.000 Stimmen mehr erhalten als Lasso (48,85%).

Von Jonas Wolff

Die Serie politischer Niederlagen der Linken in Südamerika scheint vorerst gestoppt. Ende 2015 gewann der konservative Unternehmer Mauricio Macri die Präsidentschaftswahlen in Argentinien, und der Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro verlor bei den venezolanischen Parlamentswahlen die Mehrheit an die Opposition. 2016 folgten die Niederlage des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in einem Referendum, das seine Wiederwahl ermöglichen sollte, der Wahlsieg des wirtschaftsliberalen Präsidentschaftskandidaten Pedro Pablo Kuczynski in Peru und die höchst umstrittene Absetzung der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff. Nun stand bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador ein weiteres Symbol des Linksrucks, der Südamerika seit der Jahrtausendwende erfasst hatte, zur Disposition: die von Rafael Correa angeführte „Bürgerrevolution“ (*revolución ciudadana*), die Ecuador seit 2007 eine überaus fortschrittliche Verfassung, Jahre beeindruckender sozioökonomischer Entwicklung und ungekannter politischer Stabilität, aber auch eine Vertiefung des extraktivistischen Entwicklungsmodells und eine scharfe Polarisierung der Gesellschaft beschert hat.

Die Wahlen – im Februar fanden die Parlamentswahlen sowie die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt, am 2. April folgte die Stichwahl – wurden denn auch in wichtigen Teilen zu einem Plebiszit über die Fortsetzung der Regierung. *Alianza PAIS*, die von Correa geschmiedete politische Bewegung, gewann eine Mehrheit im Parlament, Präsidentschaftskandidat Lenín Moreno verpasste aber haarscharf die für einen Sieg nötigen 40% (bei mehr als zehn Prozentpunkten Abstand gegenüber dem Zweitplatzierten). Obwohl Guillermo Lasso mit 28% deutlich hinter Moreno blieb, zeichnete sich für die Stichwahl schnell ein Kopf-an-Kopf-Rennen ab. Ein Großteil der oppositionellen

Parteien und Bündnisse vereinigte sich hinter Lasso. Auch Repräsentanten der politischen Linken und der indigenen Bewegung, die mit dem ehemaligen Bankpräsidenten und Anhänger der erzkatholischen Glaubensbewegung *Opus Dei* an sich wenig verbindet, riefen gegen die Wahl Morenos und teilweise offen zur Wahl Lassos auf. Dies zeigt das Ausmaß an Ablehnung, mit dem Präsident Correa auch und gerade unter den progressiven Kräften des Landes am Ende seiner dritten Amtszeit konfrontiert ist.



Foto: telesur

Guillermo Lasso, der Herausforderer

Verantwortlich dafür sind insbesondere der Mangel an Dialogbereitschaft, der aggressive bis repressive Umgang mit Kritik sowie die forcierte Ausbeutung der Öl- und Mineralvorkommen des Landes („Extraktivismus“). Die Wirtschaftskrise, in die der Verfall der globalen Erdölpreise Ecuador gestürzt hat, tat ihr Übriges. In der Stichwahl stimmten schließlich die wichtigsten Städte (Guayaquil und Quito), sowie nahezu das gesamte Hochland und Amazonas-Tiefland mehrheitlich für

Lasso. In einigen traditionellen Hochburgen der indigenen Bewegung gewann Lasso mit teilweise um die 60%. Die städtischen Mittelschichten und die indigene Bevölkerung, in den ersten Jahren noch bedeutsame Stützen der „Bürgerrevolution“, liefen mithin mehrheitlich ins Lager des neoliberal-konservativen Oppositionskandidaten über. Moreno gewann hingegen insbesondere in der bevölkerungsreichen Küstenregion.

Lasso bestreitet Niederlage

Nach dem amtlichen Endergebnis, das der nationale Wahlrat CNE am 9. April verkündete, kommt Lenín Moreno auf 51,15%, Guillermo Lasso auf 48,85%. Bisher hat Lasso, der sich auf der Basis erster Prognosen bereits als Sieger ausgerufen hatte, das Ergebnis allerdings nicht akzeptiert und spricht von Wahlbetrug. Nach der Wahl kam es zu breiten Protesten der Opposition, insbesondere in Guayaquil und Quito, die teilweise gewaltsam eskalierten. Die Regierungspartei *Alianza PAIS* hat ihrerseits eine erneute Auszählung der Stimmen akzeptiert, die nun ansteht. Tatsächlich ist das Ergebnis knapp – bei knapp zehn Millionen gültigen Stimmzetteln trennen die beiden Kandidaten rund 200.000 Stimmen – und wiesen die Prognosen am Wahltag in unterschiedliche Richtungen. Prognosen basieren allerdings lediglich auf Umfragen an den Wahllokalen (*exit polls*), und die Hochrechnung der regierungsunabhängigen (und generell eher regierungskritischen) Organisation *Participación Ciudadana* bestätigt in der Tendenz das offizielle Wahlergebnis.¹ Auch die Wahlbeobachter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konnten keinerlei Diskrepanzen bei der Stimmauszählung feststellen; OAS-Generalsekretär Luis Almagro hat das Ergebnis offiziell anerkannt.

Der heftige Streit um das Wahlergebnis kommt nicht von ungefähr. Für beide Seiten ging es bei der Wahl um viel. Für die Anhänger der Regierung standen all die bedeutsamen Errungenschaften der Regierung Correa auf dem Spiel: der Abbau von Armut und Ungleichheit, die massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, der Ausbau staatlicher Handlungsfähigkeit und der erweiterte Zugang zu staatlichen Dienstleistungen etwa im Gesundheitssektor. Mit Lasso drohte hingegen die kon-

servative Restauration, die Rückkehr Ecuadors in die Vergangenheit der 1990er und frühen 2000er Jahre, die durch inkohärente neoliberale Reformen, politische Instabilität, regelmäßige Regierungskrisen und nicht zuletzt die schwere Finanzkrise von 1999/2000 gekennzeichnet war.

Für die Gegner der Regierung hingegen ging es um nicht mehr und nicht weniger als die Wiederherstellung der Demokratie: ein Ende der Kontrolle aller staatlicher Gewalten durch einen allmächtigen Präsidenten, der Gängelung der privaten Medien, der Unterdrückung von Regierungskritikern und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ohne offen Kritik an Correa zu üben, hatte sich Lenin Moreno im Wahlkampf vom aggressiven, bewusst auf Abgrenzung und Polarisierung setzenden Stil des bisherigen Präsidenten abzugrenzen versucht. Und in der Tat steht Moreno, der 2007 bis 2013 Vizepräsident unter Correa war und gemeinsam mit seinem Nachfolger Jorge Glas als Vizepräsidentenskandidat angetreten war, zwar für politische Kontinuität, er gilt aber als deutlich dialogbereiter und zugänglich. Es bleibt abzuwarten, ob Moreno seinen Ankündigungen Folge leistet und ernsthaft auf die Opposition zugeht – und insbesondere auf diejenigen politischen Kräfte und Bevölkerungsgruppen, die für die ursprüngliche Agenda der „Bürgerrevolution“ als partizipativ-demokratisches, sozial inklusives und ökologisch nachhaltiges Transformationsprojekt grundsätzlich zu haben sind. Umgekehrt setzt dies aber auch von der Opposition die Bereitschaft zum offenen Gespräch voraus – und zu allererst, dass sie die Legitimität des neuen Präsidenten grundsätzlich anerkennt, sollte die Nachzählung der Stimmen das Wahlergebnis bestätigen.

Der neue Präsident Moreno kann derzeit jedenfalls alle politische Unterstützung gebrauchen, die er bekommen kann, muss er das Land doch durch ein äußerst schwieriges ökonomisches Fahrwasser steuern. Die massiven Einnahmen aus dem Erdöl-export bildeten ein zentrales Standbein der expansiven Wirtschafts- und Sozialpolitik Correas. Moreno steht nun vor der schwierigen Aufgabe, den Staatshaushalt in den Griff zu bekommen, ohne das Land noch tiefer in die Rezession zu stürzen und die sozialen Errungenschaften der „Bürgerrevolution“ offen zu gefährden. Perspektivisch gilt es, die unter Correa vernachlässigte Transformation des extraktivistischen Entwicklungsmodells voranzutreiben.

Zeit der Polarisierungen

Was bedeutet das Wahlergebnis in Ecuador – vorausgesetzt es bleibt bestehen – für die Region? Die grob zehnjährige Phase, in der ein breites Spektrum mehr oder minder linker Regierungen die Geschicke Südamerikas dominierte, ist definitiv vorbei. An die Stelle des „Linksrucks“ tritt derzeit aber weniger ein flächendeckender „Rechtsruck“ als eine Periode der politischen Polarisierung. Dies betrifft einerseits die je innergesellschaftlichen Verhältnisse, die sich unter „alten“ linken wie unter „neuen“ rechten Regierungen derzeit deutlich zuspitzen – in Venezuela sicherlich in besonders dramatischer Form, aber hohe Niveaus der Polarisierung weisen auch beispielsweise Argentinien, Brasilien und eben Ecuador auf.

Andererseits zeigt sich die Polarisierung auf regionaler Ebene, etwa zwischen den Regierungen Argentinien (Macri) und Brasilien (Temer) auf der einen, den Staatschefs Boliviens (Morales) und Venezuelas (Maduro) auf der anderen Seite. Die verschiedenen Regionalorganisationen – von Mercosur und UNASUR bis OAS – sind durch diese politischen Auseinandersetzungen weitgehend blockiert und derzeit kaum in der Lage, auf die diversen politischen Krisen in der Region zu reagieren. Auch gegenüber der neuen US-Regierung unter Donald Trump, die für die Region wenig Gutes verheißt, ist ein einheitliches Auftreten Lateinamerikas derzeit nicht zu erwarten.

Sicher ist die Dichotomie zwischen linken und rechten Regierungen allzu vereinfachend. Bereits in der Hochzeit des Linksrucks haben zahlreiche Beobachter darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Politik der Regierungen, die sich selbst als links bezeichneten, bestenfalls partiell als solche zu kategorisieren sei. Dies galt nicht zuletzt für die Regierung Correa, die sich in den letzten Jahren zunehmend von ihren ursprünglichen Versprechen verabschiedete, die großflächige Ausbeutung der Minen des Landes forcierte, die Ölförderung im Nationalpark Yasuní aufnahm und



Rafael Correa mit seinem Nachfolger Lenin Moreno

dem Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru beitrug.²

Spätestens im direkten Wettstreit mit Guillermo Lasso bildeten Lenin Moreno und *Alianza PAIS* allerdings klar die jedenfalls relativ linke Alternative. Wie zuvor Argentinien und Brasilien hat Ecuador damit ein weiteres Mal bestätigt, dass die realpolitische Alternative zu den mehr oder minder progressiven Regierungen in der Region derzeit nicht in einer irgendwie alternativen oder „echten“ Linken besteht – sondern in der Machtübernahme konservativ-neoliberaler Regierungen, die im Kern für eine Rückkehr in die Zeit vor dem Linksruck stehen. Die linken Kritiker der regierenden Linken in der Region, so gut ihre Argumente auch sein mögen, drohen in dieser machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen die Fronten zu geraten. Dass vermutlich zahlreiche unter ihnen in Ecuador für Lasso stimmten, zeigt das ganze Dilemma. ■

Jonas Wolff ist Vorstandsmitglied und Programmbereichsleiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und lehrt an den Universitäten Frankfurt/Main und Kassel. Kontakt: wolff@hsfk.de.

¹ *In der Hochrechnung von Participación Ciudadana kam Moreno auf 50,8%, Lasso auf 49,2%. Aufgrund der statistischen Fehlertoleranz von einem Prozentpunkt verkündete die Organisation allerdings öffentlich zunächst nur ein unentschiedenes Ergebnis („empate técnico“), wofür sie später von Präsident Correa aufs schärfste kritisiert wurde.*

² *Siehe hierzu im Detail Jonas Wolff, „Business Power and the Politics of Postneoliberalism: Relations Between Governments and Economic Elites in Bolivia and Ecuador“, in: Latin American Politics and Society, Jg. 58 (2016), Nr. 2, S. 124-147, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1548-2456.2016.00313.x>.*

SCHOKO UND KAFFEE STATT KOKA

Kolumbien will in einem Jahr 100.000 Hektar Koka-Plantagen vernichten. Das entspricht mehr als der Hälfte der geschätzten Anbaufläche und soll so weit wie möglich im Einverständnis mit den Koka-Bauern passieren. Diesen ehrgeizigen Plan stellte Konfliktnachbereitungsminister Rafael Pardo Rueda Anfang März im Rahmen der diesjährigen UNO-Drogenkonferenz in Wien vor.

Von Ralf Leonhard

die jahrelang weit abseits staatlicher Kontrolle oder sogar im Widerstand gegen den Staat gelebt haben. Dieses Misstrauen zeigt sich auch in der kleinen Ortschaft Pueblo Nuevo de Briceño im Departement Antioquia, wo seit Mitte vergangenen Jahres ein Pilotprojekt für den Übergang von verbotenen zu legalen Kulturen läuft. Die Koka-Bauern unter Begleitung der FARC haben sich dort ausbedungen, die Koka-Sträucher vorerst stehen zu lassen, aber auf die Ernte zu verzichten. Erst wenn der Staat seine Versprechungen erfülle, wollen sie den letzten Schritt setzen und die Koka-Felder umackern.

In Bolivien habe es viele Jahre gedauert, bis die Koka-Bauern die Drogenpolizei nicht als feindlichen Eindringling, sondern als Verbündeten gegen die Drogenmafia akzeptiert haben, sagt der Journalist und Experte für Drogenpolitik und alternative Entwicklung Robert Lessmann. Das Ziel von 100.000 Hektar, die in einem Jahr durch legale Kulturen wie Kakao, Kaffee oder Pfeffer ersetzt werden sollen, hält er für unrealistisch: „Das hat noch nie irgendwo auf der Welt geklappt“. In Bolivien sei die Anbaufläche unter dem ehemaligen Koka-Gewerkschafter Evo Morales anfangs leicht gestiegen. Seit 2010 nehme sie aber dank längerfristiger Substitutionsprogramme kontinuierlich ab. „Und das Entscheidende“, so Lessmann: „ohne Gewalt“. Denn die Zwangseradikationen unter früheren Regierungen waren die häufigste Ursache für blutige Zusammenstöße in Bolivien.

Übertriebener Optimismus

Den schönen Power-Point-Folien von Minister Pardo traut auch Coletta Youngers vom US-amerikanischen Thinktank *Washington Office on Latin America* (WOLA) nicht über den Weg. Sie weiß von Gemeinden, die ein Abkommen mit der Regierung geschlossen haben und trotzdem Ziel von Zwangseradikationen gewesen sind: „Offenbar gibt es da eine Entkopplung von Ministerien, die das Friedensabkommen umsetzen wollen, und Sicherheitskräften, die den Prozess sabotieren“. Gleichzeitig gibt es Berichte, dass Gebiete, die von den FARC geräumt wurden, weil die sich vereinbarungsgemäß in 26 Sammelpunkten konzentriert haben, jetzt von kriminellen oder paramilitärischen Banden übernommen wurden. „Die

Bei der 60. Sitzung der UNO-Drogenkommission ging es schwerpunktmäßig um den zunehmenden Drogenkonsum von Frauen. Aber auch alternative Entwicklung und neue Wege bei der Bekämpfung von Drogen und Drogensucht waren ein Thema. So sollen zwar die großen Drogenbosse mit aller Härte verfolgt, geringere Vergehen aber nicht zwingend mit Haftstrafen geahndet werden, wie Jurij Fedotow, der Direktor des UNO-Büros für Drogen und Verbrechen (UNODC) in seiner Eröffnungsrede anregte. Was die kolumbianische Regierung mit der FARC-Guerilla im Rahmen des jüngst unterzeichneten Friedensabkommens ausgehandelt hat, passt perfekt in diese neue Politik, die in vielen anderen Teilen der Welt noch auf Skepsis trifft.

FARC, der ursprünglich bei der Präsentation dabei sein sollte, wurde wieder ausgeladen.

In diesem Jahr, so Pardo, wolle man sich auf 40 Gemeinden konzentrieren, wo der Koka-Anbau die wichtigste Einnahmequelle der Kleinbauern ist. Wer seine Plantagen freiwillig vernichtet, kann mit staatlicher Unterstützung rechnen. Ein Jahr lang soll die Familie umgerechnet 340 US-Dollar monatlich bekommen und beim Anbau von Alternativprodukten technisch und finanziell unterstützt werden. Für heuer werden die Kosten auf 200 Millionen Dollar geschätzt. Straßenbau, die Errichtung von Kliniken und Schulen sowie die Erschließung von Märkten, die im Rahmen der ebenfalls im Friedensabkommen verankerten integralen ländlichen Entwicklung vorgesehen sind, sollen die Transformation der Koka-Gebiete ergänzen und gleichzeitig Jobs für die Übergangszeit anbieten. Ausgeschlossen vom Programm sind jene, die neue Felder angelegt haben, um in den Genuss der staatlichen Beihilfen zu kommen. Felder von Bauern, die die Vereinba-

rungen nicht einhalten, und große Plantagen sollen zwangsweise abgeholzt werden.

Fragile Vertrauensbasis

Auf die Frage, was passiert, wenn die Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, gibt es keine befriedigende Antwort. „Das darf nicht passieren“, sagt Eduardo Díaz Uribe gegenüber *Lateinamerika Anders*: „Wenn der Friedensprozess scheitert, scheitert das Land“. Er gibt aber zu, dass eines der größten Probleme darin liege, das Vertrauen der Gemeinden zu gewinnen,



Rafael Pardo Rueda: staatliche Förderung von Koka-Alternativen

Im Rahmen eines *side-event*, also abseits des Plenarsaals mit seinen rigide reglementierten Redebeiträgen, stellte Kolumbien – vertreten durch Außenministerin María Ángela Holguín, Konfliktnachbereitungsminister Rafael Pardo Rueda und Präsidentenberater Eduardo Díaz Uribe – seine Pläne vor. Der Plan zur Abkehr von der Drogenökonomie ist ein zentraler Punkt des Friedensabkommens und Pardo betonte auch wiederholt, dass er nur mit der Unterstützung der ehemaligen Rebellen gelingen könne. Ein Vertreter der

finden ein gemachtes Nest vor“, sagt Berater Díaz Uribe. Rafael Pardo bestreitet diese Meldungen: „Die Armee hat 80.000 Mann mobilisiert, um die Kontrolle zu übernehmen. Finden Sie das zu wenig?“.

Zu optimistisch dürften auch die Annahmen über die Anbauflächen sein. Während Minister Pardo auf einen Zensus von 2015 verweist, wonach 96.000 Hektar mit Koka-Kulturen bepflanzt seien, hat die US Drogenbehörde praktisch zeitgleich mit der Präsentation in Wien einen neuen Bericht veröffentlicht, der für 2016 von 188.000 Hektar ausgeht. Daraus kann man 700 Tonnen reines Kokain gewinnen. Die Rechtsopposition in Kolumbien macht die Politik von Präsident Juan Manuel Santos verantwortlich, der vor zwei Jahren die – von Flugzeugen aus durchgeführten – Besprühungen mit dem giftigen Unkrautvertilgungsmittel *Glyphosat* ausgesetzt hat. Fast 20 Jahre chemischer Zwangseradikation im Rahmen des von den USA oktroyierten militaristischen *Plan Colombia* haben aber auch wenig bewirkt. Im Gegenteil: Bauern, die auch ihre legalen Agrarprodukte durch das Entlaubungsmittel vernichtet fanden, haben sich mit ökologisch verheerenden Folgen tiefer in den Urwald vorgearbeitet, um neue Felder anzulegen.

Verteidigungsminister Luis Carlos Villegas kann den neuen Zahlen aber auch Positives abgewinnen. So sei zwar die mit Koka bepflanzte Fläche insgesamt gewachsen, doch der Anstieg sei gegenüber den vorangegangenen Jahren prozentuell geringer ausgefallen. Außerdem verweist er auf erfolgreiche Polizeiarbeit. Allein in diesem Jahr seien schon 64 Tonnen Kokain beschlagnahmt worden. 2016 waren es nach offiziellen Angaben stolze 421 Tonnen Kokain und Basispaste, das ist das halbverarbeitete Zwischenprodukt, das die Bauern selber herstellen können.

Was die Substitutionspläne von Regierung und FARC begünstigen könnte, ist ein durch die Überproduktion beginnender Preisverfall. In den USA ist zwar der Drogenkonsum insgesamt gestiegen, doch wird Kokain zunehmend durch synthetische Designerdrogen verdrängt. Die kolumbianische Drogenmafia versucht daher, die heiße Ware vermehrt im Inland loszuschlagen. Es wird beobachtet, dass sich der Drogenmissbrauch auch auf dem Land und unter Jugendlichen verbreitet. Straßenhändler mieten sich im Umfeld von Schulen an und versuchen auch in den Schulen eine Klientel aufzubauen. ■

SINTFLUT IN DER WÜSTE

Perus Norden hat ein schwieriges erstes Quartal durchlitten, geprägt von den schwersten Regenfällen seit Jahrzehnten. Als Folge von Sturzfluten, Überschwemmungen und Schlammlawinen sind 106 Todesopfer zu beklagen.

Perus Klimazonen sind auch ohne extreme Wetterereignisse nicht einfach zu erklären: Wenn es in den Anden regnet, also in der Regel von Jänner bis März, dann scheint an der Küste die Sonne. Wenn hingegen in den Bergen der Himmel wolkenlos ist (Juni bis September), dann ist es an der Küste neblig und kalt – jedoch ohne dass der Nebel sich in Regen niederschlägt. Entsprechend führt die Mehrzahl der zum Pazifik gerichteten Flussbetten nur im ersten Quartal des Jahres Wasser. Regen im März ist also normal, außergewöhnlich war jedoch diesmal die Niederschlagsmenge.

Betroffen sind vor allem die nördlichen Regionen bis zur Hauptstadt Lima. 1,1 Millionen Menschen wurden von den wochenlang anhaltenden Regenfällen getroffen. 13.000 Häuser sind komplett zerstört, 120.000 weitere beschädigt. Mehr als 2.500 Kilometer Straßen wurden unpassierbar, fast 250 Brücken sind kollabiert.

In großen Teilen Limas mit seinen neun Millionen Einwohnern gab es vier Tage lang kein Wasser aus der Leitung. Der Wasserversorger *Sedapal* konnte das stark verschmutzte Wasser des Flusses Rimac nicht mehr reinigen. Trinkwasser ist nach wie vor rationiert.

Die Bilanz wurde durch Korruption oder Nachlässigkeit bei der Stadtplanung zusätzlich verschärft: Menschen siedelten sich so nach jahrelanger Trockenheit in Überschwemmungszonen an, illegal gebaute Häuser wurden nicht konsequent beseitigt. Auch die mangelnde Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen, wie Ausbaggerung von Flussbetten, Uferbefestigungen und Bau von Abflusskanälen, spielt eine Rolle.

Die starken Regenfälle lassen sich auf das Klimaphänomen *El Niño* zurückführen. Dabei kommt es zu einer Abschwächung des kalten Humboldtstroms und in der Folge zu einer signifikanten Erwärmung des Oberflächenwassers vor der Küste Perus. Regenwolken entladen sich nun nicht mehr bereits über dem Meer,

sondern erreichen die Staulagen der Anden und bewässern die trockene Küstenebene.

1998 fand der letzte große *Niño* an der peruanischen Küste statt und verursachte große Schäden. 2015/2016 gab es ein weiteres *Niño*-Ereignis im Pazifik, das aber für Peru überraschend glimpflich ablief. Der Grund für die aktuellen Starkregenfälle war eine lokale Erwärmung des Pazifiks vor der Küste. Das Phänomen wird wegen seiner geographischen Begrenztheit *Niño costero* genannt und ist schwer vorhersagbar, im Gegensatz zum periodisch auftretenden, großen *El Niño*-Phänomen, das die Wetterverhältnisse über die gesamte West-Ost-Ausdehnung des Pazifiks beeinflusst.

Inzwischen geben Meteorologen vorsichtig Entwarnung: Die Meerestemperatur liegt zwar noch immer deutlich über dem Durchschnitt, sinkt aber. Ein Ende der Naturkatastrophe ist daher in Sicht.

Niño und Klimawandel

Wissenschaftler sind generell zurückhaltend, einzelne Wetterphänomene auf den von Menschen gemachten Klimawandel zurückzuführen, noch dazu, da das Phänomen des *Niño costero* aus der Vergangenheit bekannt ist. Dessen ungeachtet ist in den Medien eine Diskussion ob der mangelhaften Klimaschutzpolitik Perus entbrannt.

Dabei ist zum einen bekannt, dass Peru mit seinen ausgeprägten Klimazonen (wüstenartige Pazifikküste, andines Altiplano, Amazonas-Tiefland) besonders verwundbar ist, zum anderen wächst der Energiekonsum seit der Jahrtausendwende rapide.

Ausschlaggebend hierfür war das starke Wirtschaftswachstum, getrieben durch den besonders energieintensiven Bergbau-sektor, doch zwei Drittel der CO₂-Emissionen stammen aus der Landnutzung, insbesondere der Entwaldung im Amazonasgebiet. Die freiwillige Selbstverpflichtung Perus, die nach der Pariser Klimakonferenz jedes Vertragsland abzugeben hatte, sieht eine Emissionsminderung von 20-30% gegenüber dem „business-as-usual“-Fall vor. Jenes Szenario, nachdem alles so weiter lief wie gehabt, geht aber bis 2030 von einer Steigerung des Treibhausgasausstoßes um 75% aus, so dass selbst das ambitioniertere Politikziel eine Emissionserhöhung von ca. 40% vorsieht. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung fehlen bisher.

Jürgen Kreuzroither

EIN HEISSER HERBST IN ARGENTINIEN

Nach über einem Jahr der Präsidentschaft Mauricio Macris stehen am 20. Oktober dieses Jahres Parlamentswahlen in Argentinien an. Obwohl bis dahin noch Zeit ist, bringen sich die politischen und sozialen AkteurInnen des Landes bereits in Stellung. Den sich ausweitenden Protesten gegen die sozialen Folgen ihrer Politik begegnet die Macri-Regierung vermehrt mit Repression.

Von Laurin Blecha

Von zahlreichen PolitikerInnen des Regierungsbündnisses *Cambios* („Verändern wir“) ist in letzter Zeit zu hören, dass unter der Präsidentschaft Mauricio Macris Argentinien „wieder auf die Beine“ gekommen sei. Er selbst unterstrich dies in seiner Rede vor dem versammelten Nationalkongress am 1. März, in der er die vermeintlichen Erfolge seiner 15-monatigen Amtsperiode aufzählte. Die Themen reichten hierbei von der Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik, dem Justizsystem und verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen bis hin zur Nachhaltigkeitsdebatte, denn 2017 soll das Jahr der erneuerbaren Energien in Argentinien werden. Macri und sein Team verfolgen im Moment zwei Ziele: Auf der einen Seite bot der Kongress dem Präsidenten die erforderliche öffentliche Bühne, um den Wahlkampf für die bevorstehenden Parlamentswahlen am 20. Oktober 2017 zu eröffnen, bei denen ein Drittel der SenatorInnen (24 von 72) und fast die Hälfte der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung (127 von 257) neu gewählt werden. Die Wahl ist ein Stimmungstest in der Mitte der Amtsperiode von Macri, die entscheidend auf die Innenpolitik Argentiniens Einfluss nehmen wird.

Auf der anderen Seite sollte der eigenen Basis signalisiert werden, dass der von Macri versprochene *cambio* („Wandel“) auch tatsächlich stattfindet, auch wenn es sich hierbei um klassisch neoliberale Politiken handelt, die in erster Linie den vermögenden Schichten der argentinischen Gesellschaft sowie den multinationalen Konzernen zugutekommen. Diverse Prestigeprojekte, die für arme Bevölkerungsschichten gedacht sind, wie die von Macri

angekündigten infrastrukturellen Verbesserungen innerhalb der Villa 31, der größten informellen Siedlung in Buenos Aires, sind nicht nur inhaltlich fragwürdig, sondern im Falle der Villa 31 zudem auch noch heuchlerisch. Denn es war einst Macri selbst, damals noch als Bürgermeister von Buenos Aires (2007-2015), der immer wieder Stimmung für eine Umsiedelung der BewohnerInnen der Villa 31 an die Peripherie von Buenos Aires machte, da man auf wertvollen Baugrund nahe des Stadtzentrums spekulierte.

Zwischen Datenmanipulation ...

Macri und seine AnhängerInnen werden auch nicht müde, das Scheitern der Vorgängerregierung unter Cristina Fernández de Kirchner (2007-2015) zu behaupten, sei es in ökonomischer, sozialpolitischer oder internationaler Hinsicht. Hier greift die Regierung gerne und ausführlich auf ihre „echten“ und „wahren“ Zahlen und Statistiken zurück, welche die Vorgängerregierung dem Volk vorenthalten habe, da sie die Zahlen stets zu ihren Gunsten manipuliert habe, so der Vorwurf. Das Spiel mit den Zahlen ist fast schon zu einem Volkssport in Argentinien geworden und in der öffentlichen Diskussion grenzt es emotional fast an ein Spiel von River Plate gegen Boca Juniors. Besonders anhand des Wirtschaftswachstums und der Inflationsrate entzündeten sich in den letzten Wochen und Monaten die öffentlichen Debatten, wobei die Regierung hier fern jeder Realität zu argumentieren scheint und auch unabhängigen Institutionen kein Gehör schenkt.

Erst kürzlich meinte Vizepräsidentin Gabriele Michetti in einem Interview mit *El Tribuno* aus Salta, dass die argentinische Wirtschaft im Jahr 2017 das erste Mal seit fünf Jahren ein Wachstum verzeichnen werde. Die Daten des nationalen Statistikkamtes INDEC zeigen jedoch, dass es in den letzten fünf Jahren sehr wohl zu einem Wachstum des BIP gekommen war, wenngleich dieses eher niedrig ausfiel, wie etwa im Jahr 2013 mit 2,4%. Teilweise verlief es auch sehr unbeständig, denn im Jahr darauf schrumpfte die argentinische Wirtschaft wieder um ca. 2,5%.¹ Gern verschweigt die Regierung in diesem Zusammenhang aber auch, dass das Pro-Kopf-Einkommen in der zweiten Amtsperiode

von Fernández de Kirchner (2011-2015) wuchs, wie etwa im Jahr 2015 um 1,5%, und dass auch die Kaufkraft im Land stetig stieg, was der argentinischen Wirtschaft in den letzten Jahren eine gewisse Stabilität verschaffte.

... und sozialem Kahlschlag

Besonders Macris Ankündigung im Präsidentschaftswahlkampf 2015, ein Land ohne Armut (*pobreza cero*) zu schaffen, ließ viele auf seine Seite wechseln. Im „Kampf gegen die Armut“ schlägt die *Cambios*-Regierung jedoch realpolitisch einen ganz anderen Weg ein als angekündigt. Zwischen November 2015 und Dezember 2016 verloren mehr als 50.000 ArbeiterInnen im Industriesektor ihren Job. Es war einer der Erfolge der Regierung von Cristina Fernández de Kirchner, dass die argentinische Industrie einen Aufschwung erlebte und Arbeitsplatzsicherheit für tausende ArbeiterInnen und deren Familien garantierte.

Auch im öffentlichen Sektor setzte die neue Regierung den Rotstift an. Laut dem Forschungsinstitut *Centro de Economía Política Argentina* (CEPA) sollen bisher über 70.000 Angestellte ihren Job verloren haben, wie etwa im Falle der Nationalbibliothek in Buenos Aires, wo zahlreiche Abteilungen geschlossen wurden. Auch WissenschaftlerInnen sehen sich mit unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert. Die international renommierte Forschungsorganisation CONICET kann aufgrund der finanziellen Kürzungen Forschungsstipendien nicht verlängern und weniger (v.a. junge) ForscherInnen neu beschäftigen. Ursprünglich hatte das CONICET geplant, jedes Jahr seine MitarbeiterInnenzahl um 10% zu erhöhen.

Durch diese Sparmaßnahmen auf der einen und zahlreiche Tariferhöhungen etwa für Strom, Gas und Wasser, oft von mehreren Hundert Prozent, auf der anderen Seite, sind laut einer Studie der konservativen Katholischen Universität in Macris Amtszeit 1,5 Millionen Personen neu in Armut, 600.000 in extreme Armut gefallen.

Macris Wirtschaftspolitik stößt daher zunehmend auf Widerstand in Argentiniens Zivilgesellschaft, die, im wahrsten Sinne des Wortes, in den letzten Monaten „auf den Beinen“ ist und sich gegen die



Demonstration am 24. März, 41 Jahre nach dem Putsch

Politik der Regierung zur Wehr zu setzen sucht. So riefen zu Beginn des neuen Schuljahres Anfang März private wie staatliche LehrerInnengewerkschaften zu einem 48-stündigen Streik auf. Die Proteste des Lehrpersonals sind darauf zurückzuführen, dass der argentinische Bildungsminister, Esteban Bullrich, im Dezember die Gehaltsverhandlungen für 2017 aussetzen wollte und somit die Gewerkschaften vor den Kopf stieß. Diese forderten nämlich eine mindestens 35%ige Erhöhung der Löhne, um die im Jahr 2016 angefallene Inflationsrate von fast 40% ausgleichen zu können. Die Regierung ihrerseits bot nur eine Lohnerhöhung von rund 18% an und weigert sich bis heute vehement, diese Inflationsrate anzuerkennen.

Allein in Buenos Aires mobilisierten die Gewerkschaften etwa 70.000 Menschen, die sich lautstark in den Straßen und vor dem Bildungsministerium versammelten. Aber auch hier kannte der Zynismus seitens der Regierung keine Grenzen. Vizepräsidentin Michetti drohte einen Tag vor dem Streik den Gewerkschaften mit Strafen, wofür es rechtlich überhaupt keine Grundlage gibt. Mauricio Macri hingegen meinte auf einer Pressekonferenz in Volcán (Provinz Jujuy), die sozialen Proteste hätten in der Vergangenheit *cero* gebracht, also „gar nichts“. Abgesehen davon, dass eine perfide Kosten-Nutzen-Rechnung bei demokratischen Rechten und Freiheiten, wie dem Demonstrations- und Streikrecht, nur neoliberalen Rechtskonservativen einfallen kann, stellt Macri, indem er die Protestierenden als UnruhestifterInnen abqualifiziert, letztlich auch das von der Verfassung garantierte Recht der Bevölkerung in Frage, sich gegen Maßnahmen der Regie-

rung zur Wehr zu setzen.²

Ähnlich verläuft zurzeit auch die Berichterstattung über die Aktivistin Milagro Sala (siehe auch LAA Nr.1/2017) in der Provinz Jujuy. Obwohl sich national wie international immer mehr Stimmen gegen ihre menschenunwürdige und rechtlich sehr fragwürdige Inhaftierung erheben, wird in den

Zeitungen mit reißerischen Nachrichten und Äußerungen zu ihrer Person Stimmung gegen sie und die Organisation *Tupac Amaru* gemacht. Als *dirigente kirchnerista* („Kirchneristische Anführerin“) wird sie von der Zeitung *Clarín* bezeichnet, die zwischen den auf die Jahreszeiten abgestimmten Menüs des Speiseplans im Gefängnis von San Salvador de Jujuy wählen könne.

Diffamierung und Kriminalisierung von Widerstand

Die verbale und mediale Diffamierung von sozialen Bewegungen und deren AkteurInnen ist eine bedenkliche Entwicklung seit der Amtsübernahme Macris. Die Grundproblematik hierbei ist, dass die Regierung in den sozialen Basisbewegungen nicht PartnerInnen sieht, die auf lokaler wie nationaler Ebene wichtige gesellschaftliche Funktionen und Aufgaben wahrnehmen. In der Interpretation der Regierung „stören“ sie das Arbeitsleben mit Streiks, Straßenblockaden und „sinnlosen“ Protesten. Demgegenüber meinte Cristina Fernández de Kirchner in einer Debatte im Jahr 2009, dass die sozialen Basisbewegungen nicht nur Forderungen an den Staat stellen, sondern dort aktiv werden, wo es eben an staatlicher Intervention und Aktion fehle, weshalb sie unerlässliche AkteurInnen der Gesellschaft seien.

Für viele Beobachter der argentinischen Gesellschaft und Politik ist Argentinien seit der Wahl Macris zweigeteilt. Traditionelle wie neue soziale Medien verstärken und befördern diesen Diskurs von der Spaltung der argentinischen Gesellschaft. Freilich brachten der Wahlkampf und die entscheidende Stichwahl vom 22.

November 2015 zwischen Macri und Daniel Scioli, dem Kandidaten der *Frente para la Victoria* (FpV), eine ideologische Polarisierung. Es kann aber nicht davon die Rede sein, dass die ganze Gesellschaft sich in PeronistInnen und AntiperonistInnen aufspaltet. Sie stellt sich differenzierter und politisch weitaus heterogener dar, als dies vielfach in den Medien kommuniziert wird.

Scioli, der dem eher rechten Flügel der PeronistInnen zuzuordnen ist, war bei weitem nicht der Kandidat, den sich viele progressive ArgentinierInnen nach zwölf Jahren *Kirchnerismo* wünschten, worin sich auch das Nachfolgedilemma zahlreicher links-progressiver Regierungen in Lateinamerika widerspiegelt. Dabei hätte die *Partido Justicialista* personelle Alternativen gehabt, wie etwa den im Ausland kaum bekannten und beachteten ehemaligen Innen- und Infrastrukturminister Florencio Randazzo, dem etwa die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrssystems in Buenos Aires zu verdanken ist.

Peronistisches Comeback?

Es kommen somit nicht nur intensive Monate auf die *Cambiamos*-Regierung zu, sondern auch auf die peronistische Partei. Ein wichtiges Thema wird dabei das von vielen herbeigesehnte Comeback von Cristina Fernández de Kirchner sein. Viele PeronistInnen sehen sie schon wieder in der *Casa Rosada*. Ein Grundproblem dabei ist, dass sehnsüchtig auf die progressiven Jahre des *Kirchnerismo* zurückgeblickt wird, ohne nach personellen wie inhaltlichen Alternativen Ausschau zu halten.

Unbestreitbar waren die Regierungsjahre des Ehepaars Kirchner für die Demokratisierung und Emanzipierung Argentiniens und seiner BewohnerInnen von enormer Bedeutung. Jedoch muss nach zwölf Jahren der „Peronismus etwas Neues vorlegen, damit sich die Menschen wieder in ihn ‚verlieben‘“, wie die Tageszeitung *Página/12* bereits im August 2016 treffend feststellte. Dazu gehört auch, sich seine Fehler einzugestehen und sich kritisch als Partei mit Inhalten auseinanderzusetzen.

Ein Thema, das in den nächsten Monaten auch immer wieder aufkochen wird, ist die Mitte Februar erfolgte Verhaftung von César Milani, dem ehemaligen Armeechef unter der Regierung von Fernández de Kirchner. Milani wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, die er zur Zeit der Militärdiktatur als Unterleutnant in der Provinz La Rioja begangen

⇒ von Seite 27: ARGENTINIEN

haben soll. Konkret geht es um den Vorwurf der Entführung und der Folter von drei Personen im Jahr 1977, während sein Name auch in anderen Zusammenhängen, wie der Entführung eines Journalisten 1976, genannt wird. Die Frage nach der Zuverlässigkeit und Unabhängigkeit der argentinischen Justiz wird sich nun auch die FpV stellen müssen.

Der Autor Horacio Verbitsky meinte in einem Fernsehinterview, dass der mit der „Causa Milani“ betraute Staatsanwalt genug Beweise gegen Milani in der Hand gehabt habe, als dieser noch Chef der Streitkräfte war. Die Anklage sei jetzt erfolgt, da Milani nun in Pension ist und keine Immunität mehr besitzt. Verbitsky sagte in diesem Zusammenhang, dies sei ein strukturelles Problem in Argentinien, da Funktionäre, ob ZivilistInnen oder Militärs, während ihres Mandates Straffreiheit genießen und die Justiz nicht an sie herankommt.

Die FpV ist in der Sache gespalten: Während einige ehemalige Minister, wie etwa der ehemalige Verteidigungsminister Agustín Rossi, Milani verteidigen, oder nichts von dessen Vergangenheit gewusst haben wollen, geben sich andere selbstkritisch. So meinte etwa Juan Manuel Abal Medina, von 2011 bis 2013 Kabinettschef: „Ich glaube wirklich, dass wir da einen Fehler gemacht haben.“■

Der Autor studierte Geschichte an der Universität Wien und der Universidad de Granada (Spanien).

Kürzlich befand er sich auf einem Auslandsaufenthalt in San Salvador de Jujuy, im Norden Argentiniens.

¹ Siehe die dazu die empfehlenswerte Seite [chequeado](http://chequeado.com/), die sich mit Stellungnahmen und Aussagen von PolitikerInnen kritisch auseinandersetzt und sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft: <http://chequeado.com/>.

² Die Demonstrationen der LehrerInnen bildeten nur den Auftakt einer massiven Protestwelle. Der Tag des internationalen Frauenstreiks am 8. März kulminierte in einem Marsch auf die Plaza de Mayo, der vom Bündnis NiUnaMenos organisiert wurde. Am 15. März führten mehrere soziale Organisationen neben landesweiten Demonstrationen auch rund 300 Straßenblockaden durch. Am 24.3. wurde zum 41. Putsch-Jahrestag demonstriert. Den vorläufigen Höhepunkt fanden die Proteste am 6. April in einem ersten Generalstreik gegen die Regierung Macri, zu dem die wichtigsten Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen hatten.

ARGENTINIEN

Einer der sowohl seitens ParteikollegInnen als auch durch die Opposition am meisten kritisierten Aspekte der Regierungspolitik von Mauricio Macri ist die Außenpolitik. Lässt man das letzte Jahr Revue passieren, erfährt man auch die Gründe dafür.

Von Gerardo Triplione

Die außenpolitische Agenda von *Cambiamos* verfolgte zwei Ziele: ein sehr allgemeines und ein etwas präziseres. Einerseits wollte man „zurück auf die Weltbühne“ gelangen und andererseits (ausländische) Investitionen anziehen.

Diese Ziele hätten erreicht werden können, wäre in den internationalen Beziehungen auf Ideologie verzichtet worden. Doch die Administration Macri begann ganz anders. Der Präsident gab sein Debüt in der internationalen Politik auf dem *Mercosur*-Gipfel im Dezember 2015. Macri inszenierte dort einen Konflikt mit Venezuela, dem er Menschenrechtsverletzungen vorwirft.

orientierung von *Cambiamos* stellt sich die Frage: Warum mit jemandem streiten, mit dem man nützliche Geschäfte macht?

Offenbar nahm die Regierung Notiz von den möglichen Konsequenzen, die sich aus diesem Konflikt ergeben hätten können, und in den darauffolgenden Monaten hörte man nichts mehr von den Differenzen mit Venezuela im offiziellen Diskurs der Macristas. Von einigen isolierten Fällen abgesehen, erwähnte niemand mehr das Thema.

Das Gleiche geschah in den Beziehungen zu China und Russland. Elisa Carrió, ein Mitglied der regierenden *Cambiamos*-Allianz, sagte, Argentinien solle nur Beziehungen zu demokratischen Ländern haben. Auf dieser Basis kritisierten Macri und seine MitstreiterInnen die Vereinbarungen mit den beiden Weltmächten, die von den Kirchners einst ausgehandelt wurden.

Allerdings vertieften sich im Laufe der Zeit die kommerziellen Kontakte sowohl mit Moskau als auch mit Peking. Offenbar hatte die Regierung auch in diesem Fall verstanden, dass ideologische Positionen in den internationalen Beziehungen fehl am Platz sind.



LehrerInnendemonstration in Buenos Aires am 22. März

Die Gründe für diesen Konflikt waren mehr ideologischer als pragmatischer Natur. Venezuela steht an fünfter Stelle der Empfänger argentinischer Exporte, bei einem hohen Anteil von Industrieprodukten. Angesichts der Notwendigkeit, die Exporte zu steigern, und der Entwicklungs-

Wo der *Macrismo* sich jedoch des Pragmatismus rühmt, ist die Vorstellung, dass die Außenpolitik Investitionen anziehen soll. Geleitet von diesem Ziel reiste Macri nach Davos, organisierte ein Mini-Davos im *Centro Cultural Kirchner*, besuchte mehrere europäische Staaten, empfing Spitzenpolitiker aus aller Welt in Argentinien und zahlte vor allem an die Geier-Fonds, was die Kirchners ihnen stets verweigert

hatten. Wenn wir jedoch die Außenpolitik des vergangenen Jahres in Bezug auf diese Zielsetzung analysieren, muss das Scheitern dieser Strategie konstatiert werden. Die „Flut“ an Investitionen blieb nicht nur aus, sondern sie nahmen gegenüber 2015 sogar ab.

VON MAURICIO MACRI

Die Konzentration auf die ausländischen Investitionen lenkte die Regierung auch von anderen Themen ab, wie zum Beispiel der Malvinas-Frage. Vielleicht geschah dies, weil Macri es als „ideologisch“ oder als zu sehr mit dem *Kirchnerismo* verknüpft betrachtet. Vielleicht liegt es, wie Dante Caputo, Außenminister der Regierung von Raúl Alfonsín, meinte, auch daran, dass Macri an den Inseln nicht wirklich interessiert ist. In jedem Fall blamierte sich Macri in der Malvinas-Frage, als er bekannt gab, die britische Premierministerin Theresa May habe Gesprächen über deren Souveränität zugestimmt. Schon am nächsten Tag musste er einen Rückzieher machen.

Das wäre eine Anekdote geblieben, wäre es nicht während der Pressekonferenz zu einem weiteren Fauxpas gekommen. Bei einer speziellen Thematik bezüglich der Malvinas fiel Mauricio Macri keine Antwort ein und er übergab das Wort an Außenministerin Susana Malcorra. Es ging um militärische Manöver Großbritanniens auf den Inseln, ein schwerwiegendes, die nationale Sicherheit betreffendes Thema. Macri zeigte sich als diesbezüglich absolut ahnungslos.

Die Malvinas tauchten gegen Jahresende im Kontext einer Vereinbarung (zwischen Argentinien und Großbritannien) erneut auf, bei der es um die Identifizierung der Opfer des Krieges von 1982 ging. Sie war mit einem weiteren Abkommen über die Erschließung von fossilen Brennstoffen verknüpft. Der geheime Charakter der Verhandlungen und der Umstand, dass Malcorra es unterließ, der Abgeordnetenkammer darüber zu berichten, brachten der Ministerin eine drohende Amtsenthebung ein.

Generell stehen Malcorra und das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter Kritik. Nicht zufällig begannen die ersten Änderungen im Kabinett mit dem Ausscheiden des stellvertretenden Außenministers Carlos Foradori.

Malcorra wurde als diplomatische Expertin präsentiert, was wegen ihres Werdgangs auch nicht in Zweifel gezogen werden konnte. Allerdings verbrachte sie einen Großteil des Jahres damit, sich als eventuelle Kandidatin für das Amt der Generalsekretärin der Vereinten Nationen zu positionieren. Das ergab – in Verbin-

dung mit dem anschließenden Scheitern – ein ziemlich negatives Bild: Sollte das Außenministerium nur ein Sprungbrett für ihre Karriere bei den Vereinten Nationen sein?

Dann kamen die Wahlen in den USA und die Unterstützung für die unterlegene Kandidatin. Obwohl Malcorra wieder mangelnde Voraussicht und einen Mangel an Sachverstand demonstrierte, war das meiner Ansicht nach der am wenigsten schwerwiegende Fehler dieses Jahres. Ich



Foto: Horacio Barni

Solidaritätskundgebung für Milagro Sala am 26.1., dem Jahrestag ihrer Verhaftung

glaube nicht, dass dies den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten schaden wird.

Das am wenigsten erwartete und ernsteste Problem für das weltweite Bild von Mauricio Macri kam von dort, woher er es nie vermutet hätte: der Verhaftung von Milagro Sala. Die Regierung, die dazu aufrief, „zur Welt zurückkehren“, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es in Argentinien zu illegalen Inhaftierungen aus politischen Gründen kommt.

Die Vereinten Nationen, der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte forderten bereits die Freilassung von Sala. Dies schadete dem Image einer Regierung, die Macri, wie der Analyst Fernando Merke in *Foreign Policy* behauptete, als „die Stimme“ der Menschenrechte ausgeben wollte.

Auch *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und weitere NGOs betrachten die Inhaftierung als illegal und fordern

die Freilassung von Sala. Dass eine Regierung, die selbst aus Mitgliedern von NGOs besteht und die freiwillige Mitarbeit hochhält, von eben jenen NGOs ermahnt wird, ist ein harter Schlag und nur schwer zu verdauen.

Dieser Fall verursachte noch größeren Schaden, als der kanadische Premierminister Justin Trudeau sich auf seinem Staatsbesuch in Argentinien für Sala einsetzte. Der Staatschef eines der „Modellländer“ der Welt brachte den Präsidenten in Verlegenheit, der versprochen hatte, sich diesen anzunähern und die Beziehungen zu denen zu beenden, die seiner Ansicht nach international untragbar sind.

Kurz gesagt, ist die Bilanz der Außenpolitik des Jahres 2016 negativ. Weder das Hauptziel, „auf die Weltbühne zurückkehren“, noch jenes, ausländische Investitionen anziehen, wurde erreicht. Beide Zielsetzungen sind per se fragwürdig. Die Welt reduziert sich weder auf einige wenige starke Führungsmächte, noch kann der Wettbewerb um Investitionen das einzige Ziel der Außenpolitik darstellen. Aber auch aus der Sicht des rationalen Einsatzes von Mitteln betrachtet konnte der *Macrismo* die selbst gesetzten Ziele nicht erreichen. Die Investitionen sind ausgeblieben, und am Jahresende ermahnte ihn „die Welt“ – weit davon entfernt, ihn willkommen zu heißen – wegen willkürlicher Verhaftungen. ■

Der Autor ist Dozent an der *Universidad Nacional de San Juan*. Der Artikel erschien am 08.01.2017 in der argentinischen Zeitung *Los Andes*.
Übersetzung: Laurin Blecha

LATEINAMERIKA IM STRUDEL DES ODEBRECHT-SKANDALS

Die Untersuchungsoperation *Lava Jato* – auf Deutsch „Autowaschanlage“ – stand im März 2014 am Beginn der Aufdeckung eines brasilianischen Korruptionsnetzwerks um den halbstaatlichen Energiekonzern *Petrobras* von bis dahin nicht gekannten Ausmaßen. Die seit damals laufenden Ermittlungen erbrachten inzwischen einen neuen Superlativ: ein Geflecht an Schmiergeldzahlungen internationaler Dimension mit dem Mischkonzern *Odebrecht* im Mittelpunkt.

Von Jürgen Kreuzroither

Wirtschaftswunder auf faulem Fundament

Odebrecht profitierte von der neuen Symbiose in besonderem Maße: Der Konzern konnte seit dem Start der PT-Regierung 2003 den Umsatz auf 40 Milliarden Euro im Jahr 2015 verachtfachen. 128.000 MitarbeiterInnen sind heute in 27 Ländern aktiv. Entsprechend wurde der Konzernriege als brasilianisches Wirtschaftswunder gefeiert und zum Symbol für ein sich im Aufbruch verstehendes Land.

Den Auftakt zur Wende bildete die Justizoperation *Lava Jato* im März 2014. Dabei ging es zunächst um die Veruntreuung von Geldern des Energiekonzerns *Petrobras* für Wahlkampfkassen von brasilianischen Parteien. Schnell gerieten jedoch auch die großen Baukonzerne des Landes in den Fokus, die Aufträge von *Petrobras* zu übersteuerten Preisen abwickelten und die Mehreinnahmen mit *Petrobras*-Managern und Politikern teilten. Dadurch soll dem Energiekonzern ein Schaden von zwei Milliarden Euro entstanden sein.

Mit seiner Bausparte gehört Odebrecht zu den „großen Fünf“, wie Brasiliens führende Baukonzerne im Volksmund genannt werden. Im Juni 2015 war es soweit: Marcelo Odebrecht, Präsident und Erbe des nach wie vor überwiegend im Familienbesitz befindlichen Konzerns wurde in Untersuchungshaft genommen. Der „Prinz“, wie der unauffällige Mann ob seiner Macht genannt wurde, hielt ein Jahr lang dicht und deckte damit die Empfänger von Schmiergeldzahlungen. Erst nach der Verurteilung durch den energischen wie umstrittenen Richter Sérgio Moro zu 19 Jahren Haft knickte er ein: Die Familie machte Druck, denn sein Vater sah die Existenz der Firma bedroht. Gemeinsam mit leitenden Angestellten des Konzerns willigte Marcelo Odebrecht ein, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Die Haftstrafe wurde auf zehn Jahre reduziert.

Das Unternehmen zeigte sich aber auch deshalb zur Kooperation bereit, weil die US-Justiz ermittelte – eine Tochterfirma von Odebrecht ist an der Wall Street notiert. Dabei wurde klar: Schmiergeldzahlungen erfolgten nicht nur bei *Petrobras*



Foto: Mariana Bazo

Was *Tata* für Indien und *Samsung* für Südkorea, ist *Odebrecht* für Brasilien: Ohne Odebrecht-Produkte kommt man in einem Großteil Lateinamerikas heute nicht mehr durch den Tag – sei es Strom, den der Konzern erzeugt, die Straßen, die er gebaut, der Kunststoff, den er hergestellt hat.

Die Parallelen gehen weiter: Am Aufstieg der Konzerne war der jeweilige Staat entscheidend beteiligt. Als Odebrecht 1944 vom in protestantischem Ethos erzogenen Norberto Odebrecht gegründet wurde, übernahm der Staat die Rolle eines Geburtshelfers. Unter dem autokratischen Präsidenten Getúlio Vargas (1930 bis 1945 sowie 1950 bis 1954) und später während der Militärdiktatur (1964 bis 1985) wurde der Heimmarkt im Zuge der propagierten Entwicklungsstrategie der „Importsubstitution“ gegen die Weltmarktkonkurrenz abgeschottet. Auch Odebrecht profitierte in dieser Phase von höheren Produktpreisen.

Der brasilianische Protektionismus legte das Fundament für eine Anzahl von Großunternehmen, die sich mit dem Ende

der Importsubstitutionsära Anfang der 1980er Jahre erfolgreich dem internationalen Wettbewerb stellen konnten. Als 2002 der Gewerkschafter Lula da Silva zum Präsidenten gewählt wurde, markierte dies zur Überraschung vieler Konzernbosse den Beginn einer neuen engen Partnerschaft mit dem Staat. Nicht so für Odebrecht: Der Konzern hatte schon frühzeitig begonnen, auch der Arbeiterpartei (PT) finanzielle Wahlkampfunterstützung zukommen zu lassen.

Die Privatisierungen der 1990er Jahre wurden nun teilweise wieder rückgängig gemacht. Diesmal allerdings in Form von indirekten Staatsbeteiligungen: Über die Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES), den halbstaatlichen Energiekonzern *Petrobras* und die großen Beamtenpensionskassen gewann der Staat in viermal so vielen Unternehmen Einfluss wie vor der Ära Lula. Die Unternehmen erhielten so Kapital für ihre weitere Expansion, der mit Hilfe ehrgeiziger Infrastrukturinvestitionen der Regierung sowie durch eine aktive Handelsdiplomatie der Weg geebnet wurde.

Aufträgen, sie waren ein großflächig angewandtes und international eingesetztes Mittel, um zunächst den Zuschlag zu erhalten und dann im Zuge von Nachverhandlungen die Rendite zu erhöhen. Odebrecht hielt sich dafür eine eigene Abteilung.

77 Manager haben inzwischen die brasilianische Kronzeugenregelung in Anspruch genommen. Laut ihren Aussagen wurden im Zeitraum 2001 bis 2014 umgerechnet 750 Millionen Euro an Schmiergeldzahlungen in 12 Ländern Lateinamerikas und Afrikas geleistet.

Mit einem New Yorker Gericht einigte sich Odebrecht im Dezember 2016 im Wege eines Vergleichs auf die Rekordsumme von 3,3 Milliarden Euro Strafe, um Gerichtsprozesse in den USA und der Schweiz abzuwenden. Der Betrag¹ wird nach Abzug eines fixen US-Anteils auf die geschädigten Länder (siehe nächster Absatz) anteilig aufgeteilt.

Kontinentales Korruptionspanorama

Nach Angaben des US-Justizministeriums sollen in Brasilien selbst umgerechnet rund 330 Millionen Euro unter der Hand gezahlt worden sein, gefolgt von Venezuela (93 Mio.), der Dominikanischen Republik (87 Mio.), Panama (56 Mio.), Argentinien (33 Mio.), Ecuador (32 Mio.), Peru (28 Mio.), Guatemala (17 Mio.), Kolumbien und Mexiko (jeweils 10 Mio.). Noch sind die Aussagen der Odebrecht-Manager unter Verschluss. Ob sie publik gemacht werden, ist noch keine ausgemachte Sache. Durchgesickerte Einzelheiten der Geständnisse sorgen aber schon jetzt für Erschütterungen.

Anfang März gab der kolumbianische Generalstaatsanwalt bekannt, dass Odebrecht 2014 den Wahlkampf von Präsident Juan Manuel Santos unterstützt haben soll. Verhaftet wurde indes ein ehemaliger Staatssekretär von Santos' Vorgänger Uribe. Auch die FARC gerieten kurzzeitig in die Schlagzeilen: Odebrecht soll jahrzehntelang Zahlungen an die Rebellen geleistet haben, um Anschlägen auf Baustellen vorzubeugen.

In Argentinien galt es bis vor kurzem als ausgemacht, dass Odebrecht ein Problem für die abgelaufenen Präsidentschaften der Kirchners darstelle. Inzwischen hat der amtierende Staatschef Mauricio Macri verstärkten Erklärungsbedarf wegen Wahlkampfspenden, einer verdächtigen Zahlung im Zusammenhang mit einem Bauprojekt

an einen engen Weggefährten und Verbindungen seines Vaters mit der Meindl Bank Antigua, die 2010 von Odebrecht übernommen wurde und zahlreiche Schmiergeldzahlungen durchgeführt haben soll.

In Brasilien selbst geht die Justiz inzwischen zügig vor: Am 14. März übergab der Generalstaatsanwalt dem Obersten Gerichtshof kistenweise Beweismaterial samt einer Empfehlungsliste der Anzuklagenden. Darauf soll praktisch das gesamte Establishment in Brasilia stehen: Minde-

Und jetzt das: Gleich die letzten drei Präsidenten, Alejandro Toledo (2001-2006), Alan García (2006-2011) und Ollanta Humala (2011-2016), stehen im Verdacht, Schmiergeldzahlungen von Odebrecht erhalten zu haben. Besonders bitter: Bei Toledo, der sich an die Spitze der Opposition gegen Fujimori gestellt hatte und bei jeder Gelegenheit betonte, wie gesellschaftsschädigend das korrupte Regime Fujimoris wirke, ist die Verdachtslage am konkretesten.

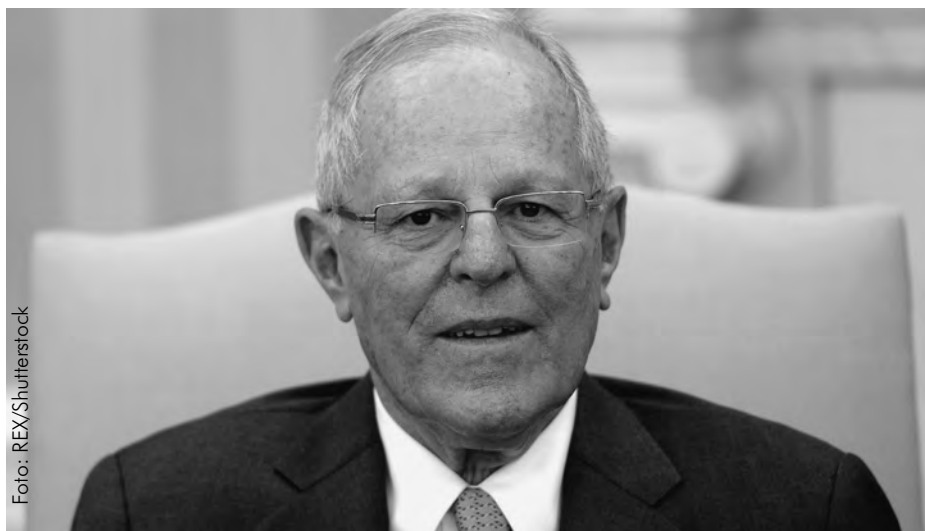


Foto: REX/Shutterstock

Ist Perus Präsident Kuczynski ebenso in den Skandal verwickelt wie seine Vorgänger?

stens neun amtierende Minister, die Präsidenten von Senat und Kongress, einflussreiche Senatoren und Parteichefs der Regierungskoalition und nicht zuletzt die Ex-Präsidenten Dilma Rouseff und Lula da Silva. Nicht auf der Liste soll sich der amtierende Präsident Michel Temer befinden. Insgesamt wird die Einleitung von 83 Strafprozessen empfohlen.

Kurioserweise prüft das Oberste Wahlgericht derzeit parallel, ob Temer und Rouseff ihren Wahlkampf 2014 aus illegalen Spenden bestritten haben. Sollte der Spruch zu diesem Ergebnis kommen, könnte die Wahl für ungültig erklärt werden und Temer wäre die Präsidentschaft wieder los.

„Brasilianisches“ Peru

Eine Desavouierung der politischen Führungsklasse ähnlichen Ausmaßes wie in Brasilien zeichnet sich in Peru ab. „Wieder einmal“, ist man versucht hinzuzufügen, denn die systematische Korruption der Eliten unter Alberto Fujimori und seinem Strippenzieher Vladimiro Montesinos in den 1990er Jahren schien nicht mehr zu überbieten.

Er soll für den Bau der interozeanischen Straße Süd 20 Millionen US-Dollar von Odebrecht kassiert haben. Als das Projekt 2005 beschlossen wurde, hieß es, der Handel mit Brasilien würde dadurch belebt. Doch sechs Jahre nach der Eröffnung sieht die Realität anders aus: Kaum ein brasilianisches Unternehmen nutzt die relativ schmale, mehr als 5.000 Höhenmeter überwindende Straße. Es ist weiterhin günstiger, Soja zu einem Hafen an der Atlantikküste zu transportieren, selbst wenn der Bestimmungsort in Ostasien liegt.

Die Baukosten hingegen hatten sich mehr als verdoppelt, von projektierten 800 Millionen auf zwei Milliarden US-Dollar. Das war das Ergebnis von nicht weniger als 26 Nachverhandlungen unter Toledo und seinem Nachfolger García. Toledo wird mittlerweile per Interpol-Haftbefehl gesucht. Enttäuschte Weggefährten haben ihn öffentlich aufgefordert, sich zu stellen, doch der Ex-Präsident bleibt bis auf weiteres auf Tauchstation, angeblich in den USA.

Und es könnte noch dicker kommen: Wenige würden sich wundern, wenn auch Fujimori, in dessen Regierungszeit rund

DIE CASA BERTOLT BRECHT IN MONTEVIDEO

Montevideo ist ein Paradies für Künstler aller Genres, das sich innerhalb demokratischer, liberaler und Kultur-freundlicher Traditionen, wie liberaler Denkfreiheit, der staatlichen Subventionierung von Kunst und Kultur durch den Staat, eines ausgebauten Bildungssystems und Pressefreiheit herausbilden konnte. Das uruguayisch-deutsche Kulturinstitut „Casa Bertolt Brecht“ ist ein wenig bekannter Bestandteil dieser Szene.

Von Raina Zimmering

Lidia Zahari konfiszierten die Militärs das Haus und das Mobiliar, richteten dort ein Kinderheim ein und übergaben die Bibliothek der Botschaft der BRD. Nach der Rückkehr zur Demokratie 1985 wurden dem Institut die Immobilie und das Mobiliar von der *Colorado*-Regierung (Liberaler Partei) zurückgegeben. Bekannte uruguayische und deutsche Künstler, wie Herbert Otto, Mario Benedetti und Eduardo Galeano, stellten dort ihre Arbeiten vor. Zum regen Kulturaustausch zählten nun wieder Lesungen und Theateraufführungen der Werke von Bertolt Brecht. Die Besitzerin der Immobilie schenkte diese Ende der 1980er Jahre dem Institut.

Nach der Übernahme der DDR durch die BRD 1990 stand das Institut vor dem Problem „zu schließen oder weiter zu machen.“¹ Am 07.09.1990 entschied der Direktivrat einstimmig weiterzumachen, nun auf einem eigenen Weg, der auch bis dahin noch nicht ausgeschöpfte kulturelle Ressourcen ermöglichte. Für Uruguay, das einen Mangel an progressiven Kulturinstituten aufwies, war das eine Bereicherung. Der Privatbesitz der Immobilie ermöglichte eine vom Goethe-Institut unabhängige Entwicklung und konnte von diesem nicht wie andere Kultur-Institute der DDR nach der Wende übernommen werden. Neue Partner in Deutschland zu finden, war für das Brecht-Haus nicht einfach. Zu diesen zählten die *Alexander von Humboldt-Gesellschaft*, verschiedene politische Stiftungen, wie die *Rosa Luxemburg-Stiftung* und die *Heinrich Böll-Stiftung*, und die *Evangelische Akademie Bad Böll*. In den letzten Jahren kamen neue Kooperationspartner wie die NGO *Umverteilen*, das Goethe-Institut, die deutsche Botschaft in Uruguay, die NGO *Brot für die Welt*, das *Inkota-Netzwerk*, *Red VIDA* und *Global Green-grants* aus den USA dazu. In Uruguay kooperiert die „Casa“ mit einer Reihe von Organisationen und sozialen Bewegungen sowie mit der Nationaluniversität der Republik Uruguay.

Die *Casa Brecht* will besonders sozialen Bewegungen, die gegen die neoliberale und konservative Entwicklung vorgehen, eine Plattform bieten und sie unterstützen. Dazu gehörte z.B. die Unterstützung des Volksentscheids gegen die Wasserprivatisierung in Uruguay 2004. Es gelang tatsächlich, u.a. durch Diskussions-

Auch wenn diese Atmosphäre in der Vergangenheit immer wieder durch Kriege und Diktaturen unterbrochen wurde, so gehört zu Montevideo eine blühende Kulturszene, die durch Maler wie Juan Manuel Blanes, Pedro Figari, Rafael Barradás und José Gurvich und Schriftsteller wie José Enrique Rodó, Mario Benedetti und Eduardo Galeano, um nur einige zu nennen, bekannt ist. Die Künstler wirkten weit über den Rahmen ihres Landes hinaus stilbildend in der ganzen Welt. Ein breites Netz von Museen, Buchläden, Galerien, Bibliotheken, Zeitschriften, Kunstwerkstätten, Theatern, insbesondere das *Teatro Solis*, das älteste und eines der größten Theater Südamerikas, zeugt von der für Kultur und Kunst freundlichen Atmosphäre in Montevideo. Künstler und Kulturschaffende gehörten oft zum progressiven Teil der Gesellschaft. Ein Beispiel ist Eduardo Galeano mit dem Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“, das zur Grundlagenliteratur über die historische Entwicklung Lateinamerikas gehört. Die gegenwärtige Regierung der *Frente Amplio* trug dazu bei, dass sich die Kunst- und Kulturszene im Land gut entwickeln konnte.

In diese Szene ordnet sich das uruguayisch-deutsche Kulturinstitut *Casa Bertolt Brecht* (Bertolt Brecht-Haus) gut ein. Bertolt Brecht ist in Uruguay kein Unbekannter, seine Stücke werden in den zahlreichen Theatern in Montevideo gespielt und es finden Lesungen seiner ins Spanische übersetzten Werke statt. Sicher trug die deutsche antifaschistische Immigrantengemeinschaft während des Zweiten Weltkrieges und danach zu seiner Verbreitung erheblich bei. Die *Casa Bertolt Brecht* liegt im Zentrum von Montevideo in einer sehr schönen Gründerzeitvilla auf der von Platanen bewachsenen Straße Andés, nicht weit entfernt vom größten Theater Uruguays, dem *Teatro Solis*, und nahe des Hauptplatzes von Montevideo,

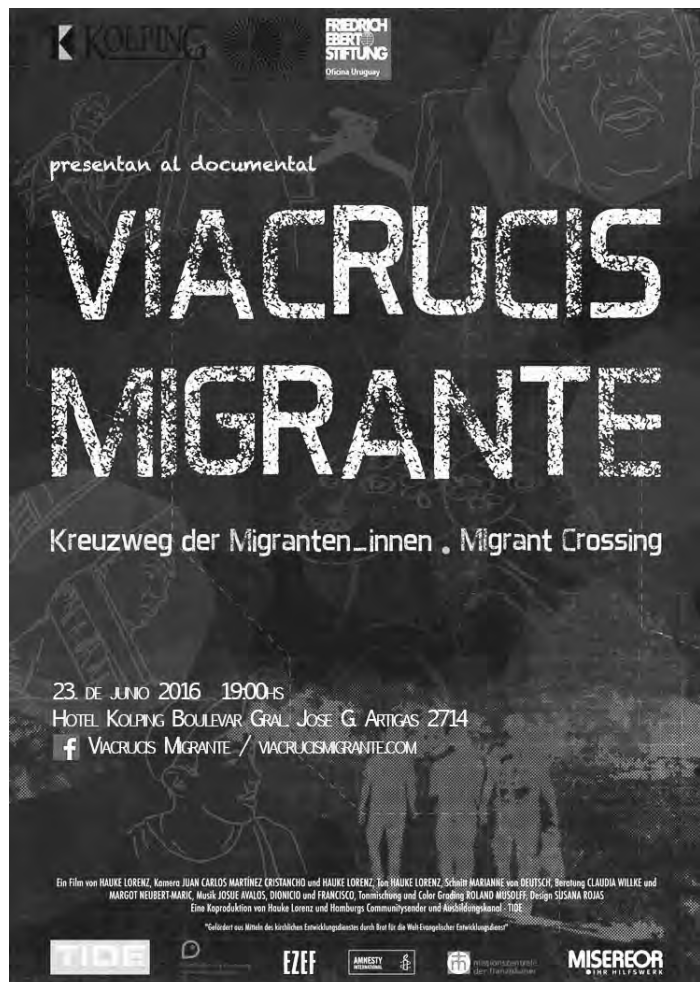
der *Plaza Independencia* mit dem Mausoleum von General José Artigas, der den Unabhängigkeitskampf Uruguays gegen Spanien anführte.

Die *Casa Bertolt Brecht* ist ein gemeinnütziger uruguayischer Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Werke von Brecht in Uruguay bekannt zu machen, die interkulturelle Kommunikation, den Kulturaustausch zwischen Uruguay und Deutschland und die Vermittlung der deutschen Sprache zu fördern. Außerdem gehört es zu seinen Grundsätzen, einen Raum für politische Bildung, politische Aufklärung, den Austausch zwischen den Generationen und künstlerischen Austausch zu schaffen.

Geschichte der Casa Brecht

Ursprünglich handelte es sich bei diesem Institut um die „Freundschaftsgesellschaft Uruguay – DDR – Bertolt Brecht-Haus“, das 1964 von einer Gruppe links eingestellter antifaschistischer uruguayischer Initiatoren wie Guillermo Israel und Ernesto Kroch gegründet wurde. Die Initiatoren gingen zum großen Teil aus dem „Deutschen Antifaschistischen Komitee“ hervor, das sich während des Zweiten Weltkrieges aus den vom nationalsozialistischen Deutschland Vertriebenen und geflüchteten Antifaschisten zusammensetzte und in dem heutigen Brechthaus, der *Casa Rosenberg* in der Calle Andés, seinen Sitz hatte.

Das Bertolt Brecht-Haus, kurz in Spanisch *Casa Brecht*, widmete sich dem kulturellen Austausch zwischen beiden Ländern, in dessen Rahmen mehrere Schriftsteller ihre Werke vorstellten, die Werke von Brecht bekannt gemacht wurden und verschieden Ausstellungen stattfanden. Der Deutschunterricht war auch ein wichtiger Teil des Hauses. Ein Jahr nach dem Militärputsch 1973 wurde das Brechthaus von der Militärregierung geschlossen und die Mitglieder der Leitung verhaftet. Trotz des Privatbesitzes der Immobilie durch



Ankündigung einer Filmpräsentation in der Casa Becht

veranstaltungen und mithilfe einer Dokumentation der „Casa“ mit dem Titel „Las Canillas Abiertas de América Latina“ (Die offenen Hähne Lateinamerikas) eine Privatisierung abzuwenden. Hier wurde dargestellt, dass Wasser als öffentliches Gut und als Menschenrecht für alle zu betrachten ist, das nicht in private Hände geraten darf. Auch der Volksentscheid gegen die Herabsetzung des Strafalters für Jugendliche „No a la baja“ war erfolgreich. Der Deutschunterricht der Casa Brecht ist eine wichtige Kulturressource, aber auch eine Finanzquelle. Das Erstellen neuer Lehrtexte nach der Wende in Deutschland, die durch die „Casa“ editiert wurden, war dabei eine echte Herausforderung.

Aus der Kultur- und Bildungsarbeit des Hauses

Die Casa Brecht bietet ein breites Spektrum von kulturellen, politischen und Bildungsveranstaltungen an. Sie produziert Videos, verfasst Radiosendungen, führt Seminare, Projekte, graphische Kampagnen, Fotoausstellungen und Buchlesun-

gen durch, hat einen eigenen Web-Auftritt und publiziert eigene Bücher.

Dem Erbe von Bertolt Brecht wird dem Namen des Instituts entsprechend besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zu nennen wäre besonders das Brecht-Archiv, das sich der Verbreitung der Brecht-Werke und deren Rezeption und Dokumentation widmet. Auch kann man über die Website Plakate, Programme, Fotografien und Pressemitteilungen zu den verschiedenen Brechtauführungen ansehen. Zum 60. Todestag von Bertolt Brecht fand eine Hommage mit Künstlern im Teatro Galpón statt.

Das Brecht-Haus kann auf eine Reihe von Publikationen, die seinem Anliegen der kulturellen und politischen Bildung dienen, zurückblicken. Eines der jüngsten Bücher ist das zum 100. Geburtstag von Ernesto Kroch, dem Gründer der Casa Brecht. Aber auch die Autobiographie von Ernesto Kroch mit dem Titel „Reencuentro y otros desencuentros“ (Wiederbegegnung und andere Entremdungen) wurde mit Unterstützung des Brecht-Hauses beim Verlag Ediciones de La Banda Oriental 2012 herausgegeben. Darin schreibt er über die Wege eines Migranten, der zwei Mal in seinem Leben gewaltsam vertrieben wurde, jeweils freundlich in anderen Ländern aufgenommen wurde, sich immer politisch aktiv engagierte und sich stets mit dem „Fremd-Sein“ auseinandersetzte.

Die Casa Brecht unterstützt auch die Präsentationen von jungen uruguayischen Künstlern, die durch sogen. „Shows“ eine Plattform von Rezipienten und Diskutanten erhalten. Beispiele waren die Ausstellung und Installationen des nonkonformistischen Künstlers und Professors Henry Fernández Auscarriagas „Der Mann, der

im Auge lebt“ und die Kunstaussstellung des jungen uruguayischen Malers, Grafikers und Bildhauers Sebastian Borrazás, der verschiedene Materialien und Techniken wie Metall- und Holzskulpturen miteinander verbindet. Auch die Fotoausstellung „Insel“ von Ignacio Iturrioz, der seine Arbeiten in dem uruguayischen Ort Isla Patrulla in der Provinz Treinta y Tres reflektierte, gehört in diesen Zyklus. Ende 2016 wurde die Videoinstallation „TRIP TI CA“ des uruguayischen Künstlers Angelo Bogno gezeigt, die sich mit dem Thema der Migration beschäftigt. Besonders wichtig war die von der Casa Brecht unterstützte Präsentation des Dokumentarfilms „Viacruces Migrante“ des deutschen Anthropologen Hauke Lorenz in Montevideo. Der Film erzählt die Geschichten von Migranten, Männern und Frauen, Kindern ohne Begleitung, Familien und älteren Menschen, die vor Armut und Gewalt aus Mittelamerika, insbesondere Guatemala, Honduras und El Salvador, durch Mexiko in den Norden des amerikanischen Kontinents fliehen.

Auch fand zusammen mit der Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin eine Diskussion über Freihandelsverträge statt, bei der über deren Mangel an Transparenz und demokratischer Beteiligung diskutiert wurde.

Die neuesten Aktivitäten der Casa Brecht sind Pläne für die Herausgabe einer Gedichtssammlung in Deutsch und Spanisch. Auch die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Diktatur auf einem zentralen Platz in Montevideo ist geplant.

Mit all ihren Aktivitäten ist die Casa Brecht ein wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft Montevideos und Uruguays, die mit ihrem anspruchsvollen Programm und ihrer Ausstrahlung auf die Bevölkerung nicht wegzudenken ist. Umso verständlicher ist es, dass die „Casa“ auf der Website der deutschen Botschaft in Montevideo nicht neben dem Goethe-Institut genannt wird. Ist das ein Überbleibsel der „Hallstein-Doktrin“ oder Voreingenommenheit gegenüber sozialen Bewegungen, insbesondere denjenigen, die gegen Privatisierungsprojekte von Gemeingütern wie Wasser und Energie oder gegen die Errichtung agro-ökonomischer Zonen gerichtet sind? ■

¹ Kroch, Ernesto. In: Casa Bertolt Brecht, mit Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung. Montevideo 2009: 13.

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Journalistin Miroslava Breach
erschossen

Nur wenige Tage nach dem Mord an dem Journalisten Ricardo Monlui im mexikanischen Bundesstaat Veracruz hat die Erschießung der Journalistin Miroslava Breach Velducea am 23. März in der Stadt Chihuahua im gleichnamigen Bundesstaat für landesweite Bestürzung und Wut gesorgt. Die 54-jährige wartete vor ihrem Haus am Steuer ihres Autos auf ihren Sohn, den sie zur Schule bringen wollte. Der Mörder beschoss sie von mehreren Seiten, ihr Körper wurde von mindestens acht Schüssen durchsiebt. Auf einem von den Behörden sichergestellten Video soll zu sehen sein, wie der Angreifer ein beschriebenes Stück Karton hinterlässt. „Wegen Geschwätzigkeit. Es folgen die Freunde des Gouverneurs und der Gouverneur. Der 80.“ sei darauf zu lesen. Als „Der 80“ ist in der Region ein lokaler Boss des organisierten Verbrechens mit Verbindungen zum Drogenkartell von Juárez bekannt.

Breach hat wiederholt über den Einfluss der Drogenmafia auf die Wirtschaft, Politik und das soziale Gewebe in Chihuahua geschrieben. Miroslava Breach war für mehrere Medien tätig. Überregional war ihr Name vor allem bekannt, weil sie seit 1997 als Korrespondentin in Chihuahua für die landesweit erscheinende Tageszeitung *La Jornada* berichtete. Sie prangerte unter anderem die Untätigkeit der Behörden, Verflechtungen zwischen Politik und Verbrechen und die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen an. Oft nannte sie dabei Ross und Reiter.

Chihuahuas seit wenigen Monaten amtierender Gouverneur Javier Corral, auf den die Bevölkerung gewisse Hoffnungen setzt, ordnete drei Tage Trauer im Bundesstaat an. Mexikos Senat und das Abgeordnetenhaus hielten eine Schweigeminute für

Breach ab. In Chihuahuas Parlament forderten aufgebrachte KollegInnen von Breach die Aufklärung des aktuellen Mordes sowie jenes an ihrem im vergangenen Jahr umgebrachten Kollegen Adrián Rodríguez. Zahlreiche nationale und internationale

Organisationen verurteilten den Mord an Miroslava Breach und forderten nachdrückliche Ermittlungen.

Die Frage ist, ob sich an der mexikanischen Realität damit etwas ändert. Mit dem Journalisten und Polizeireporter Cecilio Pineda wurde bereits Anfang März im Bundesstaat Guerrero ein dritter Medienschaffender allein in diesem Monat erschossen. Pineda hatte zuvor regelmäßig Drohungen vom organisierten Verbrechen erhalten. Die JournalistInnenmorde geschehen im Kontext einer allgemein eskalierenden Gewalt. Nach offiziellen Daten verzeichnete Mexiko allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 3779 Morde.

Gerd Goertz, poonal

Nachtrag: Als Folge der Ermordung ihrer Mitarbeiterin Miroslava Breach stellte die Lokalzeitung *Norte* mit ihrer letzten Ausgabe vom 2. April nach 27 Jahren ihre Printedition ein. In einem auf der Titelseite abgedruckten offenen Brief begründet der Eigentümer der Zeitung, Oscar A. Cantú Murguía, seine Entscheidung u.a. damit, dass es seinen MitarbeiterInnen nicht mehr möglich sei, ihrem Beruf nachzugehen, ohne sich dabei einem erheblichen Risiko auszusetzen. Die prekäre Sicherheitslage erlaube es nicht mehr, einen kritischen Journalismus zu betreiben, und er sei nicht dazu bereit, noch weitere seiner MitarbeiterInnen auf diese Weise zu verlieren. Cantús Verlautbarung sowie die gesamte letzte Printausgabe von „Norte“ kann auf der Webseite der Zeitung abgerufen werden: www.nortedigital.mx

EL SALVADOR

Verbot des Abbaus von
Edelmetallen

Am 29. März verabschiedete der Kongress von El Salvador ein Gesetz, das den Abbau von Edelmetallen in dem kleinen

mittelamerikanischen Land verbietet. Damit entsprach das Parlament den Forderungen eines breiten Bündnisses aus Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der katholischen Kirche sowie der Mehrheit der salvadorianischen Bevölkerung. Bei einer Umfrage im Jahr 2015 hatten sich fast 80 Prozent der SalvadorianerInnen für ein Verbot des Bergbaus ausgesprochen.

Mehrere Tage zuvor hatten sich bereits Abgeordnete aller Fraktionen im Umweltausschuss auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zum Verbot des Bergbaus geeinigt. Dieser wurde nun mit 70 von 84 Stimmen parteiübergreifend im Parlament angenommen. Das neue Gesetz verbietet sowohl den Abbau von Edelmetallen untertage als auch im offenen Tagebau. Darüber hinaus untersagt es die Erkundung neuer Lagerstätten und die Nutzung von Chemikalien wie Quecksilber und Zyanid, welche in großem Umfang im Bergbau zum Einsatz kommen.

Der Abbau von Edelmetallen, wie Gold und Silber, hat für El Salvador katastrophale Folgen. Nach Angaben des Umweltministeriums sind 90 Prozent der Oberflächengewässer des Landes stark mit Schadstoffen belastet und deshalb oftmals nicht mehr für die Trinkwasserversorgung nutzbar. Darüber hinaus sorgen die Minen in den betroffenen Gemeinden für soziale Spannungen. Während einige wenige BewohnerInnen von ihnen profitieren, verlieren viele aufgrund der gravierenden Umweltschäden ihre Lebensgrundlage.

Mitte Oktober letzten Jahres war es El Salvador überraschend gelungen, sich gegen das Bergbauunternehmen *Oceana Gold* durchzusetzen. Ein Schiedsgericht der Weltbank hatte eine Klage des kanadisch-australischen Konzerns gegen das Land zurückgewiesen. Das Unternehmen hatte über 300 Millionen US-Dollar Schadenersatz für entgangene Gewinne gefordert, weil ihm die Betriebsgenehmigung für eine von ihm geplante Goldmine nicht erteilt wurde. El Salvadors Regierung begründete die Verweigerung der Genehmigung mit dem hohen Wasserbedarf der Mine und der zu erwartenden Verunreinigung von Wasservorkommen und Böden.

Für José Santos Guevara von der „Bewegung der Opfer des Klimawandels und der Konzerne“ – kurz *Moviac* – war das ein großer Sieg im Kampf gegen den Bergbau. Gewonnen sei dieser für ihn damit aber noch lange nicht, sagte er letztes Jahr in einem Interview kurz nach dem Wa-

shingtoner Urteil. Denn die Bergbaukonzerne würden nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um doch noch Abbaugenehmigungen zu bekommen. Deshalb, so Guevara, sei es wichtig ein Gesetz zu verabschieden, das den Bergbau ein für alle Mal verbietet. Mit dem Anti-Bergbau-Gesetz ist nun die Grundlage dafür geschaffen, dass der Abbau von Edelmetallen in El Salvador keine Zukunft mehr hat.

Knut Hildebrandt, poonal

BRASILIEN

Haftstrafe für Eduardo Cunha wegen Korruption

Der ehemalige Präsident der brasilianischen Abgeordnetenkammer, Eduardo Cunha, wurde am 30. März wegen Korruption, Geldwäsche und Devisenvergehen zu 15 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um das erste Urteil von Richter Sergio Moro gegen den brasilianischen Politiker. Cunha befindet sich wegen seiner Beteiligung im Korruptionsfall um das Unternehmen *Petrobras* seit Oktober letzten Jahres in Haft. Moro befand Cunha für schuldig, da für ihn feststand, dass der ehemalige Präsident der Abgeordnetenkammer Bestechungsgelder bei der Erstellung eines Vertrags angenommen hatte, mit dem *Petrobras* im Jahr 2011 das Recht bekam, Öl im westafrikanischen Benin zu fördern. Laut Urteil erhielt Cunha Bestechungsgelder in Höhe von 1,5 Millionen US-Dollar. Dafür hatte er die Unterzeichnung des Vertrages vermittelt.

„Die Verantwortung eines Parlamentsmitglieds ist enorm – dementsprechend groß ist auch die Schuld bei der Ausübung von Straftaten“, erklärte Moro bei der Urteilsverkündung. Cunha wurde außerdem verurteilt, weil er diesen Betrag in seiner Zeit als Abgeordneter verheimlicht hatte.

Dem Ex-Mitglied der Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens PMDB, der auch Brasiliens Präsident Michel Temer angehört, wurde im Juli 2016 das Amt als Präsident der Abgeordnetenkammer entzogen. Im Oktober 2016 verhaftete man ihn wegen des Verdachts der Korruption beim Vertragsabschluss mit Benin. Die Verteidigung Cunhas kündigte an, das Urteil anzufechten. Bis zu einer Entscheidung darüber bleibt ihr Mandant jedoch in Haft. Parallel dazu muss sich Cunha in einem anderen Verfahren ver-

antworten. Er steht im Verdacht, im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen für den Bau von zwei Ölbohrinseln für *Petrobras* fünf Millionen US-Dollar erhalten zu haben.

KOLUMBIEN

Paramilitärs in den Nordwesten Kolumbiens eingedrungen

In Jiguamiandó im Norden des Departements Chocó in Kolumbien sind Ende März rund 250 Männer der paramilitärischen Gruppe „Gaitán-Selbstverteidigungsgruppen“ (AGC) angekommen. Dies berichtet die ökumenische Organisation *Justicia y Paz* (CIJP). Sie seien in kleinen Gruppen von Landarbeitern, Sägewerkearbeitern und Goldwäschern in die Region eingesickert. Ihre Waffen und Uniformen ließen sie parallel in Säcken auf Geländewagen oder Maultieren transportieren. Den EinwohnerInnen gegenüber hätten sie gesagt, sie seien „gekommen, um zu bleiben und Fortschritt zu bringen“.

Bereits vor zwei Wochen hatte die lokale Bevölkerung festgestellt, dass 100 AGC-Männer nahe einer anderen Ortschaft von Jiguamiandó in Tarnuniformen bewaffnet aufgetaucht waren. Zu ihnen sollen auch in Zivil gekleidete Männer gehören, die ihre illegalen Sägewerke und Goldbergbaubetriebe überwachen und auch als Spitzel in der Zone fungieren. Diese Männer sagten den EinwohnerInnen, sie sollten besser ruhig bleiben, denn die AGC habe auch Spitzel unter den Oberbefehlshabern der Sicherheitskräfte. Die Paramilitärs hätten außerdem sechs Namen von Gemeindeanführern genannt, gegen die sie vorgehen wollen, so die CIJP.

Etwas nördlicher und näher an der Grenze zu Panama meldet auch die „Gemeinschaft für Selbstbestimmung, Leben und Würde am Cacarica-Fluss“ (*Cadiva*) eine Intensivierung paramilitärischer Operationen seit Ende Januar, als die FARC-Guerilla das Gebiet verließ, um sich in den Übergangszonen zu sammeln. Kurz danach hat die AGC eine große Feier mit Alkohol und lauter Musik in dem Weiler Bijao Cacarica veranstaltet, wo sie unter den Kindern Süßigkeiten verteilte. Etwa 90 bewaffnete Paramilitärs sollen das Fest bewacht haben.

In den darauffolgenden Tagen haben die AGC-Männer mehrere Versammlungen abgehalten, bei denen sie Fußballarti-

kel und Päckchen mit Bildungsmaterialien verschenkten. Die Paramilitärs verkündeten dabei, dass die Zeiten sich geändert hätten: Sie kämen nicht, um die Einheimischen zu töten, sondern um Entwicklungsprojekte durchzuführen. Derzeit sind sie dabei, eine Schule zu bauen.

AGC-Männer haben allerdings Anfang Januar zwei Gemeindeglieder getötet und ein Dutzend von ihnen drangen Mitte Februar in die humanitäre Zone *Nueva Esperanza* ein, um Gemeindeanführer zu verschleppen. Die EinwohnerInnen reagierten sofort, umzingelten die Paramilitärs und zwangen sie, die Zone zu verlassen und einen Jungen, den sie entführen wollten, freizugeben.

Nach dem Vorfall bat die Gemeinde die Streitkräfte um Schutz. Die Armee schickte Soldaten, brachte aber ihre Zweifel an der Präsenz von Paramilitärs in der Zone zum Ausdruck. Nach Angaben der CIJP sagte ein Oberbefehlshaber der „Einheit Titan“, es sei wenig wahrscheinlich, dass große Gruppen bewaffneter Männer unbemerkt eingedrungen seien.

Die Gemeinden von Cacarica verteidigten ihren kollektiven Landbesitz von über 100.000 Hektar, von dem sie im Jahr 1997 durch Paramilitärs vertrieben wurden. Die damaligen paramilitärischen Selbstverteidigungstruppen (AUC) haben zusammen mit den Streitkräften den Bauern Mariano López gefoltert, vor den Augen der Nachbarschaft enthauptet und mit seinem Kopf Fußball gespielt. Im Jahr 2000 kehrten die ersten Vertriebenen zurück und gründeten Cavida.

Hans Weber, amerika21

PARAGUAY

Regierung wegen Verfassungsreform weiter unter Druck

Der Tod eines jungen Oppositionellen bei den Protesten gegen eine Verfassungsreform in Paraguay Anfang April hat die Regierung in eine schwere politische Krise gestürzt. Auch in der Woche danach versammelten sich wieder Menschen vor dem Kongress in der Hauptstadt Asunción, um gegen das Vorhaben zu protestieren, die Wiederwahl des Präsidenten zu ermöglichen.

Rodrigo Quintana, Anführer der Jugendorganisation der oppositionellen Liberalen Partei (PLRA), war bei der illegalen Durchsuchung der PLRA-Zentrale im

weiter Seite 38 ⇨



BUCHBESPRECHUNG

VARGAS LLOSAS PHANTASIEN

Mario Vargas Llosa: *Die Enthüllung*.

Suhrkamp Verlag, Berlin, 2016.

299 Seiten, € 24,70

Vargas Llosa nutzt seinen neuen Roman für zwei persönliche Abrechnungen: mit dem Regime von Alberto Fujimori (1990-2000) und mit der peruanischen Skandalpresse. Gegen den bis dahin kaum bekannten Agraringenieur Fujimori war der weltweit prominente Literat einst in der Stichwahl um die Präsidentschaft unterlegen. Die persönliche Schmach wurde aber weit übertroffen durch die Folgen für das Land. Fujimori zog nicht nur eine neoliberale Agenda mit weitreichenden Privatisierungen durch, sondern installierte auch einen Überwachungsstaat, der Bespitzelung und politische Erpressung zum System erhob. Mastermind dieser Intrigen war Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos, der im Buch persönlich auftritt, aber nie beim Namen genannt wird. Alle nennen ihn nur den „Doktor“. Er dirigiert auch die Schmutzkampagnen der Boulevardpresse, die dazu dienen, politische Gegner mit „Fake News“, wie man heute sagen würde, zu diffamieren. Der 80jährige Vargas Llosa hat die Macht dieser Skandalblätter jüngst selbst erlebt, als er sich von seiner langjährigen Ehefrau trennte und die Liaison mit einer philippinischen Schönheitskönigin öffentlich machte.

Das Tratschblatt *Enthüllt*, das dem Buch in der deutschen Übersetzung auch seinen Namen gibt, wird von einem schmierigen Typen namens Rolando Garro geleitet. Er wird gleichermaßen gehasst und gefürchtet, weil er jede Woche Existenzen vernichten kann. Eines Tages gelangt er in den Besitz pikanter Fotos, die den schwerkreichen Bergbauunternehmer Enrique Cárdenas bei einer Orgie mit Prostituierten zeigen. Statt dem Mann, der jeden Skandal vermeiden will, einfach eine Summe abzupressen, will Garro ihn als Investor gewinnen, der seinem Blatt Respektabilität verschaffen soll. Cárdenas, der erkennt, dass er vor Jahren von einem Geschäftspartner in eine Sex-Falle gelockt wurde, lehnt ab und findet sich prompt auf dem Titelblatt der nächsten Ausgabe von *Enthüllt*. Der Skandal wird zum Kriminalfall,



als Rolando Garro wenig später brutal ermordet wird. Natürlich fällt der Verdacht zuerst auf den bloßgestellten Unternehmer, der die schlimmste Nacht seines Lebens in einer Zelle mit Schwerverbrechern verbringen muss. Sein bester Freund und Anwalt Luciano holt ihn – nicht zuletzt dank Beziehungen zum „Doktor“ – heraus. Der Mord wird einem senilen Unterhaltungskünstler in die Schuhe geschoben, der auch einst von Garro ruiniert wurde und seither wütende Briefe gegen ihn schreibt.

Wie sich bald herausstellt, steckt der „Doktor“ selbst hinter dem Verbrechen, genauso wie hinter den rufmörderischen Kampagnen des Skandalblattes. In einer Nebenhandlung verstricken sich Chabela und Marisa, die Ehefrauen der beiden Freunde – begünstigt durch die nächtliche Ausgangssperre wegen des Bombenterrors – in eine lesbische Beziehung, die stellenweise im Stil eines pornographischen Groschenromans detailliert geschildert wird.

Der 80jährige Vargas Llosa erliegt wie viele Kollegen der Versuchung, den erotischen Phantasien eines alten Mannes freien Lauf zu lassen, oder er hat zu viel die Porno-Plattform *youporn* konsumiert. Daneben erlaubt er sich einige Freiheiten mit dem zeithistorischen Rahmen. So gehören

die Bombenanschläge der maoistischen Terror-Guerilla *Sendero Luminoso* in die frühen 90er Jahre, während die Handlung am Ende der Fujimori-Ära in den letzten Jahren des Jahrzehnts angesiedelt ist. Fujimori und Montesinos sitzen langjährige Haftstrafen ab, die Skandalpresse wütet nach wie vor. Das Buch, das im Original *Cinco Esquinas* heißt, wie das heruntergekommene Stadtviertel von Lima, wo der Tote gefunden wird, ist wahrscheinlich der schwächste Roman von Vargas Llosa, glücklicherweise aber auch einer der kürzesten.

Ralf Leonhard

DROGENKONVENTION UND REFORMDEBATTE

Robert Lessmann: *Internationale Drogenpolitik. Herausforderungen und Reformdebatten*.

Springer VS, Wiesbaden, 2017, 51 Seiten, € 9,99 (eBook € 4,99)

Menschen haben zu allen Zeiten und in allen Regionen in der einen oder anderen Form Drogen konsumiert. Meist war der Konsum aber in rituelle Kontexte eingebunden oder überhaupt der Priesterkaste vorbehalten. Erst mit der Steigerung des Wohlstands durch Industrialisierung und Globalisierung wurde Drogenmissbrauch zu einem Massenphänomen. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts führte Großbritannien zwei Kriege gegen China, das sich dem Import von Opium verweigerte. Sigmund Freud empfahl bekanntlich Kokain als Muntermacher. Erst die Vereinten Nationen brachten 1961 die Völkergemeinschaft in der Wiener Drogenkonvention (*Convention on Narcotic Drugs*) dazu, den Verkauf und Gebrauch psychoaktiver Substanzen zu ächten. Trotzdem steigt die Zahl der DrogenkonsumentInnen beständig.

Robert Lessmann, der sich seit vielen Jahren mit Drogenpolitik auseinandersetzt, untersucht in diesem schmalen Bändchen, wie erfolgreich ein halbes Jahrhundert Antidrogenpolitik gewesen ist. In seiner kurzen Darstellung der juristischen und politischen Grundlagen der internationalen Drogenkontrolle schildert er insbesondere das Scheitern der angebotsorientierten Drogenkontrolle, wie sie die USA mit ihrem „War on Drugs“ in Kolumbien vorerzieren haben. Er beschreibt, wie Drogengelder den Krieg befördern, was in



Südamerika, aber vor allem in Afghanistan der Fall ist. 70 Prozent des weltweiten Heroinangebots kommen heute aus diesem Land. Und er skizziert die langsam vorankommende Reformdebatte, die in der UNO-Drogenkommission stattfindet. Die Entkriminalisierung des Drogenkonsums, der als Gesundheitsproblem gesehen wird, gehört ebenso dazu, wie der Schwerpunkt auf intelligente Prävention.

Das Büchlein ist die perfekte Einführung in die Problematik der Drogenbekämpfung und hilft, die internationale Debatte zu verstehen.

Ralf Leonhard

VERHÄNGNISVOLLES BELO MONTE

Dorothea Nürnberg: Unter Wasser
Roman; iberla Verlag Wien, 2015,
272 Seiten, € 19,-

Die Autorin hat einen Entwicklungsroman mit Österreich-Bezug vor dem Hintergrund des in Bau befindlichen Wasserkraftwerks *Belo Monte* in Brasilien vorgelegt. Die gebürtige Grazerin lässt den ersten auftretenden Charakter, Peter, uns schwer als führenden Manager jenes heimischen Konzerns erkennen, der auch ganz real an dem folgenschweren Projekt beteiligt ist: der *Andritz AG*. Der machtbewusste Erfolgstyp ist im Nachklang einer für ihn untypisch widersprüchlichen Affäre mit der Wiener NGO-Aktivistin Chantal inkognito zum Baustellenort Altamira im Amazonas gereist. Doch noch ehe

er dort möglicherweise die Augen geöffnet bekäme, insbesondere durch einen beabsichtigten Besuch bei Dom Erick (aka Bischof Erwin Kräutler), holt ihn die Vergangenheit ein: Chantal, noch im Nachhinein gepeinigt sowohl von Peters manipulativem Charakter als auch von eigenen nun aufbrechenden Lebenslügen einer Fast-Fünzfzigerin, hat in einem unbedachten Schritt Peters Frau Anna die Affäre schriftlich gestanden. Die schon länger ahnungsvolle Anna leitet daraufhin die sofortige Trennung in die Wege, nicht zuletzt, um den Manipulationen ihres Mannes zuvorzukommen. Chantal ist währenddessen nach Mexiko gereist, wo sie in Begleitung einer (indigenen?) Heilerin zu sich selbst findet.



Diesem österreichischen Dreiergespann steht ein brasilianisches gegenüber. Paulo stammt aus São Paulo und ist als Techniker auf der Baustelle von *Belo Monte* beschäftigt. Er macht sich wenig Gedanken über die Auswirkungen des Staudamms auf die lokale Bevölkerung, namentlich die Indigenen, bis er die Aktivistin Iracema vor einem Selbstmord bewahrt. Iracema hat sich gegen familiären Widerstand von ihrem Volk entfernt, um in der Welt der Weißen gegen das Kraftwerk anzukämpfen. Die Erfolglosigkeit lässt sie zu der Tat schreiten. Paulo und Iracema kommen jedoch nicht zusammen, weil sich die Ereignisse überschlagen und Iracema überstürzt beschließt, die letzten

Tage bei ihrem Volk zu verbringen, bevor dieses infolge Überflutung absiedeln muss.

Paulo kehrt desillusioniert nach São Paulo zurück: Er beschließt, nicht mehr für das Kraftwerk zu arbeiten, und erlebt gleichzeitig Klimafolgen, die potentiell mit dem Zurückdrängen des Amazonas-Regenwalds in Zusammenhang stehen (Wasserkrise in São Paulo; seine betagte Mutter stirbt in Rio infolge einer Hitzewelle). Diego ist Carioca (aus Rio de Janeiro) und hat es sich zum Ziel gesetzt, die untergehende Welt der Indigenen fotografisch zu dokumentieren. Das Vorhaben gelingt schließlich in Iracemas Dorf.

Der einzige Berührungspunkt von Protagonisten der beiden Dreiergespanne ist schließlich eine Galerie in der Wiener Innenstadt, in der Diego im Beisein der genesenen Chantal seine Fotos zeigt. Ein ressentimentgeladener Peter schaut ebenfalls kurz vorbei, verlässt aber fluchtartig und unerkannt das Lokal, nachdem er Chantal bemerkt hat.

Es gelingt der Autorin vor dem Hintergrund der sich anbahnenden ökologischen Katastrophe rund um das Kraftwerk *Belo Monte* auch den damit zusammenhängenden Verlust an Kultur und Beziehung einzubringen. An erster Stelle steht natürlich der Heimatverlust der lokalen Bevölkerung, aber auch die nicht ortsansässigen Protagonisten leiden – vielleicht ein Hinweis auf die indigene holistische Sicht, wonach die verschiedenen Sphären eins sind.

Apropos: Interesse an indigener Vision ist empfehlenswert. Namentlich die Genesungsszene von Chantal im Beisein der Heilerin ist unter Beifügung zahlreicher mythologischer Referenzen sehr ausführlich geraten.

Jürgen Kreuzroither

FOKUSCAFÉ LATEINAMERIKA (Werkheft-Box)

Dieses aus fünf Heften und einer DVD bestehende Paket von Bildungsmaterialien wurde vom Informationsbüro Nicaragua e.V. in Wuppertal herausgegeben. Es bietet eine breite Auswahl an Themen und unterschiedlichen Methoden für die Arbeit mit Jugendlichen durch LehrerInnen, MultiplikatorInnen oder im Bereich der politischen Bildung Tätige. Die breite Streuung an Themen und das Baukastenprinzip machen eine optimale Verwendung

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: FOKUSCAFÉ
LATEINAMERIKA

auch bei unterschiedlichen Lehrplänen in der Schule oder beim Einsatz in Jugendgruppen möglich. Der Bezug zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik sollte bei allzu großen Differenzen zur Situation in der Schweiz oder Österreich regional ergänzt werden, um das Anknüpfen an die konkrete Lebenswelt der jungen Ansprechpersonen zu erleichtern, aber auch um die verschiedenen historischen Blickwinkel nicht auszublenden, da nur so der Schritt vom „eigenen Dorf“ zum globalen Verständnis gelingen kann.



Die Werkhefte bieten folgende Themen an: Klimawandel und Umweltkonflikte, Kolonialismus und Rassismus, Migration, Wirtschaft sowie eine „Handreichung für TeamerInnen“ (Anm: TraineeInnen). Der Workshop-Charakter und der interaktive Einsatz werden durch die gut nachvollziehbare Darstellung der Abläufe und Ziele unterstützt. Die DVD enthält leicht einsetzbare Materialien wie Arbeitsblätter, Videos und Fotos.

Wer sich zu den Inhalten der einzelnen Werkhefte genauer informieren möchte, dem/der sei ein Besuch auf der Homepage www.infobuero-nicaragua.org empfohlen. Auch Leseproben werden dort angeboten. Dieses Bildungspaket kann beim Informationsbüro zum Preis von 12 Euro (zusätzlich Versandkosten) bestellt werden. Für 15 Euro gibt es zur aktuellen Werkheft-Box noch das Heft „Menschenrechte und soziale Kämpfe in Lateinamerika“ aus dem Jahr 2014.

Zu diesen Aspekten des globalen Lernens gibt es auch Vermittlungsangebote, die aber nur in Nordrhein-Westfalen und den angrenzenden Bundesländern durchgeführt werden. Seminare für MultiplikatorInnen stehen ebenso auf dem Programm (das nächste Mitte Juli in Hamburg).

Brigitte Ghafouri-Schmidt

⇒ von Seite 31: ODEBRECHT-
SKANDAL

die Hälfte aller Odebrecht-Aufträge gefallen ist, die Hand aufgehoben hätte, und im Fall des aktuellen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski stellt sich die Frage, was er gewusst hat: Er war unter Toledo Finanzminister, dann Premier. Er wäre als Finanzminister für die Vertragsunterzeichnung mit Odebrecht zuständig gewesen, ließ sich aber entschuldigen.

Das Schlamassel rund um Odebrecht dürfte sich für Peru auch volkswirtschaftlich niederschlagen: Derzeit sind Infrastrukturprojekte im Wert von fast fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes gestoppt worden. Leidtragende dürften neben den Steuerzahlern auch Pensionisten sein. *Granha und Montero*, ein peruanisches Partnerunternehmen von Odebrecht, ist an der Börse von Lima notiert und hat als Folge der Ereignisse einen massiven Kurssturz hinnehmen müssen. Es galt lange Zeit als besonders gewinnbringend, so dass die privatisierten peruanischen Pensionsfonds (AFP) bevorzugt in *Granha und Montero*-Aktien angelegt haben.

Hoffnung oder Untergang?

Die „Denunzianten des Weltuntergangs“, so werden in Brasilien mittlerweile jene Kronzeugen genannt, die die gewaltige Enthüllungswelle in Gang gesetzt haben. Es ist auch noch kein Ende absehbar: Im Gefolge von Petrobras und Odebrecht sind die anderen großen Baukonzerne Brasiliens bereits in Verhandlungen mit der Justiz, um ihr Sündenregister aufzuarbeiten und ihre Existenz zu sichern.

Angesichts der umfangreichen Entblößung der politischen Klasse und vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Abschwungs in Lateinamerika (Brasiliens Wirtschaftskraft pro Kopf ging seit 2014 um neun Prozent zurück) ist es verständlich, dass die Sorge um die Demokratie vielerorts wächst.

Transparency International deutet die Vorgänge hingegen eher positiv und sieht Ansätze für eine effektivere Korruptionsbekämpfung in der Region, zum Beispiel durch die sich gerade etablierende länderübergreifende Zusammenarbeit der Justizbehörden. Noch ist es aber für eine Einschätzung zu früh, inwieweit der Odebrecht-Skandal tiefgreifende politische Veränderungen nach sich ziehen wird. ■

¹ *Odebrecht erreichte im April die Herabsetzung auf 2,6 Mrd. USD.*

⇒ von Seite 35: KURZNACH-
RICHTEN

Zuge der eskalierenden Proteste gegen eine Verfassungsänderung von einem Polizisten getötet worden. Die Eltern beschuldigen nun Präsident Horacio Cartes sowie den ehemaligen Präsidenten Fernando Lugo. Sowohl die Regierung als auch die linksgerichtete *Frente Guasú* von Lugo unterstützen die Verfassungsänderung zur Wiederwahl des Präsidenten. Hochrangige Polizeibeamte entschuldigten sich im Namen der Polizei bei der Familie und versprachen eine lückenlose Aufklärung der Geschehnisse.

Währenddessen berief Präsident Cartes am 12. April eine Gesprächsrunde zwischen RepräsentantInnen aller Parteien und der Kirche ein, um die Ereignisse der letzten Tage zu diskutieren. Die PLRA weigerte sich jedoch, an den Gesprächen teilzunehmen, solange die Verfassungsänderung, die eine Wiederwahl von Cartes ermöglichen würde, weiterhin geplant sei. Robert Acevedo, Mitglied der PLRA und Senatspräsident, nahm dennoch an dem ersten Treffen teil. Dabei war er erst in der vorletzten Woche von Julio Cesar Velázquez, einem Senator der *Colorado*-Partei, blamiert worden, als dieser sich zum neuen Präsidenten des Senats erklärte. Auch die Entscheidung für eine Verfassungsänderung war ohne ihn in einer geheimen Sitzung getroffen worden. An weiteren Treffen will Acevedo nicht teilnehmen, sofern der Plan, die Verfassung zu ändern, nicht sofort gestoppt werde.

Die von Horacio Cartes geplante Verfassungsänderung würde es ihm ermöglichen, noch ein zweites Mal zu kandidieren. Bei den Paraguayern ist der Präsident seit Amtsantritt umstritten.

Die Idee, eine erneute Kandidatur für den Präsidenten zu ermöglichen, stößt in Paraguay nicht auf Begeisterung. Erst 1989 hatte das Land sich von der seit 1954 herrschenden Diktatur des deutschstämmigen Generals Alfredo Stroessner befreien können. Die neue Verfassung von 1992 verbot den PräsidentInnen eine zweite Amtszeit. So sollte der Rückfall in ein diktatorisches System verhindert werden. Mit einer Verfassungsänderung würde dieser Sicherheitsmechanismus wieder wegfallen.

Leon Kaschel, amerika21.de

P.S.: In einem Brief an Erzbischof Edmundo Valenzuela erklärte Cartes nun Mitte April, er werde 2018 nicht für die Präsidentschaft kandidieren.

Das weibliche Gesicht des Widerstands

Buchpräsentation und Diskussion

zu Guatemala

26. April, 19:00

Afro-Asiatisches Institut, großer Saal,

Türkenstraße 3, 1090 Wien

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Guatemala in den 1960er Jahren prägen Ausgrenzung, Diskriminierung, Vergewaltigung und Mord den Umgang der guatemaltekischen Regierung mit der weiblichen indigenen Bevölkerung. Dabei sind gerade indigene Frauen wesentliche Trägerinnen der guatemaltekischen Identität. Aus diesem Grund werden an ihnen die Konflikte und sozialen Kämpfe innerhalb der Gesellschaft deutlich. Sie sind einerseits Zielscheibe von unterdrückerischer Gewalt durch die Herrschenden, gleichwohl aber auch ein Symbol des Widerstands und der Transformation.

Podiumsdiskussion mit *Elizabeth Cabrera* (Projektkoordinatorin Proyecto MIRIAM, Guatemala), *Samira Marty* (Autorin, Kultur- und Sozialanthropologin, Universität Oslo) sowie einer Vertreterin der *Guatemala Solidarität*

Moderation: Paul Winter (Promedia Verlag)

ethnocineca – International Documentary Film Festival Vienna

4. bis 10. Mai, Motiv-Kino & Kino De France sowie Volkskundemuseum Wien

Das einzige Filmfestival in Österreich, das sich ausschließlich dem dokumentarischen Film widmet, findet bereits zum elften Mal statt. Es werden insgesamt 54 Dokumentarfilme gezeigt, mit zahlreichen Filmgesprächen und einem umfangreichen Rahmen- und Vermittlungsprogramm.

Am Dienstag, **09.05.2017 um 16:30 Uhr** werden im Motiv Kino die beiden Filme **Cerro Rico – The Silver Mountain** und **Aquamazonida** vorgestellt.

Cerro Rico (30 Min. | OmeU | Armin Thalhammer | Bolivia, Austria 2016): Im bolivianischen Hochland liegt der *Cerro Rico*, der reiche Berg, aus dessen engen Schächten seit über 400 Jahren Silber gefördert wird. Der Film bietet einen imposanten Einblick in den harten und lebensgefährlichen Arbeitsalltag der Minenarbeiter-Familie Cruz. Staub, dumpfes Hämmern und der Schein der Kopfleuchten

generieren eine einzigartige, bizarre Szenerie, an einem der gefährlichsten Arbeitsplätze der Welt.

Aquamazonida (João Leite | Brasilien, Belgien 2016 | 40 Min. | OmeU): Der Film *Aquamazonida* nimmt den Zuschauer mit auf eine Reise entlang des Amazonas bis nach Manaus. Wir begegnen der Vielfalt der Natur und lauschen den Geschichten und Mythen, die sich um den größten Fluss der Welt ranken. Ein vielseitiger Einblick auf das Leben am Flusslauf und über das einzigartige Miteinander von Mensch und Natur.

Freitag, **05.05.2017 um 22 Uhr:** Österreichpremiere des Filmes **Zona Franca** (Georgi Lazarevski | Chile, Frankreich 2016 | 100 Min. | OmeU) im Motiv Kino:

Ein Goldsucher, ein LKW-Fahrer und ein junger Security treffen in ihrer Heimat im Herzen der chilenischen Region Magellan auf Touristen auf der Suche nach dem Ende der Welt. Inmitten der Trümmer der Vergangenheit, imposanten Landschaften und dem altmodischen Einkaufszentrum *Zona Franca* entdecken sie aber etwas, das in den Broschüren der Tour-Agency nicht vorkommt: eine tief verwurzelte Gewalt. Als ein Streik die Region lahmlegt, bekommen die Touristen die herrschende Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit zu spüren.

Weitere Informationen: <http://www.ethnocineca.at/de/programm-2017/filme-alphabetisch/>

33. Jahrestagung der österreichischen Lateinamerika-Forschung

19. Mai, 18:00 bis 21. Mai, 13:00, Strobl am Wolfgangsee

Die Jahrestagung der Österreichischen LateinamerikaforscherInnen ist eine interdisziplinäre Veranstaltung, bei der NachwuchswissenschaftlerInnen als auch etablierte ForscherInnen in Kontakt treten. In verschiedenen Arbeitskreisen werden aktuelle Arbeiten zu Lateinamerika vorgestellt und diskutiert.

Die Tagung ist eine Kooperationsveranstaltung von LAI und LAF Austria (Lateinamerikaforschung Austria) und findet seit 1985 im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (BIFEB) in Strobl/Wolfgangsee statt.

Informationen zur Anmeldung und Details zum Rahmenprogramm unter: www.laf-austria.at bzw. www.lai.at/wissenschaft/jahrestagung_Strobl

Südwind Straßenfest 2017

27. Mai 2017 | 14:00–23:00 Uhr
Campus der Universität Wien (Hof 1)

Das Südwind Straßenfest bietet eine Begegnungszone für alle Menschen und Kulturen sowie eine Präsentationsmöglichkeit für verschiedenste zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen. Internationale Live-Musik, Workshop- und Seminarangebote, Kulinarik aus aller Welt, Kunsthandwerk und nachhaltige und faire Einkaufsmöglichkeiten runden diesen bunten Tag ab. Und wie feiert man so ein Fest? Mit gemeinsamen Musizieren, Tanzen, Trinken, Essen und Austausch.

Das Südwind Straßenfest gewann die Greenevent Auszeichnung „Nachhaltiges Dorf- oder Stadtfest“.

Infos und Kontakt: Nick Hess | wien@suedwind.at | 01/405 55 15 – 317, www.suedwind.at/strassenfest

Benefizveranstaltung Peru

zugunsten der Opfer der letzten Überschwemmungen
28. Mai, 12:00 bis 18:00
Blumengärten Hirschstetten – Greenhaus, 1220 Wien, Quadenstraße 15

Veranstalter ist die Österreichisch-Peruanische Gesellschaft (OEPG) mit Unterstützung des Lateinamerikanischen Akademischen Kulturzentrums (LAK) und der peruanischen Botschaft. Tanz und Musik aus Peru.

Ricardo Quinonez wird das musikalische Programm koordinieren. Die erzielten Einnahmen aus den angebotenen typischen Speisen und Getränken aus Peru kommen den Flutopfern zugute.

Unkostenbeitrag: € 10,-

Kontakt (für Tischreservierungen – unbedingt – & Spenden): oesterr-peru@gmx.at

Anreise: Bus 22A, 95A, Station Blumengärten Hirschstetten, U1-Station Kagraner Platz; U2-Station Hausfeldstraße)

Konto: Embajada del Peru en Austria – Damnificados 2017
IBAN: AT831200 0100 2014 2031
BIC: BKAUATWW

Der Gesamtbetrag wird an das *Instituto Nacional de Defensa Civil INDECI* überwiesen.